



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Historische Hintergründe und Ursachen des  
Kroatienkrieges 1991 – 1995. Nationalismus, ethnischer  
Konflikt und nationale (Des-)Integrationsprozesse.

Verfasser

Boris Katić

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Hans Safrian

---

---

---

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	5
2. Theoretische Grundlagen .....	7
2.1 Nation, Nationalismus und Nationalität .....	7
2.2 Religion und nationale Identität .....	11
2.2.1 Kroatischer Katholizismus und serbische Orthodoxie.....	13
3. Historische Hintergründe .....	19
3.1 Die österreichische Militärgrenze in Kroatien (1522 – 1881).....	19
3.1.2 Bevölkerungsentwicklung und nationale Integration der Militärgrenze .....	28
3.2 Der Weg zur gemeinsamen Staatsgründung (1848 – 1918).....	32
3.3 Ein Königreich fehlgeschlagener Integration (1918 – 1941) .....	42
3.4 Der Ustaša-Staat und seine Folgen (1941 – 1945) .....	49
3.5 Die Widerstandsbewegungen und ihr national-ideologischer Kampf.....	60
3.5.1 Missbrauch und Instrumentalisierung der Opferzahlen.....	65
3.6 Das föderale Integrationskonzept des Zweiten Jugoslawiens .....	67
3.7 Serbischer Zentralismus versus nationaler Föderalismus.....	77
4. Der Krieg in Kroatien und seine Auswirkungen .....	88
5. Schlussbetrachtung.....	104
Literaturverzeichnis.....	110
Kartenverzeichnis .....	120
Abstract.....	121
Lebenslauf .....	122

---

---

---

---

# 1. Einleitung

Der kroatische General Ante Gotovina wurde am 16. November 2012 vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, ICTY) von allen Anklagepunkten freigesprochen und nach siebenjähriger Haft entlassen. Er war einer der Befehlshaber in der Militäroperation *Sturm*, bei der die kroatischen Streitkräfte die seit 1991–1995 serbisch besetzten Gebiete Kroatiens zurückeroberten und den Krieg in Kroatien damit beendeten. Im Zuge dieser Operation kam es zur massenweisen Flucht von 100.000 bis 200.000 Serben in das benachbarte Bosnien bzw. nach Serbien und zahlreichen Kriegsverbrechen an der serbischen Bevölkerung. Mit dieser letzten und größten kroatische Großoffensive wurden die international anerkannten Grenzen Kroatiens unter die kroatische Staatsgewalt gestellt (mit Ausnahme eines kleinen Teils in Ostslawonien, der friedlich in den kroatischen Staat reintegriert wurde) und dem serbischen Parastaat auf kroatischem Territorium ein endgültiges Ende gesetzt. Vom ICTY wurde Gotovina 2001 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Die revidierte Anklageschrift beschuldigte Gotovina darüber hinaus, zusammen mit dem ehemaligen kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman, den Generälen Ivan Čermak und Mladen Markač, „während und nach der Operation Sturm“ an einer „kriminellen Vereinigung“ teilgenommen zu haben, deren gemeinsames Ziel „die gewaltsame und dauerhafte Vertreibung der serbischen Bevölkerung aus der Krajina-Region“ gewesen sei.<sup>1</sup> Seine Festnahme im Jahr 2005 und die Übergabe an den ICTY entfernten zwar die wohl größte Hürde Kroatiens auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft,<sup>2</sup> lösten aber damit auch große Kontroversen im Land aus, zumal Gotovina für viele Kroaten ein Nationalheld ist und die Rechtmäßigkeit des kroatischen Unabhängigkeitskrieges aufgrund der Inhaftierung infrage gestellt wurde. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass man das gerichtliche Urteil des ICTY von 2012 in Kroatien mit euphorischer Freude aufnahm, da damit zumindest rechtlich gesehen alle Zweifel an der Legitimität der Operation *Sturm* und des kroatischen Unabhängigkeitskrieges aus dem Weg geräumt wurden. In Serbien hingegen stieß das als ungerecht empfundene Urteil auf große Empörung. Das UN-Kriegsverbrechertribunal habe mit dem Freispruch „jede Glaubwürdigkeit verloren“.

Der Freispruch Gotovinas könnte die kroatisch-serbischen Beziehungen in Zukunft schwer belasten, da beide Seiten diesbezüglich ganz unterschiedliche Standpunkte vertreten. Während

---

<sup>1</sup> Carole Hodge, *Britain And the Balkans. 1991 Until the Present*, Routledge advances in European politics 35, London/New York 2006, 195.

<sup>2</sup> Andreas Staab, *The European Union Explained. Institutions, Actors, Global Impact*, Bloomington <sup>2</sup>2011, 39.

---

in Kroatien der 5. August – an dem Tag als die kroatischen Kräfte Knin einnahmen – als „Tag des Sieges und der heimatlichen Dankbarkeit und Tag der kroatischen Verteidiger“ („Dan pobjede i domovinske zahvalnosti i dan hrvatskih branitelja“) in Erinnerung an die Operation *Sturm* gefeiert wird, gedenkt man in Serbien den Opfern „der größten ethnischen Säuberung“. Es ist unverkennbar, dass die Operation *Sturm* in Kroatien und auch in Serbien bis heute noch ein hochsensibles Thema von enormer Bedeutung ist, das diese beiden Länder politisch entzweit.

Die Auswirkungen der Operation *Sturm* und die Zeit danach sind aber nicht Teil der vorliegenden Arbeit. Vielmehr werden die historischen Hintergründe des kroatisch-serbischen Konflikts in Kroatien erläutert, um dessen Ursachen und Probleme in einem langfristigen Prozess zwischen Integration und Desintegration aufzuzeigen. Dabei wird intendiert, einen roten Faden von der Zeit der österreichischen Militärgrenzen bis zum Kroatienkrieg 1991–1995 zu ziehen und sich, im Gegensatz zu den meisten anderen Werken zu diesem Thema, vorwiegend auf den Raum des heutigen kroatischen Staates zu beschränken. Entscheidend für die Wahl dieser Betrachtungsweise ist die Überlegung, dass die Serben in Kroatien aufgrund historischer und räumlicher Gegebenheiten als eine gesonderte Gruppe betrachtet werden können. Dennoch muss diese Thematik, vor allem wegen der geschichtlichen und politischen (ideologischen) Zusammenhänge, aus einer gesamtjugoslawischen Perspektive analysiert werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung kroatischer und serbischer Nationalideologien und auf den Einfluss der Religionen bzw. Kirchen auf die Nationsbildungsprozesse gerichtet. Im Weiteren sollen wichtige geschichtliche Ereignisse, die stets eine wichtige Rolle für die „historischen Legitimierungen“ gespielt haben und von politischen Eliten für eigene Interessen manipuliert und instrumentalisiert wurden, dargelegt werden, um ihre „Heraufbeschwörungen“ zur gezielten Aufhetzung der Massen in den späten 1980er Jahren als einen wesentlichen Grund der Desintegration zwischen Kroaten und Serben zu demonstrieren.

---

## 2. Theoretische Grundlagen

Die Wurzeln ethnopolitischer<sup>3</sup> Konflikte (auch Nationalitätenkonflikte) haben meistens einen nationalen Hintergrund, und nationale Interessen bzw. nationale Ideologien bilden den Nährboden einer ethnischen Auseinandersetzung. Beim kroatischen Unabhängigkeitskrieg handelt es sich gemäß politik- bzw. sozialwissenschaftlicher Literatur um einen Inter-Gruppen-Konflikt, der durch die Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Gesellschaftsgruppen charakterisiert wird. Darüber hinaus können Inter-Gruppen-Konflikte, die eine Verbindung zwischen Interessens- und Identitätskonflikt darstellen, auch als ethnopolitische Konflikte bezeichnet werden.<sup>4</sup> Im Fall von Kroatien sind sowohl bei den Kroaten als auch bei den Krajina-Serben Interessenkonflikte in Bezug auf das Territorium, das wiederum stark in Verbindung mit der kollektiven Identität und den Werten der ethnischen Gruppen steht, feststellbar.

Bevor auf diese Problematik näher eingegangen wird, werden zunächst die Begriffe Ethnie und Nation erläutert. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Definition dieser beiden Begriffe ein äußerst schwieriges Unterfangen darstellt. Der Grund dafür ist, dass in der Wissenschaft seit ungefähr zweihundert Jahren noch immer keine allgemein akzeptierte oder gültige Definition einer modernen Nation existiert. Stattdessen gibt es eine Vielfalt an unterschiedlichen Definitionen, die im Folgenden näher erläutert wird.<sup>5</sup>

### 2.1 Nation, Nationalismus und Nationalität

„Der Begriff ‚Nation‘ leitet sich vom lateinischen *natio* ab, was ‚Abstammung‘ oder ‚Geburtsort‘, im übertragenen Sinn auch bereits ‚Volksstamm‘ bedeutet.“<sup>6</sup> Beim politischen Konzept der Nation handelt es sich um die Strukturierung einer unüberschaubaren Masse, die eine Differenzierung zwischen der Vielzahl an Menschen ermöglicht.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Die Bezeichnung „ethnopolitischer Konflikt“ wird als überwiegend synonym zu Nationalitätenkonflikt angesehen und impliziert die Konflikte zwischen den Nationalitäten als politische Prozesse. Philipp Ther, Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert: Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhaussen (Hgg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 59, Wiesbaden 2001, 3–18, hier 8.

<sup>4</sup> Vgl. Tania Wettach-Zeitz, Ethnopolitische Konflikte und interreligiöser Dialog. Die Effektivität interreligiöser Konfliktmediationsprojekte analysiert am Beispiel der World Conference on Religion and Peace (WCRP)-Initiative in Bosnien-Herzegowina, Theologie und Frieden 33, Stuttgart 2008, 17.

<sup>5</sup> Holm Sundhaussen, Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 48, Berlin/Wiesbaden 1993, 233–258, hier 233f.

<sup>6</sup> Christian Janesen – Henning Borggräfe, Nation – Nationalität – Nationalismus, Historische Einführungen 1, Frankfurt/New York 2007, 8.

<sup>7</sup> Ebd., 8.

---

Der Begriff der Nationalität entstand nach der Französischen Revolution und bezeichnet die Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Nation. Der Terminus Nationalismus beschreibt eine „Ideologie und/oder soziale Bewegung, die territorial und wertorientiert auf die Nation bzw. den Nationalstaat ausgerichtet ist und eine bewußte Identifikation und Solidarisierung mit der nationalen Gemeinschaft voraussetzt.“<sup>8</sup> Dabei wird zwischen inklusivem und exklusivem Nationalismus unterschieden. „Inklusiver Nationalismus bezeichnet jene moderate Form von Nationalbewußtsein oder Patriotismus, die alle politisch-kulturellen Gruppen einschließt und damit für das Politische System eine in hohem Maße integrierende und legitimierende Wirkung entfaltet. [...] Exklusiver Nationalismus ist gekennzeichnet durch ein übersteigertes Wertegefühl, das in Abgrenzung zu anderen Staaten oder Nationen die eigenen nationalen Eigenschaften überhöht bzw. sie anderen gegenüber als höherrangig ansieht.“<sup>9</sup> Zu beachten ist, dass Begriffe wie Nation und Nationalismus auf globaler Ebene nicht von gleicher Bedeutung sind. Im angelsächsischen Raum wird beispielsweise das Wort *nationalism* als ein neutraler Begriff gebraucht, während er im deutschsprachigen Raum eher negativ konnotiert ist.<sup>10</sup>

„Ethnie“ und „Nation“ sind aufgrund ihrer Ansätze schwer zu trennen, zumal sich ihre Merkmale sehr überschneiden.<sup>11</sup> „Ethnien unterscheiden sich von Nationen u. a. durch einen deutlich geringeren gesellschaftlichen und politischen Organisationsgrad. Was ihnen fehlt, ist das Streben nach einem souveränen Staat und das damit verbundene Nationalbewußtsein. Für die Mitglieder der Ethnie spielt der Staat keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dominante soziale Bezugsformen sind Stamm, Sippe oder Dorfgemeinschaft. Und das Zusammengehörigkeitsbewußtsein zwischen diesen Kleingruppen ist mitunter so labil, daß Ethnie nur noch in vagen Umrissen erkennbar bleibt. [...] Die Überwindung dieser Stammesbarrieren bildete eine unverzichtbare Voraussetzung für die Formierung dauerhaften Nationalbewußtseins.“<sup>12</sup> „Nationen gehen zwar zumeist aus älteren Ethnien hervor, doch bedeutet dies nicht, daß die Ethnie eine bloße Vor- oder Frühform der Nation wäre, wie umgekehrt die Nation keine später oder höher entwickelte Form der Ethnie ist. Beide sozialen Organisationsformen *können* miteinander zusammenhängen, aber zwischen ihnen besteht keine bruchlose Kontinuität. Es gibt Nationen, die sich aus mehreren Ethnien

---

<sup>8</sup> Gisela Riescher, Nationalismus, in: Dieter Nohlen – Rainer-Olaf Schultze (Hgg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. 2, München 2010, 639.

<sup>9</sup> Ebd., 639f.

<sup>10</sup> Ulrike v. Hirschhausen – Jörn Leonhard, Europäische Nationalismen im West-Ost-Vergleich: Von der Typologie zur Differenzbestimmung, in: Ulrike v. Hirschhausen – Jörn Leonhard (Hgg.), Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, 11–48, hier 13.

<sup>11</sup> Wettach-Zeitz, Konflikte, 21.

<sup>12</sup> Sundhaussen, Nationsbildung, 236.

---

zusammensetzen; und es gibt alte, traditionsreiche Ethnien, die sich nie zu Nationen entwickelt haben. Zwischen Ethnien und Nationen existiert also ein qualitativer Sprung, und die zwischen ihnen liegende Kluft wird durch den Prozeß der Nationsbildung überwunden.“<sup>13</sup>

Nationalbewegungen streben nach einem eigenen Nationalstaat, jedoch sind Nation und Staat nicht gleichbedeutend. Die Nation ist eine imaginierte Gesellschaft bzw. ein kollektiver Geisteszustand. Die Zugehörigkeit zur Nation wird nicht unbedingt durch objektive Identitätskriterien wie gemeinsame Sprache, Geschichte und kulturelle Herkunft bestimmt, sondern durch die Überzeugung oder den Glauben an eine nationale Zugehörigkeit. Beispielsweise betrachteten sich viele südslawische Bürger aus dem Habsburger bzw. Osmanischen Reich als Teil einer jugoslawischen Nation, lange bevor es einen jugoslawischen Staat gab. Erstaunlicherweise bekannten sich in den 1980ern viele Bürger des damaligen jugoslawischen Staates nicht zu einer jugoslawischen Nation.<sup>14</sup>

Die Etablierung des Nationalstaats in Westeuropa im 19. Jahrhundert bewirkte auch auf dem Balkan eine neue Staats- und Nationsbildung. Dieser Wandel war für diese Region etwas vollkommen Neues, da weder Ethnizität noch Nationalität im Osmanischen Reich eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Grundsätzlich kann zwischen zwei Arten des Nationsverständnisses unterschieden werden: dem subjektiven und dem objektiven Nationsverständnis bzw. zwischen Kultur- und Staatsnation. Das subjektive Nationsverständnis entspricht einer Wahl- und Wertegemeinschaft, die sich aus einem Sozialisationsprozess ergibt und die Zugehörigkeit zur Nation ist von der Entscheidung des Individuums abhängig. Konträr dazu zeichnet sich das objektive Nationsverständnis durch objektive Identitätskriterien aus und die Entscheidungsfreiheit des Individuums ist nicht gegeben. Die Nation ist somit nicht das Resultat eines Prozesses, sondern ein „Naturprodukt“. Es handelt es sich folglich bei der objektiven Nation oder Kulturnation um eine vorpolitische Gemeinschaft, die sich durch ethnische und kulturelle Werte, wie etwa gemeinsame Sprache, Territorium, Geschichte, Religion und Sitten und Bräuche definiert. Die subjektive Nation oder Staatsnation wird hingegen als eine vom Staat vorangetriebene Nationsbildung verstanden, deren gleichberechtigte Bürger durch das subjektive Bekenntnis zur Nation eine politisch bewusste Gemeinschaft bilden. Als Beispiel für ein subjektives Nationsverständnis kann Frankreich herangezogen werden, wo ein zentralistisches Staatsverständnis das Nationalbewusstsein prägte („state-into-nation“-Modell). Das objektive Nationsverständnis in

---

<sup>13</sup> Ebd., 238.

<sup>14</sup> Andrew Baruch Wachtel, *Making a Nation, Breaking a Nation. Literature and Cultural Politics in Yugoslavia*, Cultural Memory in the Present, Standfort 1998, 2.

---

Deutschland hingegen, entwickelte sich aus einem föderativen Staatsverständnis („nation-into-state“-Modell).<sup>15</sup>

Im Balkanraum fand eine Kombination des „deutschen“ Nations- und des „französischen“ Staatsverständnisses statt. Diese Entwicklung war gewiss ein ausschlaggebender Faktor für die folgende Vielzahl an Konflikten in dieser Region. Die nationalen Eliten auf dem Balkan sahen im französischen „state-into-nation“-Modell eine attraktive Methode, um den Staat als ein Instrument der Nationsbildung zu nutzen. Zur Zeit der osmanischen Herrschaft war diese Voraussetzung nicht gegeben und konnte erst nach der Entstehung der neuen Balkanstaaten im 19. Jahrhundert als Mittel zur Nationsbildung verwendet werden. Als Beispiel lassen sich sowohl die griechische als auch die serbische Nation heranziehen, die erst nach der Entstehung des jeweiligen Staates entstanden. Die Historiografie der beiden Nationen behauptet zwar das Gegenteil, jedoch ist die Entwicklung dieser Nationen mit dem französischen Modell nicht vergleichbar, da Frankreich schon seit Langem ein konsolidierter Staat war und die Staatsbevölkerung mit der noch zu transformierenden Nation übereinstimmte. Der Nationalstaat erforderte auf dem Balkan also eine Anerkennung und Legitimation, um sich gegen die osmanische Herrschaft durchzusetzen. Dies geschah durch die Rückbesinnung auf eine bereits „lang vorhandene Nation“, die nur noch „wiedergeboren“ werden musste. Als problematisch erwies sich aber, dass die jeweiligen Nationen nur in den Köpfen der Protagonisten bestanden, nicht aber im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung. Dieses Problem konnte am besten mittels eines zentralistischen Staates nach französischem Vorbild bewerkstelligt werden.<sup>16</sup>

Die neuen Staatsgründungen führten zu nationalen Kategorisierungen der Bevölkerung auf dem Balkan und leiteten neue Konstruktionen von nationalen Mehr- und Minderheiten ein. Diese „Balkanisierung“<sup>17</sup> des Balkans – ein Synonym für die Zerstückelung größerer politischer und wirtschaftlicher Einheiten – prägte diesen geographischen Raum seit den Balkankriegen von 1912/13 bis zur heutigen Zeit. Vor allem nach dem Zerfall des kommunistischen Jugoslawiens bildeten sich viele neue Kleinstaaten, wodurch auch die Zahl der nationalen Mehr- und Minderheiten anstieg. Dies hatte wiederum zur Folge, dass die neu

---

<sup>15</sup> Holm Sundhaussen, Die Ethnisierung von Staat, Nation und Gerechtigkeit. Zu den Anfängen nationaler „Homogenisierung“ im Balkanraum, in: Mathias Beer (Hg.), Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen <sup>2</sup>2007, 69–90, hier 71f; Lubomír Nový, Masaryks Philosophie der Nation im Denken der Gegenwart, in: Eva Schmidt-Hartmann (Hg.), Formen des nationalen Bewusstseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991, Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 20, München 1994, 289–308, hier 289f.

<sup>16</sup> Ebd., 72-75.

<sup>17</sup> Vgl. Urs Altermatt, Welches Europa?, in: Urs Altermatt – Mariano Delgado – Guido Vergauwen (Hgg.), Europa: Ein christliches Projekt? Beiträge zum Verständnis von Religion und europäischer Identität, Religionsforum 2, Stuttgart 2008, 61–82, hier 72–74.

---

entstandenen Staaten sich bemühten, die Minderheiten zu beseitigen oder die Heterogenität der Bevölkerung zu leugnen bzw. zu reduzieren, um die Existenzberechtigung ihres Staates durch die Homogenität der eigenen Bevölkerung zu legitimieren. Das Resultat dieser Legitimierung war eine Historisierung des Selbstbestimmungsrechts. Man berief sich auf „historische Rechte“ und strebte nach der „Wiederherstellung“ der territorialen Eigentumsrechte. Es ging also um das kollektive Eigentum einer „Nation aus der Vergangenheit“, wobei sich in diesem Fall die Frage stellte, auf welche Vergangenheit Bezug genommen wurde. Zweifelsohne gab es keine schlüssige Antwort auf die Frage, welcher Zeitpunkt „gerechter“ war als ein anderer, denn die politischen und ethnischen Verhältnisse änderten sich ständig. So wurde der Zeitraum von den einzelnen Nationalbewegungen gewählt, in dem der vorosmanische Staat die größte Ausdehnung erreicht hatte. Volksgruppen wie die Bosniaken oder Mazedonier fügten sich nicht den Nationsbildungsprozessen ihrer Umgebung im 19. Jahrhundert. Sie wurden von benachbarten Nationen als Teile der eigenen Nation beansprucht. Beispielsweise wurden die slawischen Mazedonier als Südserven oder Westbulgaren deklariert und Bosniaken galten als islamisierte Kroaten bzw. Serben. Doch die Mehrheit der Mazedonier und Bosniaken wollte sich nicht vereinnahmen lassen und setzte erst später ihre eigene Nationsbildung in Gang. Diese „späten“ Nationalbewegungen unterscheiden sich von der Art her keinesfalls von denen ihrer Nachbarn, nur die Start- und Rahmenbedingungen waren anders.<sup>18</sup>

## 2.2 Religion und nationale Identität

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien war nicht nur ein Kampf zwischen Nationalitäten und Ideologien, sondern auch ein religiöser Konflikt. Religion und Nation sind besonders im südosteuropäischen Raum historisch schwer voneinander zu trennen, zumal sie eine kohärente Entwicklung und Geschichte haben. So sehr die Auseinandersetzung in Kroatien zwischen Kroaten und Serben auf nationalen Differenzen beruhte, so sehr spielten auch die religiösen Unterschiede in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Zum besseren Verständnis des ethnischen Konflikts in Kroatien wird deshalb in diesem Unterkapitel auf das Zusammenspiel zwischen Nationalität und Religion, sowie auf deren Entwicklungen Bezug genommen.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Sundhaussen, Ethnisierung, 75–80.

<sup>19</sup> Zum nationalistischen Mobilisierungspotential von „Ethnoreligionen“ siehe Wettach-Zeitz, Konflikte, 38–60.

---

Ein wesentliches Merkmal der nationalen Identität in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, vor allem aber in Kroatien, in Bosnien-Herzegowina und in Serbien, ist die Religion. Mit der Religions- und Konfessionszugehörigkeit eines Menschen wird die Nationalität in Verbindung gebracht. Üblicherweise gehören Katholiken der kroatischen Nationalität, Muslime der bosniakischen und Orthodoxe der serbischen Nationalität an. So gesehen könnte z. B. ein Orthodoxer sehr schwer als Kroatete akzeptiert werden, da das „katholische Identitätsmerkmal“ fehlt. Genauso unvorstellbar wäre für den Großteil der ex-jugoslawischen Bevölkerung die Vorstellung eines Muslims, dessen nationale Zugehörigkeit kroatisch oder serbisch ist.<sup>20</sup>

Der enge Zusammenhang zwischen ethnischen und konfessionellen Identitäten im ehemaligen Jugoslawien lässt sich anhand der Volkszählung in Bosnien und Herzegowina aus dem Jahr 1953 gut darstellen: Von den ungefähr 2,8 Millionen Einwohnern Bosniens deklarierten sich 95,5 Prozent der rund einer Million orthodoxen Gläubigen als Serben und 98,1 Prozent der über 600.000 Katholiken als Kroaten. Muslime galten zu dieser Zeit als eine konfessionelle Gruppe und waren als Nation noch nicht anerkannt, weshalb sie sich nur als „Jugoslawe, ethnisch nicht deklariert“<sup>21</sup> erklären konnten. Ähnlich war die Situation in den anderen Republiken Jugoslawiens. In Serbien bekannte sich 95,2 Prozent der vorwiegend orthodoxen Bevölkerung zur serbischen Nationalität und 94,6 Prozent der katholischen Gläubigen in Kroatien deklarierten sich als Kroaten. 15 Jahre nach der Volkszählung von 1953 stellte sich in einer landesweiten Feldforschung heraus, dass die Anzahl der religiösen Bürger Jugoslawiens auf die Hälfte der Bevölkerung zurückgegangen ist, während sich die Anzahl von Atheisten und nicht-religiösen Bürgern verfünffachte.<sup>22</sup>

Wie bereits erwähnt, wurde die bosniakische Nation aufgrund ihrer späten Entstehung von kroatischer bzw. serbischer Seite beansprucht. Die offizielle Anerkennung der „muslimischen Nation“ fand in Jugoslawien erst 1968 statt.<sup>23</sup> Nach dem zweiten Weltkrieg konnte man sich noch als „Muslim/Kroatete“, „Muslim/Mazedone“ oder „Muslim/Serbe“ deklarieren, wobei sich hier der Begriff Muslim auf die konfessionelle Komponente bezog.<sup>24</sup> Solch eine

---

<sup>20</sup> Vgl. Ksenija Cvetković-Sander, Sprachpolitik und nationale Identität im sozialistischen Jugoslawien (1945–1991). Serbokroatisch, Albanisch, Makedonisch und Slowenisch, Balkanologische Veröffentlichungen 50, Wiesbaden 2011, 38.

<sup>21</sup> Sabrina P. Ramet, *The three Yugoslavias. State-Building and Legitimation, 1918–2005*, Washington D.C. 2006, 287f.

<sup>22</sup> Lenard J. Cohen, „Bosnia’s Tribal Gods”: The Role of Religion in Nationalist Politics, in: Paul Mojzes (Hg.), *Religion and the War in Bosnia*, AAR the religions 3, Atlanta 1998, 43–73, hier 45–48.

<sup>23</sup> Pedro Ramet, *Die Muslime Bosniens als Nation*, in: Andreas Kappeler – Gerhard Simon – Georg Brunner (Hgg.), *Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa 3*, Köln 1989, 107–116, hier 107.

<sup>24</sup> Wolfgang Höpken, *Die jugoslawischen Kommunisten und die bosnischen Muslime*, in: ebd., 181–212, hier 195.

---

ethnische Zuordnung ist in der heutigen Zeit, angesichts des ausgeprägten Nationalbewusstseins der bosnischen Muslime sowie der damit zusammenhängenden Auffassung einer Untrennbarkeit zwischen Nationalität und Religionszugehörigkeit fast undenkbar.

### 2.2.1 Kroatischer Katholizismus und serbische Orthodoxie

Die Bedeutung der Kirchen und Religionen für die Stiftung nationaler Identitäten steht wohl außer Frage, genauso wie deren Einfluss auf die Verhinderung einer kroatisch-serbischen Symbiose. Überzeugte Jugoslawisten insistierten auf eine Annäherung zwischen Katholizismus und Orthodoxie im Sinne einer slawisch-christlichen Kultur nach dem Vorbild der Slawenapostel Kyrill und Method, was allerdings aufgrund der institutionalisierten Kirchenhierarchien nicht umgesetzt werden konnte.<sup>25</sup>

Es ist festzuhalten, dass religiöse Konflikte zwischen Katholiken und Orthodoxen über nationale Identitäten nur im ehemaligen Jugoslawien stattgefunden haben. In anderen Gebieten Osteuropas (Weißrussland, Ukraine und Rumänien) hingegen verlief eine gemeinsame sprachbasierte Nationsbildung zwischen Orthodoxen und Katholiken unproblematisch.<sup>26</sup> Ein grundlegender Faktor in der Problematik zwischen kroatischem Katholizismus und serbischer Orthodoxie ist neben den konfessionellen Differenzen sicherlich auch das Wesen der Kirchen.

Während der osmanischen Herrschaft standen die orthodoxen Slawen in der Regel unter der administrativen Kontrolle der griechisch-orthodoxen Kirche in Konstantinopel. Die Osmanen unterstützten dieses System, weil sie den korrupten Klerus der Griechen leichter manipulieren konnten als den der Bulgaren oder der Serben. Die Griechen fanden ihrerseits Gefallen an dem System, da es ihnen die Kontrolle über die anderen orthodoxen Völker ermöglichte. Die orthodoxen Slawen fühlten sich diesbezüglich doppelt unterjocht, politisch durch die Osmanen und religiös durch die Griechen, was sie dazu bewegte, ihre eigenen Nationalkirchen zu gründen.<sup>27</sup>

Die orthodoxe Kirche steht im Allgemeinen in einem ganz spezifischen Verhältnis zur Nation und zum Staat „[...] weil die für sie charakteristische enge Verknüpfung von Religion und Ethnizität einerseits sowie von Kirche und Staat andererseits sie zum Instrument

---

<sup>25</sup> Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert*, München 2010, 113.

<sup>26</sup> John Myhill, *Language, Religion and National Identity in Europe and the Middle East. A historical study, Discourse Approaches to Politics, Society and Culture* 21, Amsterdam/Philadelphia 2006, 180f.

<sup>27</sup> Ebd., 72.

---

nationaler Ziele auf beiden Seiten prädestinierte. Wann immer in der Geschichte eine orthodox geprägte Ethnie die staatliche Unabhängigkeit erlangte, hatte sich die orthodoxe Kirche in institutioneller und sozialer Hinsicht zu einer Nationalkirche entwickelt [...]“<sup>28</sup>. Im Gegensatz zur katholischen Kirche, die sich als einzige als auch universelle Weltkirche versteht und deren Kirchengebiet gleichgestellt ist mit dem gesamten Erdglobus, basiert das Verfassungsprinzip der orthodoxen Kirche auf der Autokephalie. Die orthodoxe Kirche sieht sich als ein Zusammenschluss von mehreren autokephalen Kirchen, die ihren altkirchlichen Glauben bewahrt haben. Diese autokephalen Kirchen, de facto Nationalkirchen, sind weitgehend autonom und entstanden nicht durch eine Anordnung seitens der Kirche, sondern durch eine politische Entwicklung im kirchlichen Bereich. Der Jurisdiktionsbereich der autokephalen Kirchen stimmt also mit dem der orthodoxen Kirche überein.<sup>29</sup>

Das katholische Kroatentum verfügte in der Habsburgermonarchie über keine eigenen kirchlichen Organisationsstrukturen<sup>30</sup>, die zu einer nationalen Abgrenzung und Homogenisierung beitragen konnten, da die Religion mit der Hauptreligion im Habsburgerreich übereinstimmte. Die Serben entwickelten sich andererseits unter ihrer Glaubensgemeinschaft sowohl in der Habsburgermonarchie als auch im Osmanischen Reich zu einer „Konfessionsnationalität“<sup>31</sup>, die dem Vorantreiben ihres Nationalisierungsprozesses dienlich war.<sup>32</sup> Die serbisch-orthodoxe Kirche im ersten Jugoslawien war der Überzeugung, dass man aufgrund der nationalen Einstellung, im Gegensatz zu den Katholiken und Muslimen, große Dienste im Befreiungskampf gegen die Osmanen geleistet habe und dadurch gewisse Vorrechte hätte. Von vielen serbisch-orthodoxen Autoren wird bis heute stolz auf den parallelen Verlauf politischer und kirchlicher Geschichte hingewiesen. Symbolisch zeigt sich dies in den Gestalten zweier Brüder: Stefan Nemanjić, der den mittelalterlichen serbischen

---

<sup>28</sup> Ricarda Vulpius, *Der Kirchenkampf in der Ukraine als Beispiel für Sakralisierung der Nation und Nationalisierung der Religion (1917-1921)*, in: Martin Schulze Wessel (Hg.), *Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa*, Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 27, Stuttgart 2006, 101–118, hier 102.

<sup>29</sup> Dietrich Pirson, *Universalität und Partikularität der Kirche. Die Rechtsproblematik zwischenkirchlicher Beziehungen*, *Jus ecclesiasticum* 1, München 1965, 102–104; sowie Slavica Jakelić, *Collectivistic Religions. Religion, Choice, and Identity in Late Modernity*, Farnham 2010, 2.

<sup>30</sup> „Eine Ausnahme ist allerdings der Franziskanerorden, der im muslimisch und orthodox dominierten Bosnien-Herzegowina tatsächlich als Zentrum nationaler Identitätsbildung fungierte.“ Zit. nach Klaus Buchenau, *Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945–1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich*, *Balkanologische Veröffentlichungen* 40, Wiesbaden 2004, 40f.

<sup>31</sup> Siehe dazu Emanuel Turczynski, *Gestaltwandel und Trägerschichten der Aufklärung in Ost- und Südosteuropa*, in: Erna Lesky (Hg.), *Die Aufklärung in Ost- und Südosteuropa. Aufträge, Vorträge, Dokumentationen, Studien zur Geschichte der Kulturbeziehungen in Mittel- und Osteuropa* 1, Köln/Wien 1972, 23–49, hier 37.

<sup>32</sup> Buchenau, *Orthodoxie*, 40.

---

Staat begründete, und Sava, der Erzbischof von Serbien, der seinen Bruder zum König krönte.<sup>33</sup>

Das enge Zusammenspiel zwischen Religion und Nation lässt sich sehr gut anhand des Beispiels von Bosnien und Herzegowina untersuchen, da es in dieser Region drei verschiedene Religionsgruppen gibt, deren Entwicklungen von nationalen Identitäten sicherlich auch die heutigen Nachbarländer prägten. Unter der osmanischen Herrschaft genoss die serbisch-orthodoxe Kirche in Bosnien und Herzegowina eine höhere Autonomie als die katholische Kirche, da die Osmanen letztere als Instrument der verfeindeten Habsburger betrachteten und weil sich das Kerngebiet des Katholizismus außerhalb des Osmanischen Reiches befand. Die enge Verbindung zwischen Katholizismus und kroatischem Nationalbewusstsein<sup>34</sup> entstand im 19. Jahrhundert nach dem Aufkommen des kroatischen Nationalismus und war gleichzeitig eine späte Reaktion auf die bis 1914 zunehmend erfolgreiche Symbiose zwischen serbischer Staatsidee und Orthodoxie. Der Katholizismus setzte sich als ein Identitätsmerkmal bei den Kroaten fest, um die eigenen kulturellen Werte gegenüber orthodoxen Serben und muslimischen Bosniaken hervorzuheben. Die „Crkva u Hrvata“ („die Kirche im kroatischen Volk“) bzw. die katholische Kirche Kroatiens, versteht sich somit als eine Instanz, die geistige Werte, das historische Gedächtnis, sowie die Kultur des kroatischen Volkes fördert und schützt.<sup>35</sup>

Der kroatisch-katholische Klerus hatte keine politische Führungsrolle und identifizierte sich nicht mit nationalpolitischen Bestrebungen der Kroaten wie die serbisch orthodoxe Kirche mit der serbischen Staatsidee. Eine nationale Abgrenzung gegenüber Magyaren und Deutschen konnte aufgrund gleicher Religionszugehörigkeit nicht erreicht werden, weshalb die Religion bei den Kroaten im nationalen Sinne, bezogen auf Magyaren und Deutsche, keine wesentliche Rolle spielte. Sehr wohl aber sorgte die Religion für Differenzen zwischen Kroaten und Serben. Da die Sprache, die wohl die wichtigste Funktion bei den Nationsbildungsprozessen ost- und südosteuropäischer Völker innehatte, kein ausreichendes

---

<sup>33</sup> Klaus Buchenau, Katholizismus und Jugoslawismus. Zur Nationalisierung der Religion bei den Kroaten, 1918–1945, in: Michael Geyer – Hartmut Lehmann (Hgg.), Religion und Nation – Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte, Bausteine zu einer europäischen Religionsgeschichte im Zeitalter der Säkularisierung 3, Göttingen 2004, 225–254, hier 227.

<sup>34</sup> Diesbezüglich vertritt der kroatische Historiker Jure Krišto die Meinung, „[...] daß das kroatische Volk sein Nationalbewußtsein nicht aus der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche geschöpft hat. Dieses Bewußtsein ist viel älter als das 19. Jahrhundert, und es basierte auf den kroatischen staatlichen und rechtlichen Traditionen, auf der gemeinsamen Kultur, Tradition und Sprache.“ Jure Krišto, Katholische Kirche und kroatischer Staat, in: Thomas Bremer (Hg.), Religion und Nation im Krieg auf dem Balkan. Beiträge des Treffens deutscher, kroatischer und serbischer Wissenschaftler vom 05. – 09. April 1995 in Freising, Projekte/Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz 2, Bonn 1996, 9–32, hier 13.

<sup>35</sup> Wettach-Zeitz, Konflikte, 100f.

---

Unterscheidungsmerkmal zwischen Kroaten und Serben war, musste die Religion herangezogen werden. Dies war insbesondere im Interesse führender Nationalideologen, die die Religion für ihre politische Zwecke und Ziele instrumentalisierten.<sup>36</sup>

Wie bereits erwähnt, unterscheidet sich die serbisch-orthodoxe Kirche genauso wie auch die gesamte Orthodoxie von der katholischen Kirche durch ihren spezifischen Bezug zur Nation. Dieser Zusammenhang wird auch durch die Bezeichnung „srpska crkva“ (serbische Kirche) verdeutlicht und unterstreicht das Anrecht, ausschließlich eine Kirche der Serben zu sein. Die serbisch-orthodoxe Kirche und ihr Verständnis als Beschützerin der serbischen Identität kann sehr treffend mit der Bezeichnung „svetosavlje“ (Heilig-Savatum) – „die Gleichsetzung von Orthodoxie und Serbentum, von christlichem Martyrium und serbischer Nationalgeschichte, von Christus, Sava und den Serben als Kollektiv“<sup>37</sup> – beschrieben werden.<sup>38</sup>

Während Konfession und Nation schon vor langer Zeit eine Einheit in der serbischen Orthodoxie bildeten, waren die kroatische Nation und der Katholizismus bis Anfang des 20. Jahrhunderts noch nicht identisch. Die Politisierung des kroatischen Katholizismus erfolgte erst nach 1918, vor allem nach der Ermordung des kroatischen Politikers Stjepan Radić im Jahre 1928, und trat im Wesentlichen aufgrund der serbischen Dominanz im SHS-Staat ein.<sup>39</sup>

Die katholische Kirche stand einem jugoslawischen Staat unter serbischer Führung äußerst kritisch gegenüber, da sie einen Verlust ihres Einflusses in einem Land mit orthodoxer Mehrheit fürchtete. Stattdessen setzte sich der Vatikan nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie für eine katholische Donauföderation ein, anschließend für ein unabhängiges Kroatien und Slowenien. Auf der anderen Seite missfiel die katholische Kirche den serbischen Eliten in Belgrad wegen ihrer Zugehörigkeit zur ehemals verfeindeten Habsburgermonarchie und angesichts ihrer außerstaatlichen Leitung im Vatikan. Trotz dieser Unstimmigkeiten war der katholische Klerus mit wenigen Ausnahmen projugoslawisch eingestellt, da man die italienischen Ansprüche auf Dalmatien nur mit militärischer Unterstützung Serbiens zurückweisen konnte. Obwohl die katholische und orthodoxe Kirche im SHS-Staat formal gleichberechtigt waren, überwog der serbisch-orthodoxe Einfluss, nicht

---

<sup>36</sup> Wolf Dietrich Behschnitt, Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie, Südosteuropäische Arbeiten 74, München 1980, 244–246.

<sup>37</sup> Klaus Buchenau, Svetosavlje und Pravoslavlje. Nationales und Universales in der serbischen Orthodoxie, in: Martin Schulze Wessel (Hg.), Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 27, Stuttgart 2006, 203–232, hier 204.

<sup>38</sup> Wettach-Zeitz, Konflikte, 104f.

<sup>39</sup> Buchenau, Katholizismus, 254.

---

zuletzt wegen der traditionell engen Verbindung mit der serbischen Dynastie. Entgegen der Tatsache, dass das säkulare Königreich Jugoslawien die Rechtsstellung und Selbstverwaltung der vier anerkannten Glaubensgemeinschaften (Katholizismus, Orthodoxie, Islam und Judentum) regelte und den Missbrauch geistlicher Autorität für politische Ziele unterband, erfolgte dennoch eine schleichende Politisierung und Radikalisierung der Religionsgemeinschaften.<sup>40</sup> Nach dem Attentat auf Radić 1928 erreichte der serbisch-kroatische Konflikt einen Höhepunkt und die illyrisch-jugoslawische Strömung versiegte innerhalb der katholischen Kirche.<sup>41</sup> Die Begeisterung des katholischen Klerus bei der Gründung des „Unabhängigen Staates Kroatien“ (Nezavisna Država Hrvatska, USK) offenbarte diesen politischen Kurswechsel – vom Kyrillomethodianismus und Jugoslawismus zum katholischen Kroatentum. Der USK erfüllte aber nur ansatzweise die Hoffnungen<sup>42</sup> der katholischen Kirche und erwies sich als ein ernüchterndes Projekt, sodass die jugoslawische Option wieder infrage kam. Die Partisanenbewegung stieß beim kroatischen Klerus aufgrund der traditionell antikommunistischen Haltung auf große Abneigung und konnte sich auch bei den Kroaten keiner großen Beliebtheit erfreuen, solange der Aufstand das Image einer „roten“ Četnik-Bewegung hatte. Um dieser Bewegung entgegen zu steuern, versuchte man die katholischen Priester für die eigene Seite zu gewinnen. Die Situation änderte sich schlagartig nach dem Kriegsende 1945. Einerseits benutzten die Kommunisten katholische Priester als demokratisches Aushängeschild und andererseits setzten sie katholische antikommunistische Kleriker den Ustaše gleich bzw. machten sie für die Verbrechen im USK verantwortlich. Damit übernahm das kommunistische Regime einen Großteil der serbischen Ansichten über die katholische Kirche und versuchte deren Kollaboration mit der Ustaša hervorzuheben. Der Kyrillomethodianismus wurde dabei von den Kommunisten instrumentalisiert und diente als positives Gegenbild – welches sich durch Toleranz, „jugoslawischen Patriotismus“ und kritischer Distanz zum Vatikan auszeichnete – zur kroatisch-nationalen und kollaborationistischen katholischen Kirche.<sup>43</sup> „Unter diesen Bedingungen erfuhr die Bindung von Katholizismus und Kroatentum eine letzte, bis heute andauernde Abhärtung. Während die staatliche Politik dem ‚katholischen Kroatentum‘ zu einer Dissidenten- und Märtyreraura verhalf, diskreditierte sie die spärlichen Reste der einst mächtigen Konkurrenzideologie, des

---

<sup>40</sup> Calic, Geschichte Jugoslawiens, 114f.; Buchenau, Orthodoxie 56–58.

<sup>41</sup> Buchenau, Katholizismus, 233.

<sup>42</sup> „Ein nicht weniger bedeutsamer Stützpunkt waren die klerikalen Kreise in Kroatien und Bosnien-Herzegowina [...], die nicht nur konfessionelle Anliegen, wie die ‚Wiedergeburt‘ des katholischen Christentums, die Vergrößerung des Einflusses der katholischen Kirche, die Stärkung der Gläubigen in der Treue zum Dogma u. ä., sondern auch politische Ziele, insbesondere die Schaffung eines katholischen Staates im Donauraum, verfolgten.“ Holm Sundhausen, Geschichte Jugoslawiens 1918–1980, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, 119.

<sup>43</sup> Buchenau, Katholizismus, 239–254.

---

Kyryllomethodianismus. Er wurde zum Leitmotiv der regimetreuen Priestervereinigungen, mit denen der Staat versuchte, einen Keil zwischen die Hierarchie und den niederen Klerus zu treiben.<sup>44</sup> In Anbetracht dieser Entwicklung ist es nachvollziehbar, dass für die meisten kroatischen Kircheneliten des frühen sozialistischen Jugoslawien in den 1950er Jahren, kommunistische Ziele mit großserbischen Ambitionen – inoffiziell als „Serbokommunismus“ bezeichnet – deckungsgleich waren. Jegliche Art der Annäherung zur orthodoxen Kirche erinnerte an den Kyryllomethodianismus, der aus Sicht der kroatisch-katholischen Kirchenleute die Serben bei einer Vereinigung begünstigen würde. Spätestens nach dem Kroatischen Frühling 1971 rückte die katholische Kirche als einzig übriggebliebene nationale Institution das katholische Kroatentum durch nationalreligiöse Großveranstaltungen immer mehr in den Mittelpunkt, um Kroatentum und Katholizismus als kongruente Elemente darzustellen. Die serbisch-orthodoxe Kirche reagierte auf diese Riesenfeiern der Kroaten mit eigenen Großevents, die das „orthodoxe Serbentum“ wiederbeleben sollten. In diesem Zusammenhang wies man auch hin und wieder auf die mutmaßliche USK-Mittäterschaft der katholischen Kirche hin. Folglich spitzte sich die Situation nach 1980 in der nationalen Frage noch mehr zu, da das Nationalbewusstsein beider Kirchen bereits stark ausgeprägt war.<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Ebd., 251f.

<sup>45</sup> Ebd., 252–254.

---

### 3. Historische Hintergründe

Mit dem Vordringen der Osmanen in Südosteuropa veränderte sich auch die ethnische Struktur auf dem Balkan nachhaltig. Aus Furcht vor den neuen Invasoren zogen sich große Teile der Bevölkerung hinter die Grenzen des Osmanischen Reiches zurück oder sie wurden zwangsweise in Grenzregionen umgesiedelt. Dies führte zur Zerschlagung ethnischer sowie politischer Einheiten aus vorosmanischer Zeit. Die osmanischen Eroberungen des mittelalterlichen bosnischen Staates und eines Großteils des kroatischen Königreichs, trieben für Jahrhunderte einen politisch-kulturellen Keil zwischen dem adriatisch-dalmatinischen Küstenland und der Pannonischen Tiefebene. Durch die Migrationsprozesse der balkanischen Völker entstand in diesem Raum eine ganz neue ethnische und religiöse Struktur. Diese enormen Wandlungen haben bis heute deutliche Spuren hinterlassen und sind zu einem nicht unbedeutenden Teil für das Konfliktpotential in dieser Region verantwortlich.<sup>46</sup>

Dieses Kapitel stellt dar, wie es zur kroatischen Militärgrenze kam und zeigt die ethnostrukturellen sowie politischen Umwälzungen dieser Zeit auf, um sie als einen wesentlichen Ursprung und Beginn eines längerfristigen Prozesses darzulegen, der letztendlich zum Nationalkonflikt zwischen Kroaten und Serben in Kroatien führte.

#### 3.1 Die österreichische Militärgrenze in Kroatien (1522 – 1881)

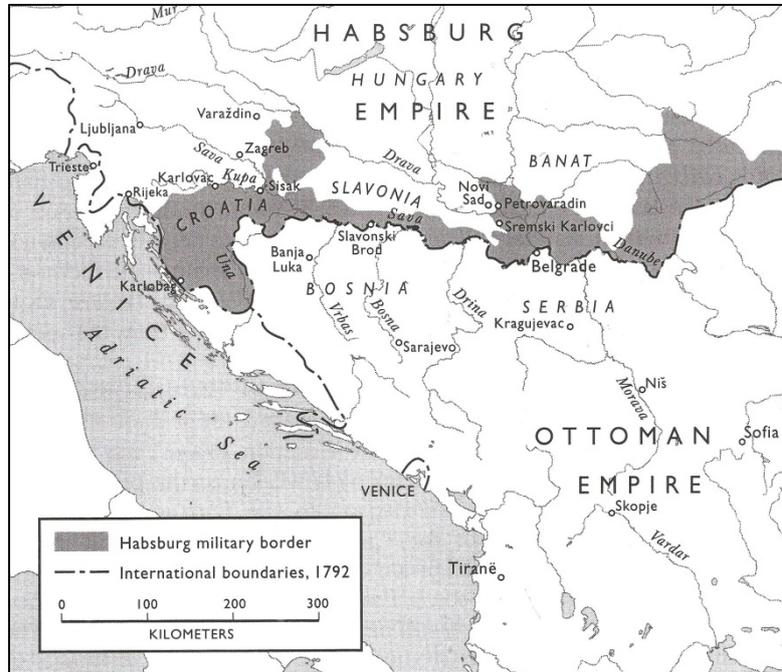
Die Militärgrenze (kroatisch *Vojna Krajina*, lateinisch *confinium militare*) war vom 16. bis zum 19. Jahrhundert eine sich stets verändernde Grenzregion in Südosteuropa, die sich zur Zeit ihrer größten Ausdehnung über 1.500 Kilometer von der Adriaregion bis zum nördlichen Ende der Karpaten erstreckte. Das Grenzgebiet diente den Habsburgern als eine militärische Verteidigungszone, um die osmanischen Einfälle abzuwehren. Es bestand aus befestigten Orten, Wehrdörfern und kleineren Wehranlagen. Im Laufe ihrer Geschichte setzte sich die Militärgrenze aus vier Teilen zusammen: der Kroatischen Militärgrenze (1538–1878), der slawonischen Militärgrenze (1702–1878), der Banater Militärgrenze (1742–1872) und der Siebenbürger Militärgrenze (1764–1851). Die genannten Abschnitte wurden in Generalate und die dazugehörigen Grenzregimentern unterteilt. Neben der Militärgrenze auf habsburgischem Reichsgebiet bestand auch auf osmanischer Seite ein Grenzsystem. Wie ihre

---

<sup>46</sup> Vgl. dazu Mirko Valentić, *Geografska i demografska slika Hrvatske u XVII. i XVIII. stoljeću*, in: Ivan Golub (Hg.), *Hrvatska i Europa. Kultura, znanost i umjetnost*, Bd. 3: Barok i prosvjetiteljstvo (XVII – XVIII. stoljeće), Zagreb 2003, 29–42, hier 29.

christlichen Rivalen bauten auch die Osmanen Verteidigungsanlagen entlang der Grenzregion, siedelten meist orthodox-gläubige Christen an und verliehen der Verwaltung des Grenzgebietes, anders als in ihren anderen Provinzen, Sonderberechtigungen für administrative und militärische Zwecke.<sup>47</sup>

Die Besonderheit der Militärgrenze war ihr rechtlicher Status im Reich. Als ein politisch selbstständiges Gebiet mit eigenen Souveränitätsrechten und eigener Verwaltungsstruktur, stellte die Militärgrenze nicht nur im Reich der Habsburger, sondern auch im ganzen Gefüge der politischen Einheiten Europas eine besondere Eigenart dar. Als Schauplatz eines langen Mächteringens stand sie im Brennpunkt zwischen zwei Großmächten. Auf der einen Seite des Grenzgebietes lag die Habsburgermonarchie und auf der anderen der europäische Teil des Osmanischen Reiches mit seinen Vasallenstaaten. Neben diesen Imperien war auch die Republik Venedig, deren Herrschaftsbereich die dalmatinischen Inseln und Küsten umfasste, unmittelbar in dieser Region involviert.<sup>48</sup>



Karte 1: Habsburger Militärgrenze, Quelle: John R. Lampe, Yugoslavia as History. Twice there was a country, Cambridge 1996, 31.

Ein eindeutiges Gründungsdatum der Militärgrenze gibt es nicht, die Anfänge gehen bis auf das 15. Jahrhundert zurück. Zum Schutz gegen die einfallenden Osmanen versuchten die ungarischen Könige die kroatische Grenze durch Verteidigungsanlagen und Grenzmilizen zu schützen. Das Vordringen der Osmanen löste auf dem Balkan heftige Flüchtlingswellen bei der christlichen Bevölkerung aus, die in Ungarn und Kroatien einschlugen. Den Flüchtlingen, die überwiegend der orthodox-gläubigen Bevölkerung angehörten, wurde Land und religiöse

<sup>47</sup> Heinz Kramer – Maurus Reinkowski, Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2008, 44f.

<sup>48</sup> Franz Kaindl, Die K.K. Militärgrenze – Zur Einführung in ihre Geschichte, in: Heeresgeschichtliches Museum in Wien (Hgg.), Die k. k. Militärgrenze. Beiträge zu ihrer Geschichte, Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 6, Wien 1973, 9–28, hier 14; Gunther E. Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881, Wien/München 1970, 9f.

---

Toleranz versprochen, unter der Bedingung, dass sie die Grenze gegen die osmanischen Einfälle sichern. Der Grenzschutz zeigte jedoch wenig Erfolg und wurde nach dem Tod von Matthias Corvinus wieder abgebaut. Nach der Schlacht von Mohács 1526 fielen große Teile Ungarns, Kroatiens und Slawoniens an die Osmanen. Mit der Auflösung des ungarischen Königreiches verschwanden auch diese frühen Militärsiedlungen.<sup>49</sup>

Nachdem sich Ferdinand I. von Teilen des ungarischen Adels und dem kroatischen Sabor zum ungarischen bzw. kroatischen König wählen ließ, versprach er ihnen als Gegenleistung finanzielle und militärische Unterstützung im Kampf gegen die Osmanen. Während die Osmanen immer näher an die österreichischen Grenzen vordrangen, intensivierten sich auch ihre Raubzüge durch die fast wehrlosen kroatischen Gebiete bis zu den innerösterreichischen Ländern. Aus diesem Grund forderten die innerösterreichischen Stände<sup>50</sup> von Erzherzog Ferdinand die Errichtung einer Verteidigungszone in Kroatien und boten ihrerseits finanzielle Unterstützung an. Befürwortung fand dieser Plan auch vom verzweifelten kroatischen Adel, der die ungarische Unterstützung gänzlich entbehrte. 1522 beauftragte Ferdinand an strategisch wichtigen Punkten die Besetzung von Söldnern, die vorzeitig den Durchgang feindlicher Offensiven verhindern sollten. Dieses Verteidigungskonzept währte nicht allzu lange, denn die innenpolitischen Probleme Ferdinands erschwerten die kostspielige Finanzierung der Söldner entlang der Grenzregion. Die versprochene finanzielle Hilfe des Heiligen Römischen Reiches wurde nicht umgesetzt und mit einer wirksamen kroatischen bzw. ungarischen Unterstützung konnte nicht gerechnet werden. Das Reich der Habsburger befand sich somit in einer ähnlichen Lage wie das römische Reich in seiner Endphase. Das Problem versuchte man ebenfalls nach römischem Vorbild durch die Errichtung von Verteidigungsanlagen entlang der Grenzregion zu lösen. Diese wurden von Militärkolonisten oder Wehrbauern bewacht, denen gewisse Privilegien zugesprochen wurden. Das neue System erwies sich einerseits rein aus finanziellen Gründen vorteilhaft für die Habsburger und andererseits konnte es als ein politisches Machtinstrument gegen den unverlässlichen kroatisch-ungarischen Adel angewendet werden. Da die Militärgrenze den österreichischen

---

<sup>49</sup> Ebd., 17f.

<sup>50</sup> Die innerösterreichischen Stände übernahmen bereitwillig einen Teil der Kriegskosten für die Verteidigung in Kroatien, wohl wissend, dass es besser für sie wäre, sich gegen die „Türken“ im fremden Land zu verteidigen als im eigenen. Die Errichtung der Militärgrenze ging also nicht nur aus der kroatischen Notwendigkeit zur Verteidigung hervor, sondern auch aus der Bereitschaft der innerösterreichischen Stände, ihre Ländereien auf „fremden Boden“ gegen die Osmanen zu verteidigen. Vgl. Mirko Valentić, *Vojna Krajina i pitanje njezina sjedinjenja s Hrvatskom 1849–1881*, Sveučilište u Zagrebu – Centar za povijesne znanosti, odjel za hrvatsku povijest, Monografija 12, Zagreb 1981, 13.

---

Militärbehörden direkt unterstellt war, konnte sie somit jederzeit auch im Falle eines Aufstandes gegen die Ungarn oder Kroaten eingesetzt werden.<sup>51</sup>

Die Bevölkerung der angesiedelten Militärkolonisten setzen sich zum Großteil aus orthodox-gläubigen Flüchtlingen zusammen, die massenweise vor den osmanischen Invasoren flohen. Besser bekannt unter der Bezeichnung „Uskoken“<sup>52</sup> und später „Walachen“, wurde den Flüchtlingen Land als erbliches Lehen zugeteilt. Als Gegenleistung mussten sie permanenten Militärdienst leisten und die Grenzgebiete bewachen. Zudem erhielten die Uskoken bzw. Walachen Privilegien, die ihnen religiöse Toleranz zusicherten und sie von der üblichen Grundherrschaft befreiten. Sie standen unter unmittelbarer Kontrolle der österreichischen Militärbehörden, durften sich aber selbst organisieren und sogar ihre eigenen Anführer (Woiwoden) sowie Dorfrichter (Knesen) wählen. Die Begünstigungen der Privilegien lockten immer mehr Siedler an, sodass bereits um 1550 die habsburgischen und innerösterreichischen Besitzungen von einer Kette befestigter Dörfer und Wachtürmen geschützt waren. 1535 verlieh Ferdinand den Uskoken das erste nachweisbare Privileg, das sie für die ersten zwanzig Jahre von Abgaben und Steuern befreien sollte.<sup>53</sup> „Der Passus über die zeitliche Befristung der Privilegierung wurde 1555 nicht rechtswirksam, sondern stillschweigend verlängert, so daß die Uskoken abgabefreie, keinen Grundherren unterworfenen Wehrbauern blieben.“<sup>54</sup>

In den ersten 100 Jahren wurden an der Militärgrenze zahlreiche Kleinkriege geführt. Als sich die Situation stabilisierte, errichteten die Habsburger um 1538 im Grenzterritorium zwei administrative Einheiten. Das Gebiet zwischen der adriatischen Küste und dem Fluss Save wurde zur „Krabatischen Gränitz“ (Kroatische Grenze). Die „Windische Gränitz“ (Slawonische Grenze) umfasste die Region zwischen der Save und der Drau. Neben diesen

---

<sup>51</sup> Gunther E. Rothenberg, *The Military Border in Croatia 1740–1881. A Study of an Imperial Institution*, Chicago 1966, 7f.; Rothenberg, *Militärgrenze*, 33.

<sup>52</sup> Von den Grenzbefehlshabern auf der kroatischen Seite waren diese Flüchtlinge nicht unter einem einheitlichen Terminus bekannt. Bezeichnungen wie „Valachi Turcorum“, „Valachi“, „Rasciani Voskoky“, „Valachi Uzkoky“, „Pribegi“, „Vsskhokhen“ kommen in den Quellen vor. Von den genannten Begriffen setzte sich der letztere, Uskoken (Überläufer, Flüchtlinge), durch. Karl Kaser, *Freier Bauer und Soldat. Die Militarisierung der agrarischen Gesellschaft an der kroatisch-slawonischen Militärgrenze (1535–1881)*, *Zur Kunde Südosteuropas* 2/22, Wien 1997, 68. „Der Terminus Uskok, der etymologisch ‚in etwas hineinspringen‘ bedeutet, wurde seit etwa 1540 zur häufigsten Bezeichnung für Militärkolonisten in habsburgischen und venezianischen Diensten sowie für sogenannte freie Uskoken in Diensten von kroatischen und slawonischen Grundherren. In den späten sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts wurde Uskok zum Synonym für Pirat und/oder Räuber; die Transformation des Begriffes sowie die gleichzeitige Identifikation mit einem unehrenhaften und verwerflichen Beruf geht auf die Aktivitäten der Uskoken von Senj zurück.“ Marija Wakounig, *Ferdinand I. und die Uskoken*, in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), *Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Geschichte in der Epoche Karls V. 2*, Münster 2003, 191–202, hier 194f.

<sup>53</sup> Rothenberg, *Military Border*, 8; Rothenberg, *Militärgrenze*, 34.

<sup>54</sup> Thomas Winkelbauer, *Ständefreiheit und Fürstenmacht, Teil 1: Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter*, Herwig Wolfram (Hg.), *Österreichische Geschichte 1522–1699*, Wien 2003, 430.

---

zwei Grenzgebieten gab es noch eine sogenannte „Meer Gränitz“ (Meergrenze), die allgemein das Gebiet um Zengg (Senj) an der Adria bezeichnete. Die Bewohner der militärischen Siedlungen waren als „Grenzer“ oder „Graničari“ bekannt.<sup>55</sup> 1553 übergab Ferdinand sowohl die militärische als auch die zivile Amtsgewalt der beiden Grenzeinrichtungen an die österreichischen Behörden. Dieses Vorgehen stellt einen wichtigen Einschnitt in der kroatischen Geschichte dar und sollte bis zum Ende des Krieges in Kroatien (1991–1995) schwerwiegende politische und rechtliche Konsequenzen mit sich tragen. Einerseits entzog dieser Beschluss den kroatischen Zivilbehörden die Jurisdiktion über die militärischen Grenzgebiete und andererseits teilte es das kroatische Königreich in ein Militär- und Zivilkroatien auf. Die kroatischen Stände wehrten sich gegen den Sonderstatus der Grenzgebiete und der Grenzer indem sie versuchten, den Machteinfluss des Banus und des Sabors auf die Militärzonen zu erweitern. Des Weiteren beschlossen sie, ein eigenes Verteidigungssystem und eine reguläre Verteidigungsstreitmacht gegen die Osmanen aufzustellen, die von den innerösterreichischen Ständen finanziert werden sollten. Diese Pläne konnten aber nicht durchgesetzt werden, da die innerösterreichischen Stände, die seit 1522 regelmäßig für die Kosten der Grenzverteidigung aufkamen, nicht dazu bereit waren, ihre Sicherheit dem in ihren Augen labilen und inkompetenten Adel Kroatiens anzuvertrauen. Ebenso abgeneigt gegenüber den kroatischen Intentionen war Ferdinand, der die Grenztruppen unter österreichischer Kontrolle behalten wollte. Aufgrund der zunehmenden osmanischen Bedrohung verfestigte sich die Militärgrenze im weiteren Verlauf des 16. Jahrhunderts als eine eigene Institution und hinderte dadurch die kroatischen Stände umso mehr, ihre Forderungen in der Militärgrenze durchzusetzen. Die Grenzer hingegen empfanden die kroatischen Ambitionen als eine Bedrohung ihrer Vorrechte. Als freie Lehensmänner des Kaisers sahen sie sich in ihrem Status üblichen Bauern höhergestellt, und die Habsburger betrachteten sie als Garanten ihrer Privilegien. Die Einbindung der Militärgrenze in den zivilen Teil Kroatiens hätte für sie eine Einschränkung ihrer Rechte und Privilegien bedeutet, weswegen die Grenzer sich stets auf die Seite der Habsburger stellten.<sup>56</sup>

Nach dem Tod von Kaiser Ferdinand I. wurden die Erbländer unter seinen Söhnen aufgeteilt. Während Maximilian die Nachfolge antrat und König von Böhmen, Ungarn und Kroatien sowie Erzherzog von Nieder- und Oberösterreich wurde, übernahm Ferdinand Tirol und Karl die innerösterreichischen Länder. Obwohl diese Aufteilung zu einer politischen Spaltung der habsburgischen Länder führte, überschritten sich die gemeinsamen Interessen Maximilians und Karls bei der Militärgrenze. 1575 fanden Verhandlungen zwischen dem

---

<sup>55</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 35–37.

<sup>56</sup> Rothenberg, Military Border, 9; Rothenberg, Militärgrenze, 35.

---

Kaiser und Innerösterreich über die genaue Aufteilung sowie Finanzierung der Grenze statt, bei denen sich die innerösterreichischen Stände dazu bereit erklärten, weiterhin für den größten Teil der Kosten aufzukommen.<sup>57</sup> Während die Kärntner und die Krainer Stände aufgrund ihrer geografischen Lage mehr Aufmerksamkeit der kroatischen Grenze widmeten, war den steirischen Landesherrn hingegen das slawonische Grenzgebiet von größerer Bedeutung. Dementsprechend fiel auch der Entschluss über die Grenzfinanzierung aus: Steiermark sollte alleine die Kosten für die Windische Grenze tragen, Kärnten und Krain einigten sich auf die Finanzierung der Kroatischen Grenze. Die gemeinsame Finanzierung der drei Länder bezog sich auf Baugelder, Artillerie, Proviant für die Festungsbesetzungen und die Erhaltung des innerösterreichischen Hofkriegsrates.<sup>58</sup>

Das Gewaltmonopol in der Militärgrenze, welches von den lokalen Machthabern und Adeligen mit den Habsburgern geteilt wurde, sollte jetzt ausschließlich an die österreichische Staatsgewalt übergehen, da mit der Finanzierung und Organisation ihrer Institutionen die Verantwortung des Wehrlandes nun in ihren Händen lag. Hätte man die Verantwortung an die lokalen Instanzen übertragen, wäre dies auf internationaler und imperialer Ebene als ein Zeichen von Schwäche interpretiert worden, und hätte die Unfähigkeit des Staates in der Ausübung seiner innen- und außenpolitischen Angelegenheiten signalisiert. Zudem hätte es den „Frieden“ bedrohen und die immer „guten“ sowie „freundschaftlichen“ diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden im Krieg befindlichen Großmächten beeinträchtigen können. Plünderungen und Einfälle im fremden Territorium der Militärgrenzzone betrachtete man lange Zeit, insbesondere aus Sicht der Osmanen, als eine wünschenswerte Art der Kriegsführung, vor allem wenn dies ohne irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen der Gegenpartei vorstattengehen konnte. In der Übergangsphase vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit war diese Methode der Kriegsführung gebräuchlich, da sie den Feind schwächte und die Bevölkerungen in Grenzgebieten zermürbte, was hiernach die Eroberung erleichterte. Außerdem diente diese Beute der Besoldung eigener Soldaten. Die Abschaffung der Gewalt in den Grenzgebieten wurde nie beabsichtigt, da sie in den Kriegsgrenzzonen ausgeübt wurde. Man bemühte sich vielmehr um Kontrolle und Institutionalisierung der Gewalt, insbesondere „unerlaubter“ und potentiell gefährlicher Gewalt, und versuchte, gewalttätige Aktionen für eigene Interessen zu nutzen.<sup>59</sup>

---

<sup>57</sup> Rothenberg, *Militärgrenze*, 39f.

<sup>58</sup> Winkelbauer, *Ständefreiheit*, 432.

<sup>59</sup> Nataša Štefanec, *Država ili ne. Ustroj Vojne Krajine 1578. godine i hrvatsko-slavonski staleži u regionalnoj obrani i politici*, Zagreb 2011, 135f.

---

Die Verhältnisse an der Militärgrenze waren äußerst schlecht. Die Truppen befanden sich in einem sehr schlechten Zustand, es fehlte an Kriegsausrüstung und moderneren Befestigungsanlagen. Darüber hinaus waren die demoralisierten Grenzsoldaten unfähig, die Aufgaben ihrer Vorgesetzten auszuführen, und die korrupten Offiziere im Grenzdienst versorgten ihre Truppen nicht ausreichend mit den vorgesehenen Geldern, sondern bereicherten sich selbst und wurden zu militärischen Unternehmern. Diese Missstände bewegten die Stände dazu, strengere Überwachungen und mehr Kontrollbefugnis in den Grenzgebieten zu fordern. Nach Abschluss der Verhandlungen in Bruck an der Mur zwischen Karl und den Ständen konnten die innerösterreichischen Landesherren viele ihrer Forderungen durchsetzen, unter anderem religiöse Zugeständnisse, Absicherungen ihrer finanziellen Mittel und das Recht, Grenzbeamte selbst zu ernennen. Diese wurden von den Ständen im 1578 gegründeten Hofkriegsrat in Graz vorgeschlagen und bezogen auch die Hälfte ihres Gehaltes von den Ständen. Die Errichtung des Hofkriegsrates in Graz als eigene Militärverwaltung erwies sich als erforderlich, um ein effektiveres und schnelleres administratives Handeln in der Grenzregion zu gewährleisten, verursachte jedoch auf lange Sicht keinen förderlichen Konkurrenzkampf gegen die gleichnamige Institution<sup>60</sup> in Wien, die allein dem Kaiser unterstand.<sup>61</sup>

Der Lange Türkenkrieg (1593–1606) löste eine enorme Transmigration der Walachen vom osmanischen in den habsburgischen Teil der Grenze aus. Der Verlust der Privilegien auf osmanischer Seite könnte in diesem Fall ein ausschlaggebender Auslöser für die Fluchtbewegung der Walachen zum habsburgischen Grenzgebiet gewesen sein. Bereits 1597 erließ Erzherzog Ferdinand II. von Innerösterreich ein Dekret, welches den Walachen Abgabefreiheit als Gegenleistung für den Militärdienst garantierte. 1629 verordnete Kaiser Ferdinand II. als König von Ungarn und Kroatien eine Reihe von Privilegien für die Walachen, die als „Statuta Valachorum“ bekannt wurden und im Grunde die Rechte und Pflichten<sup>62</sup> der Grenzergesellschaft regelten. Das neue Gesetz entriß nicht nur den kroatischen Grundherren die Jurisdiktion über die Walachen und deren Siedlungen, sondern entzog auch dem kroatisch-ungarischen Staatsverband die Gerichtsbarkeit über das

---

<sup>60</sup> Der Hofkriegsrat in Wien wurde von Ferdinand bereits 1556 gegründet und „war das erste einheitliche Verwaltungsorgan für die Führung der militärischen Angelegenheiten der habsburgischen Länder in Österreich, Böhmen und Ungarn-Kroatien.“ Rothenberg, *Militärgrenze*, 38f.

<sup>61</sup> Ebd., 43–47.

<sup>62</sup> „[...] freier Grundbesitz (den Vlachen war es erlaubt, ihre Grundstücke zu verkaufen, zu verpfänden oder zu verschenken); Selbstverwaltung (Grundlage der vlach. Selbstverwaltung war das Dorf mit seinen als Dorfvorsteher u. Richter wirkenden Knezen); unbesoldeter Militärdienst (in den besoldeten Dienst wurden nur wenige aufgenommen. Die Vlachen waren zu zwei Arten v. Dienstleistungen verpflichtet: zum Wachdienst in den Festungen u. Wäldern u. zur Arbeitshilfe beim Ausbau der dem eigenen Schutz dienenden Festungen.)“ Edgar Hösch – Karl Nehring – Holm Sundhaussen (Hgg.), *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, Wien/Köln/Weimar 2004, 312f.

---

Militärgrenzterritorium.<sup>63</sup> Die sehr attraktiven Privilegien der Walachen animierten sogar Nichtwalachen dazu, sich unter die Walachen zu mischen, um von deren Vorzügen Gebrauch machen zu können.<sup>64</sup> Das neue Statut legte auch die Befehlskette im Grenzgebiet fest. Knesen und Woiwoden wurden weiterhin von den Grenzern gewählt, unterstanden aber dem Kommando der ernannten österreichischen Offiziere, die wiederum ihre Befehle vom befehlshabenden General aus dem Hauptquartier der Festung Karlstadt empfangen. Ursprünglich nur für die Warasdiner Grenze vorgesehen, breitete sich die neue Gesetzgebung auch auf die Karlstädter Grenze aus, sehr zur Freude der Grenzer, die die Erweiterungen ihrer Privilegien als einen willkommenen Schutz gegen die Bestrebungen des kroatischen Adels, ihre Sonderstellung als Grenzer abzuschaffen, ansahen. Nach der erfolgreichen Zurückschlagung der letzten osmanischen Offensive gegen Wien im Jahre 1683, stießen die österreichischen Streitkräfte entlang der ganzen Front gegen die Osmanen vor und eroberten die seit 200 Jahren besetzten Gebiete in der Region zwischen den Flüssen Kupa und Una. Die kroatischen Truppen befreiten den östlichen Teil dieser Region bis zur Save und organisierten dort einen neuen militärischen Bezirk mit einem Banus als Kommandanten. Zu dieser Zeit brauchte Wien die kroatische Unterstützung, um eine Rebellion in Ungarn niederzuschlagen und erlaubte daher die Errichtung einer dritten administrativen Grenzeinheit unter kroatischer Kontrolle – der „Banal Gränitz“ (Banal-Grenze).<sup>65</sup> Die Banal-Grenze unterschied sich von der Warasdiner bzw. Karlstädter Grenze in mehreren Aspekten: Sie wurde nicht von den innerösterreichischen Militärbehörden verwaltet, sondern vom Banus selbst und blieb Teil des Königreichs Kroatien. Des Weiteren waren die Bewohner dieses Teils der Grenze bis 1683 unfreie Untertanen, und die Finanzierung der Soldaten sowie der Befestigungsanlagen erfolgte durch die ungarische Kriegssteuer (dica) oder durch andere Einnahmen Kroatiens und Ungarns.<sup>66</sup>

Eine einheitlichen Organisation und Verwaltungsstruktur der kroatisch-slawnischen Militärgrenze wurde erforderlich, zumal keine übereinstimmenden rechtlichen oder verwaltungstechnischen Grundlagen existierten. Beispielsweise galt die „Statuta Valachorum“ nur für die im Warasdiner Generalat eingewanderten Walachen, während in anderen Gebieten der Militärzone unterschiedliche und ältere Privilegien Gültigkeit hatten.<sup>67</sup> Im Verlauf des Krieges gegen die Osmanen wurden die Grenzzonen immer wieder erweitert, was auch zum

---

<sup>63</sup> Winkelbauer, Ständefreiheit, 432f.

<sup>64</sup> Sundhaussen, Nationsbildung, 237.

<sup>65</sup> Rothenberg, Military Border, 11f.

<sup>66</sup> Winkelbauer, Ständefreiheit, 437.

<sup>67</sup> Kurt Wessely, Neuordnung der ungarischen Grenzen nach dem Großen Türkenkrieg, in: Heeresgeschichtliches Museum in Wien (Hgg.), Die k. k. Militärgrenze. Beiträge zu ihrer Geschichte, Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 6, Wien 1973, 29–94, hier 34.

---

Anstieg der Bevölkerung im Grenzgebiet führte. Mit der Abnahme der osmanischen Expansionen stieg die Anzahl der Grenzer, was ein Missverhältnis zwischen verfügbarer und tatsächlich benötigter Defensivkraft zur Folge hatte. Die Abschaffung oder Reduzierung des Militärgrenzterritoriums konnte nicht umgesetzt werden, da die Grenzer ihre Privilegien nicht ohne Gegenwehr aufgeben wollten und eine komplette oder nur partielle Auflösung der Grenze ein zu riskantes Unterfangen dargestellt hätte. In ihrer bisherigen Form konnte die Grenze jedoch nicht fortbestehen. Einerseits wegen der Privilegien des freien Grundbesitzes, die keine Einnahmen durch Steuern generierten, aber nötige Verwaltungskosten verschlangen, und andererseits wäre die Militärgrenze als eine zwecklose Institution auf der Hälfte des kroatischen Territoriums für Kroatien und Ungarn auf lange Sicht nicht annehmbar gewesen. Die Lösung des Problems bestand in der organisatorischen Eingliederung der Grenzer in das Heer. Dieser Vorgang stellte sowohl den Staat zufrieden, der aus der Militärgrenze jederzeit billige Truppen rekrutieren konnte, als auch die Grenzer, die ihre Privilegien beibehalten durften. Zwischen 1745 und 1770 erfolgte ein Strukturwandel<sup>68</sup> in der Militärgrenze, der dazu führte, dass die verschiedenen Grenzergesellschaften zu einer einheitlichen militarisierten Gesellschaft verschmolzen.<sup>69</sup>

1743 kam es aufgrund der neuen politischen Ausrichtung Wiens zur Abschaffung des Hofkriegsrates in Graz. Der Hofkriegsrat in Wien übernahm die alleinige Leitung der Militärgrenze, die nun in Grenzabschnitte mit den dazugehörigen Regimentsbezirken gegliedert wurde. Die strukturellen Veränderungen ab Mitte des 18. Jahrhunderts richteten sich voll und ganz nach den absolutistischen Zielen und Ambitionen der europäischen Politik Wiens. Die Militärgrenze wurde ursprünglich rein zu defensiven Zwecken errichtet. Als die osmanische Bedrohung schwand, änderte sich auch die Funktion der Militärgrenze: In vielen Kriegen der Habsburger kämpften die Grenzer in verhältnismäßig hohen Zahlen<sup>70</sup> auf verschiedensten europäischen Schlachtfeldern für ihre österreichischen Lehensherren.<sup>71</sup>

---

<sup>68</sup> „Im Zuge dieser Zentralisierungsmaßnahmen ging die gesamte jurisdiktionelle, ökonomische und administrative Gewalt an die Obristen der einzelnen Regimentsbezirke über und die Selbstverwaltung der ehemaligen walachischen Ansiedler war damit aufgehoben. Gleichzeitig wurde die irreguläre Grenzermiliz zu den Linientruppen gleichgestellten Regimentern zusammengefaßt. Einzelne Dörfer bildeten eine Kompanie, an deren Spitze ein aktiver Offizier stand, der militärische Kommandant und Ortsvorsteher in einer Person war. Damit war die Grenze zu einer riesigen Kaserne geworden, die sich in Generalate, Regimenter, Bataillone und Kompanien gliederte. Diese Bezeichnungen stellen sowohl die militärischen wie territorialen und administrativen Gliederungen dar, d. h. unter einem Regiment verstand man ebenso eine militärische Einheit von Grenzern wie das Gebiet, in dem sie ansässig waren.“ Jakob Amstadt, Die k. k. Militärgrenze 1522–1881 (mit einer Gesamtbibliographie), Diss. Würzburg 1969, 263.

<sup>69</sup> Kaser, Bauer und Soldat, 355–362.

<sup>70</sup> Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Regimenter der Militärgrenze größer als die der regulären kaiserlichen Armee. Die Versorgung eines Grenzersoldaten war vier bis fünf Mal billiger als die eines Linien Soldaten, weshalb es auch nicht verwunderlich ist, dass im Siebenjährigen Krieg der Anteil der beteiligten Soldaten aus dem ganzen Militärgrenzgebiet im kaiserlichen Heer 25% ausmachte und der aus

---

In den turbulenten Jahren des 19. Jahrhunderts, insbesondere während des Jahres 1848, bewährte sich die Militärgrenze als wichtiger Stützpfiler für den Zusammenhalt der Habsburgermonarchie, denn die Grenzregimenter erwiesen bei der Niederschlagung der Revolutionen in Wien und Ungarn gegenüber den Habsburgern ihre Loyalität.

Die 1850 erlassenen „Grenz-Grundgesetze“ brachen das traditionelle Lehensverhältnis, wodurch die einst zuverlässige Bindung zwischen Staat und Grenzervolk aufgelöst wurde. Grund und Boden samt den liegenden Gütern wurden als frei verfügbares Eigentum an die Grenzer übertragen. Damit entfiel auch die ursprüngliche Verpflichtung des Militärgrenzdienstes und die Grenzer verloren ihre einstige Hauptaufgabe, was den Auflösungsprozess der Militärgrenze neben anderen treibenden Kräften noch beschleunigte.<sup>72</sup> Bereits 1851 wurde die Siebenbürger Militärgrenze aufgelöst, 1871 kam es zur Abschaffung der Banater Militärgrenze und 1873 erfolgte nach Einführung des ungarischen Wehrgesetzes die Auflösung der kroatisch-slawnischen Grenzregimenter. Das kaiserliche Manifest vom 20. Juni 1881 verkündete die Vereinigung der kroatisch-slawnischen Grenze mit Zivilkroatien und beendete das 350-jährige Bestehen der Militärgrenze.<sup>73</sup>

### 3.1.2 Bevölkerungsentwicklung und nationale Integration der Militärgrenze

Kriegerische Auseinandersetzungen lösten entlang des kroatisch-slawnischen Grenzgebietes heftige Migrationsprozesse auf beiden Seiten der Grenze aus.<sup>74</sup> Die Verwüstungen der osmanischen Raubzüge brachten die bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zum Zusammenbruch, schufen aber damit Voraussetzungen für die Neubesiedlung privilegierter Wehrbauern und die Entstehung einer neuen Gesellschaft in den entvölkerten Gebieten.<sup>75</sup> Mit der massenhaften Auswanderung der Kroaten, der Besiedlung durch orthodoxe Walachen und der Islamisierung der einheimischen Bevölkerung, änderte sich das ethnonationale, konfessionelle und kulturelle Relief der kroatischen Länder. Die aufkeimende Renaissance wurde durch die osmanische Okkupation gehemmt und konnte sich nur in den adriatischen Küstenstädten entfalten, die im Schutze Venedigs standen, und in

---

Kroatien-Slawonien 13-16%. Nach 1767 unterstand in der Militärgrenze jeder zwölfte Bewohner der Wehrpflicht, wohingegen es im restlichen Teil der Monarchie nur jeder zweiundsechzigste war. Iskra Iveljić, *Banska Hrvatska i Vojna Krajina od prosvijećenog apsolutizma do 1848. godine*, Hrvatska povijest u 19. stoljeću 1, Zagreb 2010, 138.

<sup>71</sup> Valentić, *Vojna Krajina*, 19.

<sup>72</sup> Amstadt, *Militärgrenze*, 264f.

<sup>73</sup> Kaindl, *Militärgrenze*, 26.

<sup>74</sup> Kaser, *Bauer und Soldat*, 67.

<sup>75</sup> Winkelbauer, *Ständefreiheit*, 431.

---

Ragusa (Dubrovnik).<sup>76</sup> Solche Entwicklungen und vor allem die demografischen Veränderungen während der osmanischen Besatzung werden von vielen kroatischen Historikern als eine negative und folgenschwere Periode der kroatischen Geschichte angesehen, da sie die nationalen Integrationsprozesse des kroatischen Volkes im 19. und 20. Jahrhundert erschwerten bzw. verlangsamten.

Im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war die demographische Entwicklung von massiven Migrationswellen und einem hohen Anstieg der Bevölkerung geprägt. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts nahm die Einwanderung stark ab und die Gründungen neuer Siedlungen erfolgten geplant und systematisch. Die Dörfer verloren ihre Funktion in der Grenzverteidigung und der Bevölkerungszuwachs stagnierte aufgrund hoher Mortalität und geringer Lebenserwartung. Besonders die Zeit zwischen 1756–1814 führte aufgrund der häufigen Kriegseinsätze zu enormen Einbrüchen in der Bevölkerungsentwicklung. Erst nach 1815 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Bevölkerung in der Militärgrenze zu verzeichnen.<sup>77</sup>

Ethnisch gesehen war die orthodoxe Bevölkerung der Militärgrenze heterogen. Neben den orthodoxen Slawen lebten auch orthodoxe Walachen in der Grenzregion, die später durch nationalpolitische Prozesse und durch den Einfluss der serbisch-orthodoxen Kirche „ethnisch homogenisiert und serbisiert“ wurden.<sup>78</sup>

Der Begriff Walache wurde zu dieser Zeit für die aus den osmanischen Gebieten flüchtige Bevölkerung verwendet. Neben Begriffen wie „Uscoc“, „pribeg“ oder „predawetz“ bezeichnete der Terminus oft die orthodoxen Grenzer, stand aber noch in keinem ethnographischen oder religiösen Zusammenhang. Im 19. Jahrhundert wurde die Frage der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit der Grenzer zu einer sehr umstrittenen Frage zwischen kroatischen und serbischen Gelehrten. Die intensiven Migrationsströmungen auf dem Balkan während der osmanischen Expansion in Europa resultierten in einer Vermischung verschiedenster Volksgruppen. Als sich die Situation im 17. Jahrhundert stabilisierte, war die Religion das gängigste Unterscheidungsmerkmal für die unterschiedlichen Volksgruppen. Sie wurde auch zur Faustregel der österreichischen Behörden: Katholiken wurden zu Kroaten und Orthodoxe zu Serben.<sup>79</sup>

Im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts erfolgte eine große Einwanderungswelle aus Serbien (Große Serbische Wanderung). Mit der Einnahme Pécs durch die österreichischen Truppen 1689 wurde zugleich auch der Sitz des serbischen Patriarchats eingenommen, von

---

<sup>76</sup> Valentić, *Geografska i demografska slika Hrvatske*, 30.

<sup>77</sup> Kaser, *Bauer und Soldat*, 404–407.

<sup>78</sup> Buchenau, *Orthodoxie*, 44.

<sup>79</sup> Rothenberg, *Military Border*, 11.

---

dem man die Unterstützung für einen Aufstand gegen die Osmanen erwartete. Nach einer weiteren Offensive im darauffolgenden Jahr drängten die Osmanen die österreichischen Truppen über die Donau zurück. Tausende serbischer Familien, die aus Furcht vor den bevorstehenden Vergeltungsmaßnahmen der Osmanen flohen, wurden von kaiserlichen Behörden in Südungarn und Westslawonien angesiedelt. Nach dem Frieden von Karlowitz 1699 verlieh man den serbischen Einwanderern den Status als Grenzer und siedelte sie in Militärsiedlungen entlang der Flüsse Sava, Theiss, Marosch und Donau an sowie in den Generalaten Karlstadt und Warasdin. Die massiven Migrationen stärkten die serbische Präsenz in der Militärgrenze erheblich, da in vielen militärischen Bezirken nun überwiegend orthodoxe Serben lebten. 1691 bewilligte Kaiser Leopold I. der orthodoxen Kirchen spezielle Zugeständnisse, die die religiösen Rechte und die Toleranz durch Ferdinand I. bei weitem übertrafen. So genoss die orthodoxe Kirche nicht nur religiöse Autonomie, sondern konnte auch unter der Autorität des nach Karlowitz verlegten Patriarchats Gesetze für alle Gläubigen, egal ob Zivilisten oder Militärs, sowohl in geistigen als auch in materiellen Angelegenheiten erlassen. Angesichts dieser Freiheiten, entwickelte sich das 1712 gegründete Patriarchat<sup>80</sup> zu einer sehr einflussreichen Instanz und zu einem nationalen als auch religiösen Mittelpunkt der Serben im habsburgischen Herrschaftsgebiet. Den innerösterreichischen Ständen, den kroatischen und ungarischen Behörden missfiel diese Entwicklung, ebenso wie der römisch-katholischen Kirche. Mehrere Versuche wurden unternommen, um die speziellen Rechte der Orthodoxen abzuschaffen. Vor allem der Bischof von Agram bemühte sich mithilfe der Jesuiten, die Orthodoxen zum katholischen Glauben zu bekehren oder sie zumindest dazu zu bringen, den unierten Ritus anzunehmen. In vielen Fällen wurden diese Bemühungen durch Gewalt militärischer Autoritäten durchgesetzt.<sup>81</sup>

Ungeachtet der Tatsache, dass die Militärgrenze in ihrer politischen und gesellschaftlichen Form eine Sonderstellung in ganz Europa einnahm, entwickelte sich die Grenzbevölkerung zu keiner „Militärgrenznation“, sondern integrierte sich entweder in die kroatische oder serbische Nationalbewegung, wobei in diesem Fall die konfessionelle Zugehörigkeit eine entscheidende Rolle spielte. Die Schwierigkeit, die Militärgrenze in eine Nation zu integrieren, ist vor allem auf ihre Eigenart zurückzuführen, mit bekannten Nationalismus-Modellen inkompatibel zu

---

<sup>80</sup> „Und da den Orthodoxen eine politische Repräsentation versagt blieb, entwickelte sich die Kirche zum wichtigsten Organ ihrer Interessensvertretung. Das orthodoxe Patriarchat bildet nicht nur die integrative Klammer der verstreut und unter verschiedenen Verwaltungssystemen siedelnden Serben. Als Träger des kulturellen, religiösen und politischen Lebens übernahm die orthodoxe Kirche die zentrale Rolle bei der Herausbildung des modernen serbischen Nationalbewußtseins.“ Marie-Janine Calic, *Der serbisch-kroatische Konflikt in Kroatien*, in Michael Weithmann (Hg.), *Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas*, München 1993, 108–148, hier 120.

<sup>81</sup> Rothenberg, *Military Border*, 12f.

---

sein. In der Militärgrenze gab es mehrere pränationale Gruppen, die sich auf Basis von soziokulturellen und politischen Faktoren herausgebildet und in die Nationalbewegungen integriert hatten. Die bedeutendsten – die Uskokken und Walachen – wurden bereits erwähnt. Neben diesen gab es noch weitere kleinere pränationale Gruppen wie die Kermopten und Bunjevacen. Aus den schriftlichen Quellen geht hervor, dass die „Walachen“ bis ins 18. Jahrhundert nicht als „Serben“ oder „Raitzen“ betrachtet wurden. Ebenso wenig galten die „Kroaten“ lange Zeit als solche, sondern vielmehr als „Katholiken“ oder „Pribezen“.<sup>82</sup>

Die Bestrebungen der habsburgischen Verwaltung, die Unierungsbewegung in der Militärgrenze durchzusetzen, scheiterten an der orthodoxen Bevölkerung selbst, da diese die konfessionelle Wendung nicht mitmachen wollte. Neben der konfessionellen Unifizierung der Bevölkerung im Sinne der nationalen Integration gab es noch die Möglichkeit einer sozialen Integration, die nicht auf der Konfession, sondern auf dem sozialen Status der Grenzer basierte. Auch diese Option konnte sich nicht durchsetzen, da die Rivalität zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche zu große Gegensätze zwischen den Gläubigen geschürt hatte und das soziale Integrationsmodell damit behinderte. In der Auflösungsphase der Militärgrenze standen mit Ausnahme einiger Minderheiten zwei wesentliche Gruppen vor unterschiedlichen Integrationsprozessen: die Katholiken und die Orthodoxen. Wie bereits erwähnt, spielte die Konfession bei der Entwicklung des nationalen Bewusstseins in Kroatien im 19. Jahrhundert die entscheidende Rolle und wirkte auch als maßgebliche Triebkraft des „nationalen Erwachens“. Anhand der Konskription<sup>83</sup> der Grenzverwaltung, die auf konfessioneller und nicht nationaler Grundlage durchgeführt wurde, konnte ein ungefähres Bild der katholischen bzw. orthodoxen Bevölkerung eruiert werden. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Katholiken ungefähr jener der Kroaten entsprach und die Zahl der Orthodoxen einigermaßen mit der serbischen Bevölkerung übereinstimmte. Die Gegensätze zwischen orthodoxer und katholischer Kirchenorganisation waren bis zum 17. Jahrhundert noch nicht sehr ausgeprägt, weil bis dahin keine „echte“ orthodoxe Kirchenorganisation existierte, sondern nur eine unierte, die aber vom Großteil der orthodoxen Grenzer nicht akzeptiert wurde. Im Unterschied zur katholischen Kirche, die stets eine starke Position in der Militärgrenze genoss, befand sich die orthodoxe Kirche in einer

---

<sup>82</sup> Kaser, Bauer und Soldat, 599–601.

<sup>83</sup> „Die österreichische Statistik hat im 19. Jahrhundert keine nationale, sondern nur die sprachliche und konfessionelle Zugehörigkeit ausgewiesen [...] Von einem ethnisch geschlossenen, sozusagen „rein kroatischen“ Territorium können wir also nur in Zivilkroatien sprechen, während Zivilslawonien wie die übrigen kroatischen Länder ethnisch-konfessionell gemischt war. Der Anteil orthodoxer Konfessionsangehöriger betrug in der kroatisch-slawonischen Militärgrenze 41 und in Dalmatien 18,2 v.H.; in Istrien rechneten ca. 26 Prozent der Bevölkerung als Italiener und 14 Prozent als Slowenen.“ Wolfgang Kessler, Politik, Kultur und Gesellschaft in Kroatien und Slawonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Historiographie und Grundlagen, Südosteuropäische Arbeiten 77, München 1981, 66f.

---

defensiven Lage, nicht zuletzt wegen der Unierungsbestrebungen der katholischen Kirche. Erst nach der „Großen Serbischen Wanderung“ konnte sie in der Militärgrenze ihre Stellung festigen. Dennoch war die Situation für die orthodoxe Kirche wegen der fehlenden kirchlichen Infrastruktur schwierig. Der Aufbau einer orthodoxen Kirchenorganisation wurde systematisch behindert, und bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts durften nur hölzerne Kirchen erbaut werden. Erst nach der Errichtung orthodoxer Bistümer und der Einführung eines Schulwesens auf konfessioneller Grundlage vergrößerte sich der Graben zwischen Orthodoxen und Katholiken. Zudem wurde eine Basis für die nationale Integration auf konfessioneller Grundlage geschaffen. So wurden jene Bevölkerungsgruppen, die katholisch waren, zu Kroaten und jene, die orthodox waren, zu Serben. Insofern war auch die nationale Zugehörigkeit in der Militärgrenze ein Zufall, da auf beiden Seiten viele Glaubenswechsel vermerkt sind, die gleichermaßen auch einen Nationalitätenwechsel ergaben. Die Sprache spielte bei der kroatischen und serbischen Integration der Militärgrenze keine entscheidende Rolle, weil sie bei den Grenzern zu ähnlich war und keine klare Dialektabgrenzung vorherrschte. Der kroatische nationale Integrationsprozess verlief in der Militärgrenze deutlich langsamer als in Zivil-Kroatien, jedoch wesentlich schneller als der serbische.<sup>84</sup> „Im Vergleich zu den Serben erleichterte den Kroaten der Militärgrenze die Übereinstimmung von Landes- und Nationalbezeichnung zweifellos die nationale Integration. Die Auflösung der Militärgrenze beschleunigte die Integrationsprozesse von Serben und Kroaten gleichermaßen: Die Kroaten wurden nun endlich Bürger ihres Heimatlandes; die Serben mußten sich erst ihre Position in diesem Land definieren.“<sup>85</sup>

### 3.2 Der Weg zur gemeinsamen Staatsgründung (1848 – 1918)

Nach der Befreiung von den Osmanen trafen keine erhofften Vorteile für Kroatien ein, vor allem aufgrund des Umstands, dass die meisten Gebiete der kroatischen Länder nun administrativ gespalten waren. Neben der sich ausdehnenden Militärgrenze, die direkt unter österreichischer Verwaltung stand, kam Slawonien unter ungarische Aufsicht. Hinsichtlich dieser Entwicklung rückte die Frage der Eigenständigkeit Kroatiens mit Beginn des 18. Jahrhunderts immer mehr in den Mittelpunkt. Die eigenstaatliche Tradition Kroatiens wurde sowohl von der absolutistisch-zentralistischen Politik der Habsburger als auch von den

---

<sup>84</sup> Kaser, Bauer und Soldat, 603–616.

<sup>85</sup> Ebd., 617.

---

ungarischen Bestrebungen, alle Länder der Stephanskrone zu vereinigen, eingedämmt und bedroht.<sup>86</sup>

Nach der Befreiung Ungarns von der osmanischen Okkupation Anfang des 18. Jahrhunderts, standen die Gebiete des mittelalterlichen Kroatiens weiterhin unter der Herrschaft der Hohen Pforte. Während Bosnien und die Herzegowina von den Osmanen beherrscht wurden, kontrollierten die Venezianer die dalmatinische Küste und die Habsburger bzw. Ungarn Kroatien-Slawonien. Erst zur Zeit der Illyrischen Provinzen unter französischer Herrschaft und als die beiden Handelsrepubliken Venedig und Ragusa aufgelöst wurden, kam es zur Vereinigung des kroatischen Raums südlich der Save. Vor allem die Zeit zwischen 1809 bis 1813 unter französischer Verwaltung war ein wichtiger nationalstiftender Abschnitt in der kroatischen Geschichte, zumal der Geist der napoleonischen Reformen die Nationsbildung unterstützte. Nachdem die Habsburger wieder die Herrschaft in Kroatien übernommen hatten, stand im Mittelpunkt der Illyrischen Bewegung die Wiedervereinigung der historischen Länder Kroatiens.<sup>87</sup>

Nach der Okkupation und später Annexion Bosniens-Herzegowinas wurde auch die Militärgrenze hinfällig, da sich die Grenzen der Habsburgermonarchie bis zum Fluss Drina erweiterten. Die 1881 erfolgte Vereinigung Kroatiens und Slawoniens mit der Militärgrenze beendete den Integrationsprozess der kroatischen Länder in Österreich-Ungarn. Davon ausgenommen waren noch Dalmatien, Istrien und die Stadt Rijeka. Mit der Vereinigung erhöhte sich auch die Anzahl der serbischen Bevölkerung in den kroatischen Ländern, was die Frage nach ihren Rechten und ihrer Autonomie aufkommen ließ.<sup>88</sup>

Die führenden Kreise in Kroatien im 19. Jahrhundert zielten nicht nur auf Selbstständigkeit und territoriale Integrität, sondern strebten auch nach einer Modernisierung der Gesellschaft und der Gründung eines modernen Staates.<sup>89</sup> Die politische Selbstständigkeit sowie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung der kroatischen Länder wurden durch mehrere Faktoren behindert, vor allem aber durch die Kluften zwischen den regional unterschiedlich entwickelten Gesellschaftstypen, die durch ethnische, konfessionelle und kulturelle Differenzen die politisch-nationalen Integrationsprozesse erschwerten.<sup>90</sup>

---

<sup>86</sup> Ivo Goldstein, Kroatien bis 1918, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden 2007, 46–66, hier 51.

<sup>87</sup> Catherine Horel, *Soldaten zwischen nationalen Fronten. Die Auflösung der Militärgrenze und die Entwicklung der königlich-ungarischen Landwehr (Honvéd) in Kroatien-Slawonien 1868–1914*, Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 31, Wien 2009, 20f.

<sup>88</sup> Dragutin Pavličević, *Povijest Hrvatske*, Zagreb 1994, 273f.

<sup>89</sup> Nikša Stančić, *Die mitteleuropäische Realität und südosteuropäische Ambitionen*, in: *Der Donauraum* 37/1, Wien 1997, 47–66, hier 58.

<sup>90</sup> Goldstein, *Kroatien*, 53.

---

Zwischen katholischen und orthodoxen Slawen gab es bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts keine beachtlichen Konflikte. Erst die aufkommenden Nationalbewegungen und insbesondere nationalistische Ideologien, die die Existenz der jeweils anderen Nationen leugneten, verschärften die Situation nach 1880 zunehmend. Die politischen Gegensätze zwischen Kroaten und Serben wurden vor allem durch den ungarischen Grafen Károly Khuen-Héderváry und seine Politik des „divide et impera“ geschürt, um ungarische Interessen durchzusetzen. Eine Einheit aller Slawen bzw. Südslawen in der österreichisch-ungarischen Monarchie hätte darüber hinaus eine ernstzunehmende Bedrohung für die Beständigkeit des Habsburgerreiches dargestellt, da sie die nötige Voraussetzung für die Errichtung eines südslawischen Staates gewesen wäre.<sup>91</sup>

Nach der schlechten Erfahrung mit der ungarischen Revolution, den ungarischen Hegemonialbestrebungen, dem österreichischen Absolutismus und den Germanisierungsambitionen wurden in den kroatischen Ländern die Überlegungen immer stärker, eine Vereinigung mit anderen südslawischen Völkern einzugehen. Das Slawentum bzw. Südslawentum sah man als Rettung vor der Magyarisierung bzw. Germanisierung und als eine natürliche Verbindung zwischen „verwandten“ Völkern.<sup>92</sup>

In der Zeit nach dem Ungarisch-Kroatischen Ausgleich von 1868 bildeten sich mehrere maßgebende politische Richtungen in Kroatien heraus. Die wohl wichtigste und prägendste kroatische Strömung war der Illyrismus. Die Illyrische Bewegung, die in den 1830er und 1840er Jahren von Kroatien ausging und nach kultureller sowie politischer Vereinigung aller Südslawen strebte, gilt auch als die kroatische nationale Wiedergeburt, da die maßgebende Trägerschicht der Illyrischen Bewegung, bestehend aus Bürgertum, Intelligenz, Kaufleuten, Teilen des niederen katholischen Klerus und des niederen Adels, mit der kroatischen Wiedergeburt identisch war. Die eigentliche nationale Wiedergeburt begann erst nach 1860/61 und dauerte als gemeinsame Bewegung der Kroaten und Serben bis 1879 an. Als rein kroatische Bewegung währte sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fort. Die Illyrer unterschieden zwischen zwei Formen des Nationalismus: dem „Kroatismus“ und dem „Illyrismus“. Der Begriff „Kroatismus“ bezeichnete den auf das Kroatementum bezogenen Nationalismus und unter dem Terminus „Illyrismus“ verstand man allgemein eine Bezeichnung des Jugoslawismus. Die Magyarisierungsbestrebungen sind wohl als ein bedeutender Auslöser des Nationalismus der Kroaten zu nennen, zumal die Magyaren seit 1790 verstärkt versuchten, Kroatien vollständig in den Ungarischen Staat zu integrieren und den Zugang zum Meer zu erlangen. Neben den politischen Zielen der Magyarisierung stießen

---

<sup>91</sup> Calic, Konflikt, 121.

<sup>92</sup> Pavličević, Povijest, 255.

---

auch die kulturellen Bestrebungen, die magyarische Sprache in Kroatien als verpflichtendes Schulfach und als Amtssprache durchzusetzen, auf kroatischen Widerstand. In der Opposition gegen die Magyarisierungspolitik kristallisierten sich die nationalen Ziele des Kroantums heraus: die kulturelle und politische Eigenständigkeit des kroatischen Volkes.<sup>93</sup>

Die Nationalsprache diente den Kroaten als ein wichtiges Instrument gegen die Magyarisierung und für die Vereinigung der kroatischen bzw. südslawischen Gebiete. Im Gegensatz zu den Serben „konnten die Kroaten des 19. Jahrhunderts auf eine reiche schöngeistige Literatur in der Volkssprache zurückblicken – in allen ihren Dialekten, dem čakavischen, štokavischen und kajkavischen. [...] Auch die lexikographische Produktion der Kroaten war beachtlich. Von 1595 bis zum Beginn der Nationalbewegungen entstanden mehrere Wörterbücher, die hauptsächlich den štokavischen Wortschatz dokumentierten, welche die Verfasser meist als illyrisch bezeichneten.“<sup>94</sup> Als Forderungen nach einer gemeinsamen kroatischen Schriftsprache laut wurden, entschied man sich für den štokavischen<sup>95</sup> Dialekt als deren Grundlage.<sup>96</sup>

Zentral für die Popularisierung der illyrischen Idee in Kroatien war der kroatische Publizist und Journalist Ljudevit Gaj. Er unterstützte Vuk Karadžićs Forderungen nach einer gemeinsamen Rechtschreibung für alle Südslawen, wobei er aber die Meinung vertrat, dass das lateinische Alphabet zum diesem Zweck am tauglichsten war.<sup>97</sup> In der „Wiener Schriftsprachen Vereinbarung“ von 1850 einigten sich führende kroatische und serbische Intellektuelle auf eine gemeinsame Sprache auf Grundlage des štokavischen Dialekts. Das unterzeichnete Abkommen in Wien stellte das Fundament zur Standardisierung einer serbokroatischen Sprache.<sup>98</sup>

Nachdem der Illyrismus die Grundlage für den Prozess der kroatischen nationalen Integration geschaffen hatte, entwickelten sich aus ihm zwei weitere Integrationsideologien. Die eine war der Jugoslawismus, der im Wesentlichen an die illyrisitische Tradition einer südslawischen Einheit anknüpfte und als deren Nachfolger betrachtet werden kann. Die

---

<sup>93</sup> Ebd., 133–135.

<sup>94</sup> Cvetković-Sander, Sprachpolitik, 42.

<sup>95</sup> Diese Entscheidung ist auf pragmatische Gründe, wie der Sprecherzahl im kroatischen Bereich und der Kompatibilität mit Serbien, zurückzuführen. Der Beschluss kann somit als ein deutliches Zeichen des Interesses an einer sprachlichen Einigung mit Serbien gedeutet werden. Gun-Britt Kohler, „U ilirsko kolo mili vratite se srodni puci!“ Die Ambivalenz des nationalen Raumes zur Zeit des kroatischen Illyrismus, in: Zeitschrift für Balkanologie 42, Wiesbaden 2006, 108–133, hier 122.

<sup>96</sup> Behschnitt, Nationalismus, 135f.; Cvetković-Sander, Sprachpolitik, 44.

<sup>97</sup> Sabrina P. Ramet, Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme, Südosteuropäische Arbeiten 136, München 2011, 72.

<sup>98</sup> Vgl. Alojz Ivanišević, Getrennt durch die „gemeinsame Sprache“. Sprache als Politikum in kroatisch-serbischen Beziehungen und Konflikten vor der Entstehung Jugoslawiens, in: Marija Wakounig – Wolfgang Mueller – Michael Portmann (Hgg.), Nation, Nationalitäten und Nationalismus im östlichen Europa. Festschrift für Arnold Suppan zum 65. Geburtstag, Wien 2010, 307–330, hier 310.

---

andere Richtung ging von der exklusiv kroatischen Ideologie der Kroatischen Staatsrechtspartei aus, die sich als Negation des Illyrismus verstand. Als eine Integrationsideologie der kroatischen Nation und als ein supranationales Konzept, wurde der Jugoslawismus vor allem vom Mäzen und Bischof von Đakovo Josip Juraj Strossmayer gefördert und vorangetrieben. Das ideologische System formulierte und erweiterte der Theologe und Historiker Franjo Rački, der im Prinzip die gleichen Ansichten wie Strossmayer vertrat.<sup>99</sup> Zu einem wesentlichen Bestandteil des Jugoslawismus gehörte der Föderalismus im Sinne einer föderalen Staatsordnung gleichberechtigter Nationen innerhalb der österreich-ungarischen Monarchie.<sup>100</sup> Neben der kroatischen Komponente des Jugoslawismus war auch der liberale Katholizismus ein integraler Teil dieser Ideologie. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts unterstützte der Großteil des kroatisch-katholischen Klerus das jugoslawische Programm. Die Einheit des Christentums war für Rački und Strossmayer ein großes Anliegen, weshalb sie nach der Vereinigung aller getrennten christlichen Kirchen strebten, allen voran die Vereinigung zwischen katholischer und orthodoxer Kirche.<sup>101</sup>

Die exklusiv kroatisch-nationalstaatliche Ideologie strebte nach einer Vereinigung aller historisch kroatischen Länder und beruhte auf den Gedanken des „tausendjährigen kroatischen Staatsrechts“. Diese Ziele verfolgte sowohl Ante Starčević und die von ihm gegründete Staatsrechtliche Partei als auch die 1904 gegründete Kroatische bäuerliche Volkspartei unter der Führung von Stjepan Radić. Starčevićs Staatsrechtsideologie orientierte sich nach dem französischen „state-into-nation“-Modell, bei dem der Staat die Nation schafft. Ein Bürgerstaat stand somit im Mittelpunkt seiner Agenda, während Sprache und Religion als nationsstiftende Elemente abgelehnt wurden.<sup>102</sup> Die politische Existenz einer serbischen Nation leugnete er und vereinnahmte sie beinahe vollständig für das Kroatentum.<sup>103</sup> Er bestand auf „eine Unterscheidung zwischen genetischer und politischer Nation: eine Nation im genetischen Sinne konnte die Serben demnach sein, eine politische nicht.“<sup>104</sup> Den Begriff „Slawoserben“ verwendete er nicht als einen rassistischen Ausdruck für Serben, sondern

---

<sup>99</sup> Mirjana Gross, *Croatian National-Integrational Ideologies from the End of Illyrism to the Creation of Yugoslavia*, in: *Austrian History Yearbook 15–16 (1979–1980)*, Minneapolis 1982, 3–33, hier 8f.

<sup>100</sup> Goldstein, *Kroatien*, 56.

<sup>101</sup> Gross, *National-Integrational Ideologies*, 14.

<sup>102</sup> Ramet, *Jugoslawien*, 70f.

<sup>103</sup> Alojz Ivanišević, *Nationale Minderheiten in Kroatien*, in: Valeria Heuberger – Arnold Suppan – Elisabeth Vyslonzil (Hgg.), *Brennpunkt Osteuropa. Minderheiten im Kreuzfeuer des Nationalismus*, Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 24, Wien/München 1996, 128–135, hier 131.

<sup>104</sup> Behschnitt, *Nationalismus*, 183.

---

bezeichnete damit serbisierte Walachen und unter anderem auch politische Gegner wie Illyristen oder österreichtreue Politiker.<sup>105</sup>

Der serbische Philologe und Sprachreformer Vuk Stefanović Karadžić veröffentlichte 1818 ein serbisches Wörterbuch auf Grundlage des ijekavisch-štokavischen Dialekts. Seiner Meinung nach waren alle Štokaver Serben, die Kajkaver Slowenen und nur eine kleine Gruppe Čakaver Kroaten.<sup>106</sup> Diese Überzeugung kommt in seiner 1836 verfassten und 1849 veröffentlichten Hauptschrift „Srbi svi i svuda“ („Alle sind Serben und überall sind Serben“) zum Ausdruck, in der er sich explizit mit der nationalen Frage auseinandersetzt. Karadžićs Meinung, dass die štokavischen Katholiken und Muslime der serbischen Nation angehörten, beruhte nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern war die Folge seines serbischen Sprachnationalismus.<sup>107</sup> „Die Sprache (und nicht die Religionszugehörigkeit oder eine Kombination aus mehreren Merkmalen, z. B. Sprache + Religion) wurde bei Vuk zum alleinigen Kriterium bei der Definition der ‚Serben‘ und des daraus abgeleiteten Raumbildes.“<sup>108</sup> Die religiöse Zersplitterung des „serbischen Volkes“ bedauerte er und wies auf andere Nationen hin, deren religiöse oder konfessionelle Unterschiede sie nicht an einer nationalen Konsolidierung behinderten. Verständlicherweise brachten ihm diese Aussagen massive Kritik von kroatischer Seite ein. Weil seine nationalen Vorstellungen von kroatischen Patrioten abgelehnt wurden, musste er letztendlich einsehen, dass seine philologische und religionsübergreifende Definition der „Serben“ nicht fundiert war. Viele Autoren sehen in Karadžićs Ausführungen die Ursprünge eines großserbischen Nationalismus, der sich durch einen aggressiven und expansionistischen Charakter auszeichnet und Anfang der neunziger Jahre zu seiner vollen Entfaltung kam.<sup>109</sup>

Karadžićs Sprachnationalismus harmonierte darüber hinaus ideal mit den politischen Visionen des serbischen Politikers und Staatsmannes Ilija Garašanin, die er in einer geheimen Denkschrift 1844 niederschrieb und 1904 unter dem Namen „Načertanije“ (Entwurf) veröffentlichte.<sup>110</sup> Sein Programm sah die Etablierung des serbischen Staates in den Grenzen des mittelalterlichen serbischen Kaiserreiches vor, was insoweit die „Befreiung“ der übriggebliebenen Serben unter osmanischer Herrschaft zur Folge gehabt hätte. Zudem bestand

---

<sup>105</sup> Georg Wilhelm Köhler, Beiträge zur Ideologie der kroatischen Frage in ihrer Entwicklung bis 1918, Südosteuropäische Arbeiten des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts Berlin und des Südostinstituts München 27, München 1942, 51.

<sup>106</sup> Köhler, Ambivalenz, 123.

<sup>107</sup> Konrad Clewing, Staatlichkeit und nationale Identitätsbildung. Dalmatien in Vormärz und Revolution, Südosteuropäische Arbeiten 109, München 2001, 296.

<sup>108</sup> Holm Sundhaussen, Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert, Wien 2007, 92.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., 93.

<sup>110</sup> Behschnitt, Nationalismus, 54.

---

Garašanin auf die Angliederung der serbischen Gebiete im Habsburgerreich an Serbien und auf die Gründung eines gemeinsamen Staates mit den übrigen Südslawen.<sup>111</sup>

Eine Übereinstimmung politischer und sprachlicher Nationalideologien wie sie es bei den Serben gab, konnte sich in Kroatien nicht durchsetzen, da der südslawisch ausgerichtete Illyrismus und die exklusiv nationalkroatisch orientierte Staatsrechtideologie unvereinbar waren. Die politischen Gesinnungen Garašanins und Karadžićs stimmten in ihrer rein serbischen Haltung vollkommen überein. Des Weiteren verfügten die Serben nicht nur über einen staatlichen Vorteil (1878 Erlangung voller politischer Souveränität am Berliner Kongress) gegenüber den kroatischen Ländern der Monarchie, sondern auch, Dank der orthodoxen Nationalkirche, über einen mit dem Volk tiefer verwurzelten Nationalismus. Dies zeigt sich allein an der Tatsache, dass sich Starčevićs Staatsrechtspartei zu keiner bestimmenden politischen Kraft oder einer kroatischen Massenbewegung in Kroatien entwickelte und der kroatische Nationalismus noch keine religiöse Grundlage besaß.

Trotz der enormen Gegensätze zwischen kroatischen und serbischen Nationalideologien verloren diese an Konfliktpotential, als es um gemeinsame politische Interessen ging, die sich hauptsächlich gegen den österreichischen und ungarischen Hegemonismus richteten.<sup>112</sup> So kam es, dass sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die führenden politischen Kräfte Kroatiens mit den serbischen Parteien in Kroatien in einem Parteibündnis, der sogenannten „Kroatisch-serbischen Koalition“, zusammenschlossen. Obwohl die meisten kroatischen Parteien in der Koalition den integralen Jugoslawismus vertraten, bestanden sie dennoch auf das „kroatische historische Staatsrecht“ und sahen darin keinen Widerspruch zur jugoslawischen Idee.<sup>113</sup> Unter den Parteien fanden sich sowohl Vertreter der großkroatischen als auch großserbischen Ideologie. Dennoch einigte man sich auf eine nationale Einheitsideologie bzw. auf eine „jugoslawische Nation“, die dem „germanischen Drang nach Osten“ standhalten sollte.<sup>114</sup> Die Koalition wurde 1905 in Rijeka und Zadar gegründet und blieb bis 1918 die einflussreichste politische Strömung unter den Südslawen. In dieser Zeit variierten die politischen Taktiken der Koalition stark. Während öfters die Kooperation mit den österreichischen Behörden befürwortet wurde, arbeitete man manchmal auch gegen sie. Ähnlich variierend verhielt sich auch das Vorgehen Wiens und Budapests gegenüber der Koalition. Die Folgen dieser sehr

---

<sup>111</sup> Zoran Konstantinović, Prägende Persönlichkeiten serbischen Denkens in Geschichte und Gegenwart, in: Gabriella Schubert (Hg.), Serbien in Europa. Leitbilder der Moderne in der Diskussion, Forschungen zu Südosteuropa 3, Wiesbaden 2008, 17–22, hier 19.

<sup>112</sup> Goldstein, Kroatien, 60.

<sup>113</sup> Ivanišević, Integration, 68f.

<sup>114</sup> Ivanišević, Nationale Minderheiten, 132.

---

ambivalenten Politik brachten der Koalition große Kritik ein und viele Südslawen konnten ihre Methoden und Strategien nicht wirklich nachvollziehen.<sup>115</sup>

Bereits nach der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts – und vor allem nach der Auflösung der Militärgrenze – genossen die Serben in Kroatien eine Sonderstellung, die nicht mit dem Status einer bloßen Minderheit vergleichbar ist. Nach ihrem Selbstverständnis waren sie auch nicht eine Minderheit, sondern vielmehr ein „konstitutives Volk“. Im Widerspruch zu dieser Auffassung stand die damalige politische Repräsentation der kroatischen Serben, die Serbische Selbstständige Partei, die großserbische Ambitionen vertrat.<sup>116</sup> Nach 1903 verfolgten alle serbischen Parteien ein großserbisches Programm. Die in Serbien von 1881–1905 regierenden Parteien, die Serbische Radikale und die Serbische Selbstständige Partei, forderten in ihren Parteiprogrammen „das Wahre politischer und wirtschaftlicher Interessen Serbiens, die Pflege der Eintracht mit allen verwandten und benachbarten Völkern, die Erhaltung und Stärkung der Kulturgemeinschaft mit ihnen, die Unterstützung der zerstückelten und unbefreiten Teile des Serbentums sowie die Weckung des Bewußtseins von nationaler Einheit in den entfernten serbischen Ländern, die dem Ansturm fremder Elemente ausgesetzt sind.“<sup>117</sup>

Ähnliches vertrat der serbische Politiker und Staatsmann Nikola Pašić, der in der Expansion des serbischen Staates nicht die Vereinigung aller Südslawen, sondern aller Serben vorsah. Da diesen Plänen Österreich-Ungarn noch im Weg stand, legte man sich auf eine weniger riskante und erfolgversprechendere Expansion in Richtung Süden bzw. Makedonien fest, die in den Balkankriegen von 1912 und 1913 dann auch verwirklicht wurde. Nach Beginn des ersten Weltkrieges, boten sich Serbien zwei Optionen an: entweder unter dem serbischen oder dem jugoslawischen Banner die nationalen Interessen durchzusetzen. Der einzige nennenswerte Unterschied zwischen der „kleinen Lösung“, die nach der Vereinigung aller Serben trachtete, und der „großen Lösung“, die eine Vereinigung aller Südslawen vorsah, bestand aus serbischer Perspektive in der Strategie, die letztendlich zum selben Ziel führen sollte. Die heute noch weit verbreitete Meinung einiger serbischer Autoren, Serbien habe seine eigenen Interessen für eine jugoslawische Vereinigung geopfert, steht im Widerspruch zum eindeutig serbisch festgelegten Kurs Pašićs während des Krieges.<sup>118</sup>

---

<sup>115</sup> Charles Jelavich, *The Croatian Problem in the Habsburg Empire in the Nineteenth Century*, in: *Austrian History Yearbook* 3/2, Houston 1967, 83–115, hier 110.

<sup>116</sup> Alojz Ivanišević, *Integration und Desintegration zwischen Serben, Kroaten und Muslimen*, in: *Der Donauraum* 37/1, Wien 1997, 67–90, hier 78.

<sup>117</sup> Zitiert nach ebd., 67.

<sup>118</sup> Ivo Banac, *Jugoslawien 1918–1941*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden<sup>2</sup>2007, 153–169, hier 153.

---

Während des ersten Weltkrieges gründeten emigrierte südslawische Politiker aus Österreich-Ungarn das sogenannte „Jugoslawische Komitee“. Den Vorsitz übernahm der kroatische Politiker Ante Trumbić, der gemeinsam mit Frano Supilo im Jahre 1905 durch die Resolution von Fiume (Rijeka) den Grundstein für die „Kroatisch-serbische Koalition“ legte. Die Ziele des Komitees beinhalteten „die Interessenswahrnehmung bei den Ententemächten gegen die italienische Adriapolitik, die politische Anerkennung durch die Alliierten, die Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen in einem unabhängigen Staat sowie korrekte Beziehungen zu Serbien.“<sup>119</sup> Die finanzielle Unterstützung erhielt das Komitee von der Südslawischen Emigration aus Süd- und Nordamerika, zeitweise auch von der serbischen Regierung, die im Großen und Ganzen ein eher zurückhaltendes Verhältnis zum Komitee hatte. Von den Ententemächten erhielt das Jugoslawische Komitee keine Anerkennung, da sie einen Separatfrieden mit Österreich-Ungarn wünschten. Somit verfügte das Komitee über keine politische Legitimität wie eine Exilregierung. Nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenreiches, das als wichtigster Verbündeter Serbiens galt, entschloss sich die serbische Regierung, Verhandlungen mit dem Komitee aufzunehmen.<sup>120</sup> Die serbische Regierung betrachtete das Komitee als eine dem Serbischen Staat untergeordnete Organisation, die dementsprechend im serbischen Interesse handeln sollte. Dieser Vorstellung setzte sich das wohl bedeutendste Mitglied des Komitees, Frano Supilo, entgegen, der für den jugoslawischen Staat ein föderales System befürwortete. Vor allem Pašić gegenüber war er misstrauisch, zumal er bei ihm einen heimlichen serbischen Hegemonismus witterte. Nicht zu Unrecht, denn Pašić beabsichtigte tatsächlich im Falle einer jugoslawischen Vereinigung die Verwaltung und politische Entscheidungsgewalten in Belgrad zu zentralisieren.<sup>121</sup>

Eine Südslawische Vereinigung in einem unabhängigen Staat stand nicht im ursprünglichen Interesse der Alliierten, da Frankreich Österreich-Ungarn als Machtstütze gegen Deutschland aufrechterhalten wollte und Großbritannien einen zu großen russischen Einfluss am Balkan befürchtete. Mit den Gebietsansprüchen auf Südtirol, Görz, Triest, Istrien, großen Teilen Dalmatiens und sogar auf albanisches Territorium, die Italien im Vertrag von London 1915 als Gegenleistung für den Kriegseintritt auf Seite der Alliierten zugesichert wurden, stellte sich Italien als wohl größter Gegner eines südslawischen Staates heraus.<sup>122</sup> Angesichts dieser Bedrohung entschieden sich viele Mitglieder des Jugoslawischen Komitees

---

<sup>119</sup> Wolfgang Kessler, Jugoslawien – Der erste Versuch. Vorgeschichte und Gründung des „ersten Jugoslawien“, in: Jürgen Elvert (Hg.), Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1997, 91–118, hier 101.

<sup>120</sup> Ebd., 101f.

<sup>121</sup> Ramet, Jugoslawien, 74.

<sup>122</sup> Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien 1996, 226.

---

für eine rasche Einigung mit der serbischen Regierung, um somit die Gebietsansprüche Italiens abzuwehren. 1917 unterzeichneten Mitglieder des Jugoslawischen Komitees und der serbischen Regierung die „Deklaration von Korfu“,<sup>123</sup> in der slowenische, kroatische und serbische Politiker die Gründung eines gemeinsamen „Königreichs der Serben Kroaten und Slowenen“ unter der serbischen Dynastie Karađorđević vereinbarten.<sup>124</sup> Die wichtigste Frage, ob es eine zentrale oder föderale Staatsordnung geben würde, blieb jedoch unausgesprochen.<sup>125</sup>

Der 1918 in Zagreb konstituierte „Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben“ proklamierte im selben Jahr, nachdem das kroatische Parlament (Sabor) die auf dem kroatischen Staatsrecht basierende Bindung Kroatiens zu Ungarn und den Habsburgern für aufgelöst erklärt hatte, den „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“.<sup>126</sup> Innerhalb des Nationalrates herrschte keine Einigkeit über die zukünftige Staatsform. Während Vertreter der Slowenischen Volkspartei und der Kroatischen Volks- und Bauernpartei eine föderale Staatsordnung forderten, begrüßte die Kroatisch-Serbische Koalition ein zentralistisch gegliedertes Königreich. Im neugeborenen Staat herrschten Unruhen und Unordnung, der einzige stabilisierende Faktor war die serbische Armee. Vor allem die Besetzung<sup>127</sup> italienischer Truppen entlang der Adriaküste ließ keine Zeit für längere Diskussionen zu, weshalb der Nationalrat im November 1918 eine Delegation nach Belgrad entsandte, um die Vereinigung so schnell wie möglich herbeizuführen. Die Verkündung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ wurde am ersten Dezember 1918 von Prinzregent Aleksandar Karađorđević proklamiert.<sup>128</sup>

---

<sup>123</sup> Kessler, Jugoslawien, 103.

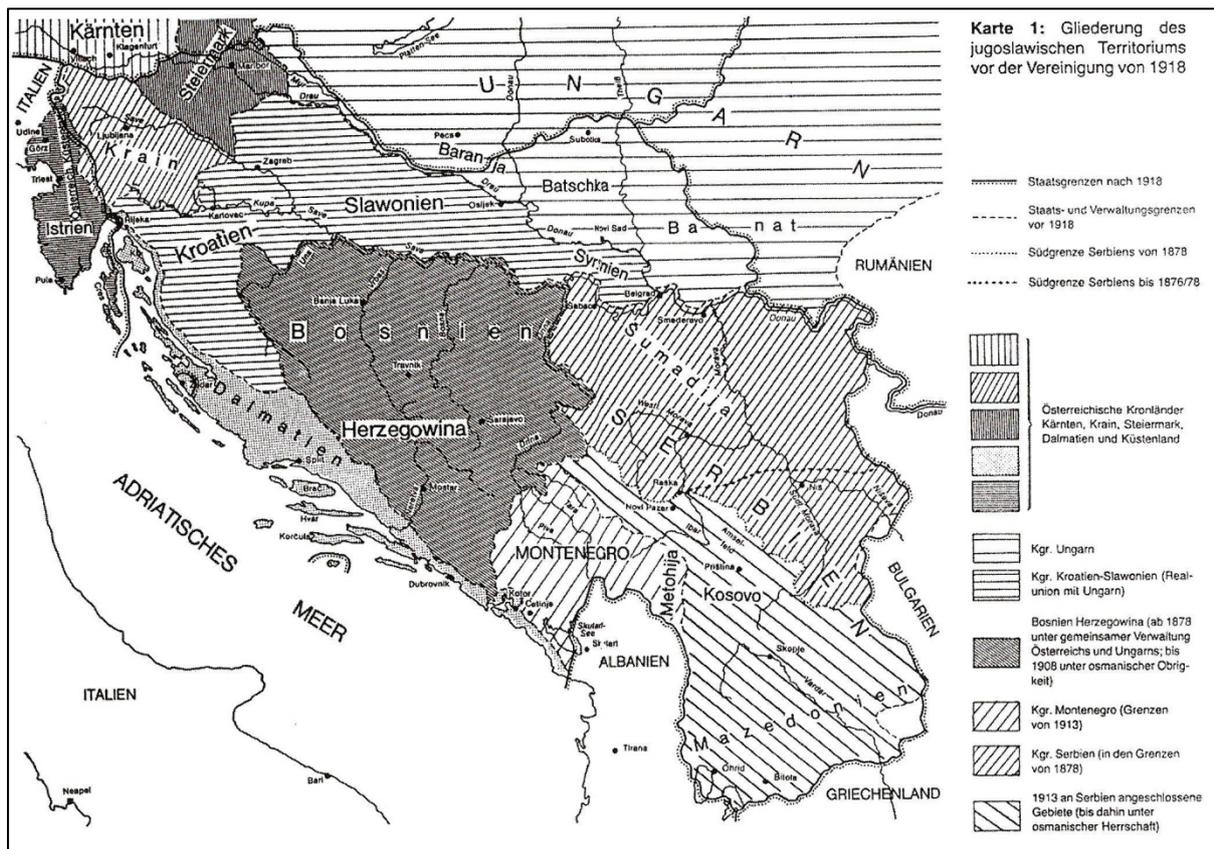
<sup>124</sup> Calic, Konflikt, 122.

<sup>125</sup> Ramet, Jugoslawien, 75.

<sup>126</sup> Reinhard Reimann, „Für echte Deutsche gibt es bei uns genügend Rechte“. Die Slowenen und ihre deutsche Minderheit 1918–1941, in Harald Heppner (Hg.), Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema, Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 38, München 2002, 126–151, hier 127.

<sup>127</sup> „In Dalmatien selbst stieß die italienische Besetzung auf geschlossene Ablehnung. In 35 dalmatinischen Gemeinden wurden geheime Volksabstimmungen durchgeführt, bei denen sich eine fast hundertprozentige Mehrheit für den Anschluß Dalmatiens an das Königreich SHS aussprach. Nur weil zwischen November 1918 und September 1921 Einheiten der amerikanischen Marine ein großes Gebiet (einschließlich der Inseln) längs der östlichen Adriaküste kontrollierte, das sich von Istrien bis Montenegro erstreckte, kam es wohl nicht zu größeren Zusammenstößen.“ Aleksandar Jakir, Dalmatien zwischen den Weltkriegen. Agrarische und urbane Lebenswelt und das Scheitern der jugoslawischen Integration, Südosteuropäische Arbeiten 104, München 1999, 95f.

<sup>128</sup> Klaus Peter Zeitler, Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher, Marburg 2000, 27.



Karte 2: Gliederung des jugoslawischen Territoriums vor der Vereinigung von 1918, Quelle: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, 168.

### 3.3 Ein Königreich fehlgeschlagener Integration (1918 – 1941)

Die Wahl der neuen Staatsbezeichnung war ein Anzeichen für die bevorstehenden Machtverhältnisse und künftige Staatsform des neu gegründeten Königreichs. Die dominante Position (Monarchie, Armee, Verwaltungsapparat, Orthodoxe Kirche) des serbischen Staates ermöglichte die Verwirklichung eigener politischer Ziele, ohne viel Rücksicht auf die Forderungen der anderen Nationen nehmen zu müssen. Während die Serben bei der Schaffung des neuen Staates und der Vereinigung mit den anderen Südslawen nicht das Gefühl hatten, ihrer nationalen Individualität beraubt worden zu sein, verhielt sich die Situation bei den anderen Völkern ganz anders. Vor allem bei den Kroaten löste die Verkündung, dass Kroatien unter Oberhoheit der serbischen Dynastie stand, große Unzufriedenheit und Demonstrationen aus, weil in diesem Akt eine Einschränkung des nationalen Selbstbestimmungsrechts gesehen wurde. Da der Entschluss einer Vereinigung mit Serbien nur von einer Gruppe Politikern getroffen wurde, die über keine besonderen Erfahrungen in der Ausübung politischer Macht verfügten, und da eine demokratische

---

Volksabstimmung unter den einzelnen südslawischen Nationen diesbezüglich nie stattgefunden hat, entsprach der Entschluss über den Zusammenschluss sicherlich nicht dem Willen der einzelnen Völker. Dies wird evident am aufkommenden Widerstand in den nichtserbischen Gebieten nach der Etablierung und Festigung des neuen Staates. Der jugoslawische Unitarismus konnte also nur unter einer gegenseitigen Akzeptanz Bestand haben, was aber nicht der Fall war. Die überaus mächtige Stellung Serbiens ermöglichte eine wirtschaftliche Ausbeutung<sup>129</sup> von höher entwickelten Regionen wie Slowenien und Nordkroatien, was allerdings dazu führte, dass die unitaristische Ideologie zugunsten nationalistischer Strömungen an Attraktivität verlor.<sup>130</sup> Die serbische Politik des ideologischen Unitarismus und administrativen Zentralismus fand nach der beschlossenen „Vidovdan-Verfassung“<sup>131</sup> nun eine rechtliche Grundlage,<sup>132</sup> zog aber damit gleichzeitig den Hass auf sich, zumal die zentralistische Veitstagverfassung ohne Beteiligung und gegen den Willen der meisten nichtserbischen Parteien erzielt wurde.<sup>133</sup> Eine staatliche Verwaltungsordnung an den Grenzen der bestehenden „historischen Provinzen“ wurde von den serbischen Parteien abgelehnt, da die ethnische Vermischung der Bevölkerung und die Zerstreung der serbischen Entität in dieser Hinsicht die serbische Nation in Gefahr einer „Entnationalisierung“ bzw. Fraktionierung bringen konnte. Insofern wurde der Föderalismus als eine Bedrohung für den Staat und die serbische nationale Einheit dargestellt. Für die Instabilität im Königreich wies man darüber hinaus den bestehenden historischen Regionen und ihrer administrativen Gliederung in Bezirke und Komitate die Schuld zu.<sup>134</sup> Angesichts dieser „Bedrohung“ wurden 1922 Verwaltungsreformen durchgeführt, die die Serben strukturell und politisch begünstigen sollten. Die Verwaltungsgliederung wurde bewusst

---

<sup>129</sup> „Der kroatische Ökonom Rudolf Bićanić beklagte, dass die ehemals österreichisch-ungarischen Landesteile mehr als 80 Prozent der Steuerleistung erbrachten, während Serbien und Montenegro mehr als 70 Prozent der Investitionen in die Infrastruktur einstrichen.“ Calic, *Geschichte Jugoslawiens*, 91f.

<sup>130</sup> Banac, *Jugoslawien*, 158.

<sup>131</sup> Die symbolträchtige Sankt-Veits-Tag oder „Vidovdan“ ist einer der wichtigsten Gedenk- und Feiertage der Serben. Er erinnert an die Schlacht auf dem Amselfeld, die am 15. Juni (Julianischer Kalender) bzw. am 28. Juni (Gregorianischer Kalender) 1389 zwischen der serbischen Armee mit ihren Verbündeten und dem osmanischen Heer stattgefunden hat. Dieses stark mythologisierte historische Ereignis trat in das religiöse und nationale Bewusstsein der Serben. Es symbolisiert den langfristigen Widerstand und die Aufopferung des serbischen Volkes gegen die Islamisierung des christlichen Europa. Siehe dazu Dietmar Müller, *Staatsbürger auf Widerruf. Juden und Muslime als Alteritätspartner im rumänischen und serbischen Nationscode: ethnonationale Staatsbürgerschaftskonzepte 1878–1941*, *Balkanologische Veröffentlichungen* 41, Wiesbaden 2005, 178; Ivo Banac, *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*, Ithaca 1988, 403–405; Darko Samardžić, *Das Parteienrecht Serbiens und Montenegros. Eine Untersuchung mit rechtsvergleichendem Blick auf Deutschland und die Europäische Union*, *Recht in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa/GUS* 13, Berlin/Münster 2010, 58–60.

<sup>132</sup> Suppan, *Jugoslawien*, 60.

<sup>133</sup> Banac, *Jugoslawien*, 159.

<sup>134</sup> Ljubodrag Dimić, *Serbien und Jugoslawien (1918–1941)*, in: Walter Lukan – Ljubinka Trgovčević – Dragan Vukčević (Hgg.), *Serbien und Montenegro. Raum und Bevölkerung, Geschichte, Sprache und Literatur, Kultur, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht*, *Österreichische Osthefte* 47, Wien 2006, 231–264, hier 251.

---

entgegen allen ethnischen und historischen Kriterien vollzogen, um den staatlichen Zentralismus durchsetzen zu können.<sup>135</sup>

Die Kroatische Bauernpartei unter der Führung von Stjepan Radić, die sich im Gegensatz zu Starčevićs Staatsrechtlicher Partei zu einer Massenbewegung in Kroatien entwickelte, leistete energischen Widerstand gegen die serbischen Zentralisierungsmaßnahmen. Die Bauernpartei setzte sich für die Errichtung einer kroatischen Bauernrepublik im Rahmen einer südslawischen Konföderation ein und beharrte auf der nationalen Eigenständigkeit der Kroaten. Nach Radićs Auffassungen waren die Kroaten kein „Stamm“ oder Teil der „dreinamigen Nation“, sondern ein eigenständiges und mit den Serben bzw. Slowenen gleichberechtigtes Volk. „Die brüderliche Beziehung“ zwischen diesen Nationen stellte er nie infrage, jedoch sollte diese nicht unter einer zentralistischen Führung gepflegt werden.<sup>136</sup> „Innenpolitisch war der Aufschrei der Bauernpartei bedeutend, weil sie die nationale Frage durch den gleichzeitigen Hinweis auf historisch-kulturelle Gemeinsamkeiten und sozialökonomische Interessen des kroatischen Volkes aufputschte. Mit den Reizthemen ungleicher Steuerlast, missglückter Agrarreformen und serbischer Übermacht im Gesamtstaat weckte sie auch unter anderen Völkerschaften das Gefühl kollektiver Benachteiligung.“<sup>137</sup> Die Kroatische Bauernpartei war zusammen mit der „Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ die einzige politische Kraft, die das zentralistische System des neuen Staates grundlegend herausforderte.

Von der politischen Instabilität und Unzufriedenheit im Staat zeugten vor allem die häufigen Parlamentswahlen sowie die hohe Anzahl an Parteien (1923 traten 33 Parteien zur Wahl an und 1925 schon 45). Der Parlamentarismus drohte aufgrund der innenpolitischen Polemik zu kollabieren und das Land befand sich in einer bedrohlichen Krise. Am Versagen des Parlamentarismus waren keineswegs nur die nationale Frage oder die historischen Gegensätze zwischen Kroaten und Serben schuld, sondern vielmehr das instabile politische System, die missliche wirtschaftliche Lage und die geringe Kompromissbereitschaft der politischen Parteien.<sup>138</sup>

Den Höhepunkt erreichte die Staatskrise im Juni 1928 als Radić und vier weitere kroatische Abgeordnete von Puniša Račić, einem Mitglied der Serbischen Radikalen Partei, angeschossen wurden. Zwei der Abgeordneten starben an Ort und Stelle, zwei überlebten und

---

<sup>135</sup> Wolfgang Höpken, Slowenien im ersten und zweiten Jugoslawien, in: France Bernik – Reinhard Lauer (Hgg.), Die Grundlagen der slowenischen Kultur, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 6, Berlin/New York 2010, 83–120, hier 92.

<sup>136</sup> Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 254.

<sup>137</sup> Calic, Geschichte Jugoslawiens, 92.

<sup>138</sup> Ebd., 93, 96f.

---

Radić erlag einige Wochen später seinen Verletzungen. Das Attentat verschlechterte die kroatisch-serbischen Beziehungen noch weiter und bedeutete auch einen endgültigen Bruch zwischen Zagreb und Belgrad. Am 6. Januar schaffte König Aleksandar die Vidovdan-Verfassung, das Parlament und die politischen Parteien ab und leitete damit die Königsdiktatur ein, die bis 1941 währen sollte.<sup>139</sup> Das Vorgehen rechtfertigte der Monarch mit dem Argument, dass es zwischen Volk und König keinen Vermittler mehr geben dürfe. Der Parlamentarismus sei für politische Zwecke missbraucht und dadurch zum Hindernis für eine positive Entwicklung im Staat geworden.<sup>140</sup>

Das Land wurde in „Königreich Jugoslawien“ umbenannt und alle nationalen Organisationen wurden verboten. Statt der bisherigen Gliederung in 33 Verwaltungsgebiete (oblasti) erfolgte eine Aufteilung in Banschaften (banovine). Die Einteilung der neun Banschaften orientierte sich nicht an historischen oder sprachlichen Grenzen, mit der Intention, einen „starken einheitlichen Staat durch die Verdrängung des unterschiedlichen historischen Bewußtseins der Bevölkerung zu schaffen.“<sup>141</sup> Die administrative Einteilung auf geografischer Grundlage erwies sich als ein Versuch, durch die Auflösung der historischen Regionen eine Desintegration des jugoslawischen Staates zu verhindern und stattdessen Einheiten auf Basis starker politischer und wirtschaftlicher Kriterien zu bilden. Allerdings erfolgte die Gliederung so, dass in sechs Verwaltungseinheiten die Serben unter der Bevölkerung der Banschaften eine Mehrheit bildeten, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Staates weniger als die Hälfte ausmachte. Nichtsdestotrotz schwächte diese Vorgehensweise auch Serbien, das auf fünf Banschaften aufgeteilt wurde und infolgedessen nicht mehr in seinen historischen und nationalen Umrissen existierte.<sup>142</sup>

Dem neuen Staatsgrundsatz eines integralen Jugoslawismus und einer staatlichen Einheitsideologie zufolge, stand nun die Herstellung einer künstlichen Staatsnation im Vordergrund. Somit war das Ziel der serbischen Dynastie klar: zum jugoslawischen Staat ein Staatsvolk zu schaffen, nach dem Vorbild des deutschen „state-into-nation“ Modells, das stark an staatliche Kerne anknüpft. Der Versuch, durch die Königsdiktatur eine autoritäre Staatsintegration von oben zu realisieren, schlug aber fehl. Die Diktatur löste wegen des Verbots nationaler Äußerung statt der erhofften Bildung eines neuen Staatsvolkes nur die

---

<sup>139</sup> Srećko M. Džaja, Die politische Realität des Jugoslawismus (1918–1991) mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas, Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 37, München 2002, 26; Banac, Jugoslawien, 156.

<sup>140</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 77.

<sup>141</sup> Džaja, Realität, 27.

<sup>142</sup> Johann Böhm, Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien 1918–1941. Innen- und Außenpolitik als Symptome des Verhältnisses zwischen deutscher Minderheit und jugoslawischer Regierung, Frankfurt 2009, 142; Dimić, Serbien, 256f.

---

Entfremdung der Eliten und eine neue Opposition aus.<sup>143</sup> Da die Stützen der „synthetischen Lösung“ nicht für eine ausreichende Stabilität sorgen konnten, wurde die Ideologie des Jugoslawismus als „allgemeine nationale Ideologie“ proklamiert. Hinter dieser Absicht standen die Festigung der nationalen Einheit, die Überwindung nationaler und territorialer Differenzen sowie die Verschmelzung aller südslawischen Nationen zu einer einheitlichen jugoslawischen Nation.<sup>144</sup>

Die aufoktroierte Integration bewirkte genau das Gegenteil. Die nationalen Gegensätze verschärften sich und trieben viele Anhänger des Parlamentarismus in Opposition. Zudem heizte die einsetzende Weltwirtschaftskrise die Situation noch mehr an. Angesichts der Unzufriedenheit Frankreichs und der Tschechoslowakei, den wichtigsten Bündnispartnern Jugoslawiens, die eine Abänderung der monarchischen Diktatur verlangten, und der Gefahr einer Revolution, entschied sich König Aleksandar für die Einführung eines Schein-Parlamentarismus. Eine Lösung des Problems konnte damit nicht verwirklicht werden. Auf die Protestwellen wichtiger Oppositionspolitiker reagierte das Regime mit zunehmender Repression. Wegen der außenpolitischen Situation, die vor allem durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten und den zunehmenden Spannungen mit Italien gekennzeichnet war, drängten die Verbündeten aus Paris und Prag auf eine rasche Beilegung der innenpolitischen Konflikte Jugoslawiens. Die Lösung des serbisch-kroatischen Problems, die Alexander mit dem inhaftierten Nachfolger Radićs, Vladko Maček, finden wollte, wurde jedoch durch ein Attentat im Oktober 1934 bei einem Staatsbesuch in Frankreich verhindert, dem der Regent und der französische Außenminister Louis Barthou zum Opfer fielen. Aus den Ermittlungen ging hervor, dass der Anschlag einem Anhänger der IMRO (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation) zuzuschreiben war und von der kroatischen Aufstandsorganisation Ustaša (Aufständischer) mitorganisiert wurde. Anstelle des minderjährigen Thronfolgers Peter Karadorđević übernahm Prinzregent Paul die Staatsführung.<sup>145</sup>

1935 setzte eine neue Ära unter dem Ministerpräsidenten Milan Stojadinović ein, der mit früheren Oppositionspolitikern eine neue Regimepartei gründete. Diese verfolgte weiterhin den unitaristisch-zentralistischen Kurs, stand aber den nationalen Fragen weitgehend flexibler gegenüber. Die nationale Ideologie des Jugoslawismus sowie die staatliche und nationale Einheit versuchte man nach wie vor aufrechtzuerhalten. Außenpolitisch sympathisierte Stojadinović mit faschistischen Staaten. Um die von Maček geführte Kroatische Bauernpartei

---

<sup>143</sup> Kessler, Jugoslawien, 114f.

<sup>144</sup> Dimić, Serbien, 257.

<sup>145</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 79–82.

zu isolieren und somit auch die kroatische Bewegung einzudämmen, veranlasste Stojadinović eine Annäherung an Italien und Deutschland. Die Aushandlung eines Konkordats mit dem Heiligen Stuhl nahm er als eine Möglichkeit wahr, einen Keil zwischen die Bauernpartei und die katholische Kirche in Kroatien zu treiben bzw. die Gunst des Vatikans und Italiens zu gewinnen. Dieser Plan ging nicht auf, sondern beschleunigte nur den Auflösungsprozess des pseudoparlamentarischen Regimes. Bei den letzten Parlamentswahlen des ersten Jugoslawiens erlangte Maček's vereinte Opposition trotz Wahlmanipulation nur 44,9 Prozent der Stimmen. Obwohl Stojadinović bei den Wahlen siegte, entließ ihn Prinzregent Paul, da er zum einen der kroatischen Frage im Weg stand. Zum anderen weckte er mit seinen profaschistischen Tendenzen den Verdacht, die Dynastie zerstören zu wollen. Es wurde allmählich klar, dass für eine innenpolitische Konsolidierung des jugoslawischen Staates eine Lösung der kroatischen Frage gefunden werden musste.<sup>146</sup>



Karte 3: Autonome Banschaft Kroatien, Quelle: Lampe, Jugoslawia, 165.

Der von Prinz Paul neu ernannte Premierminister Dragiša Cvetković sollte zu diesem Zweck einen Kompromiss mit Maček's Bauernpartei finden. 1939 fand die Verständigung (sporazum) zwischen Maček und Cvetković statt, bei der die Errichtung einer autonomen kroatischen Banschaft (Banovina Hrvatska) innerhalb des jugoslawischen Staates vereinbart wurde. Die

Banschaft wurde nach ethnischem Prinzip errichtet und umfasste die meisten Gebiete, in denen vorwiegend Kroaten lebten. Dies war eine deutliche Abkehr vom staatlichen Zentralismus und einer nationalstaatlichen Einheit. Maßgebend für den Abschluss des Abkommens waren sicherlich die internationale und außenpolitische Lage, die Maček geschickt bei den Verhandlungen für die kroatischen Interessen ausnutzen konnte. Die Verhandlungen über die Verständigung begannen im April 1939, als italienische Truppen

<sup>146</sup> Calic, Geschichte Jugoslawiens, 122f.; Banac, Jugoslawien, 163; Dimić, Serbien, 260.

---

Albanien besetzten und mit diesem Vorgehen die Sicherheit des Königreichs bedrohten. Einen Monat zuvor wurde die Tschechoslowakei bereits vom Dritten Reich annektiert. Das Abkommen wurde am 26. August unterzeichnet, kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Die externen Bedrohungen trieben kroatische und serbische Politiker zu einem stärkeren Zusammenhalt, in der Hoffnung, das Land gegen den Druck der Achsenmächte zu stärken. Die Cvetković-Maček Verständigung trug nicht wirklich zu einer Normalisierung der Verhältnisse zwischen Serben und Kroaten bei, zumal sie weder die eine noch die andere Seite gänzlich zufriedenstellte. Viele Fragen blieben ungeklärt, allen voran die territoriale Gliederung, Verteilung der Kompetenzen und Finanzierung der Banschaft. Die Kroatische Bauernpartei sah keineswegs eine endgültige Lösung der kroatischen Frage durch die getroffenen Maßnahmen, die nur die geringsten Forderungen erfüllten. Unter den serbischen Politikern und serbisch-nationalistischen Kreisen verursachte das Abkommen große Unzufriedenheit, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass in der neu etablierten Banschaft ein knappes Fünftel (800.000) Serben lebten. Man reagierte mit heftigen Protesten und forderte den politischen Zusammenschluss aller Orthodoxen innerhalb und außerhalb Kroatiens. Trotz aller ungelösten Probleme kann die „Banovina Hrvatska“ als ein erster Schritt zur Föderalisierung des Königreichs Jugoslawien gesehen werden.<sup>147</sup>

Der außenpolitische Druck, verursacht durch das Eingreifen der Achsenmächte in Südosteuropa, stellte das innenpolitisch angeschlagene Jugoslawien ins Rampenlicht deutscher und italienischer Expansionsbestrebungen auf dem Balkan. Die Regierung Prinz Pauls verfolgte eine Neutralitätspolitik und versuchte dem Beitritt zum Dreimächtepakt zu entgehen. Auf zunehmendes Drängen des dritten Reiches unterzeichnete die Regierung Cvetković-Maček schließlich am 25. März 1941 den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt. Zwei Tage später wurde die Regierung durch einen Putsch serbischer Offiziere gestürzt. Prinzregent Paul musste das Land verlassen und der minderjährige Petar II. Karađorđević wurde zum König ausgerufen. Die Nachricht des Putsches war für Hitler alles andere als erfreulich, da nun ein Unsicherheitsfaktor vor dem geplanten Griechenlandfeldzug und dem anschließend großangelegten „Unternehmen Barbarossa“ bestand. Hitler beschloss daher, keine Zeit mehr für außenpolitische Verhandlungen zu verlieren und verordnete Jugoslawien „militärisch und als Staatsgebilde“ zu zerschlagen.<sup>148</sup>

---

<sup>147</sup> Reneo Lukic – Allen Lynch, *Europe from the Balkans to the Urals. The disintegration of Yugoslavia and the Soviet Union*, Oxford/New York 1996, 69; Sundhaussen, *Geschichte Jugoslawiens*, 99–101; Buchenau, *Orthodoxie*, 74f.

<sup>148</sup> Sundhaussen, *Geschichte Jugoslawiens*, 103–108.

---

Nach dem Luftangriff auf Belgrad („Unternehmen Strafgericht“) am 6. April erfolgte die Invasion der Bodentruppen Deutschlands, Italiens, Bulgariens und Ungarns. Nach elf Kriegstagen wurde die bedingungslose Kapitulation der jugoslawischen Streitkräfte unterzeichnet.<sup>149</sup> Die Regierung des zerschlagenen Königreichs floh nach London und bildete dort eine Exilregierung. Nach der Kapitulation wurde das Land unter den Achsenmächten und ihren Vasallenstaaten aufgeteilt. Damit endete nach 23 Jahren ein nicht besonders erfolgreiches südslawisches Integrationsprojekt, das erst nach dem Krieg wieder im Zeichen des Kommunismus wiederbelebt werden sollte.

### 3.4 Der Ustaša-Staat und seine Folgen (1941 – 1945)

Neben der Kroatischen Bauernpartei Radićs, die als wichtigste kroatisch-nationale Opposition gegen den serbischen Zentralismus während der Zeit des gemeinsamen Königreiches agierte, forderte auch die noch unbedeutende, aber national viel radikaler eingestellte Staatsrechtspartei unter ihrem Parteisekretär Ante Pavelić die Eigenständigkeit Kroatiens, allerdings in Form eines großkroatischen Staates. Nach dem Mord an Radić in Belgrad organisierte Pavelić aus der städtischen Jugend Zagrebs unter dem Namen „Hrvatski Domobran“ (Kroatische Heimwehr) eine bewaffnete Verschwörungsgruppe und überzeugte sie für seine revolutionären Pläne. Die Vergeltungsmaßnahmen der Verschwörer richteten sich gegen serbische Parteigänger in Kroatien, die Anschlägen zum Opfer fielen. Pavelić hoffte mit seinen Aktionen eine kroatische Nationalrevolution in Kroatien und bei der Kroatischen Bauernpartei auszulösen, musste aber bald einsehen, dass dies nicht eintreffen würde, weil Maček für so etwas nicht zu gewinnen war. In Anbetracht der geringen Erfolgsaussichten, seine revolutionäre Aufstandsbewegung mobilisieren zu können, entschloss sich Pavelić, im Ausland nach Unterstützung zu suchen. Er flüchtete nach Bulgarien und dann nach Italien, wo er mit Unterstützung der italienischen<sup>150</sup> Faschisten eine Untergrundorganisation gründete und Ausbildungslager einrichtete. Nachdem jeder politische Widerstand gegen die Staatsgewalt durch die Ausrufung der Königsdiktatur verboten wurde, entsagte sich Pavelić der legalen Methoden politischen Kampfes und gründete 1929 die

---

<sup>149</sup> Michael Portmann – Arnold Suppan, Serbien und Montenegro im Zweiten Weltkrieg (1941–1944/45), in: Walter Lukan – Ljubinka Trgovčević – Dragan Vukčević (Hgg.), Serbien und Montenegro. Raum und Bevölkerung, Geschichte, Sprache und Literatur, Kultur, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht, Österreichische Osthefte 47, Wien 2006, 265–298, hier 265.

<sup>150</sup> „Mussolini ließ die Ustaša-Organisation zur selben Zeit aufbauen, als er geheime Verhandlungen mit König Alexander führte. Sie diente ihm als gutes Druckmittel gegenüber Belgrad. Alexander wäre auch zum Nachgeben in vielen Fragen bereit gewesen, er wollte aber nicht auf das französische Bündnis verzichten. Die Ustaša war also von Beginn an ein Mittel der faschistischen Diplomatie.“ Suppan, Jugoslawien, 66.

---

„Ustaša<sup>151</sup> – Hrvatska revolucionarna organizacija“ (Die Aufständischen – Kroatische revolutionäre Organisation, UHRO), kurz Ustaša.<sup>152</sup> Den terroristischen Charakter der Gruppierung bekräftigte Pavelićs Aussage aus dem Jahr 1932 im Blatt „Ustaša“, in dem er „Messer, Revolver, Bombe und Höllenmaschine [...] zur Geige, auf der das kroatische Volk der Fremdherrschaft den Todesmarsch abspielen würde“<sup>153</sup>, erklärte. International bekannt wurde die Ustaša-Bewegung erst nach der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander und des französischen Außenministers Barthou im Oktober 1934 in Marseille. Der geplante Anschlag war eine gemeinsame Tat der IMRO und der Ustaša-Bewegung und sollte das Interesse der weltweiten Öffentlichkeit auf die kroatische und mazedonische Frage lenken.<sup>154</sup>

Genauso wie die Staatsrechtsbewegung Starčevićs eine Reaktion auf die Idee einer südslawischen Gemeinsamkeit und serbische Dominanz war, entstand die Ustaša-Bewegung als Antwort auf die Diktatur Alexanders und die großserbischen Hegemoniebestrebungen. Die Resonanz auf die Königsdiktatur und die serbische Hegemonialpolitik zeigte sich in einer maßlosen Radikalisierung: Aus der ursprünglichen Tradition der Staatsrechtspartei entwickelte sich unter Pavelić eine antiserbische bzw. antijugoslawische Komponente – in einem viel höheren Maße als die Wahrnehmung kroatischer Interessen – zum leitenden Motiv des kroatischen Nationalismus. Die Hauptaufgabe der Ustaša wurde in einem Statut von Pavelić formuliert. Es beinhaltete einen bewaffneten Aufstand zur Befreiung Kroatiens von der Fremdherrschaft und die Schaffung eines selbstständigen Staates innerhalb des nationalen und historischen Gebietes Kroatiens. Des Weiteren sei dafür zu sorgen, dass nur das kroatische Volk über alle geistigen und materiellen Eigentümer seines eigenen Landes zu verfügen habe.<sup>155</sup>

Die meisten Ustaše sahen sich selbst als Anhänger der exklusiv kroatischen Nationalideologie Starčevićs und als Nachfolger seiner Staatsrechtsbewegung. Vergleicht man Starčevićs Einstellungen mit den Ansichten der Ustaše, so ist deren staatsrechtliche Linientreue durchaus infrage zu stellen. Starčević versuchte nicht, seinen Hass gegenüber Deutschen und Habsburgern zu verheimlichen. Im Widerstand gegen die Österreicher sah er den Weg zur Errichtung eines unabhängigen Nationalstaates, die Ustaše hingegen begrüßten die Aggression Nazi-Deutschlands zur Schaffung ihres neuen Staates. Sie dankten ihnen für die

---

<sup>151</sup> Ustaša bedeutet Aufständischer, Plural: Ustaše.

<sup>152</sup> Ladislaus Hory – Martin Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8, Stuttgart 1964, 16–19.

<sup>153</sup> Zitiert nach Džaja, Realität, 39.

<sup>154</sup> Holm Sundhaussen, Das Ustaša-Syndrom. Ideologie – historische Tatsachen – Folgen, in: Reinhard Lauer – Werner Leffeldt (Hgg.), Das jugoslawische Desaster. Historische, sprachliche und ideologische Hintergründe, Wiesbaden 1995, 149–188, hier 152.

<sup>155</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 83; Hory, Ustascha-Staat, 14, 19.

---

Zerschlagung Jugoslawiens und die einhergehende „nationale Befreiung des kroatischen Volkes“. Was Starčević als Sklaverei empfand, betrachteten die Ustaše als ersten Schritt zur staatlichen Unabhängigkeit. Während für den eingefleischten Demokraten Starčević die Prinzipien der Französischen Revolution ein Heiligtum waren, bediente sich die Ustaša-Führung totalitärer und faschistischer Praktiken, die die Basis ihres politischen Dogmas und ihrer Staatsführung bildeten. Pavelić war seinem Vorbild nicht deswegen untreu, weil er eine andere Haltung zu den Deutschen vertrat, sondern weil er die deutsche Okkupation als eine Art kroatischer Freiheit und Unabhängigkeit hinnahm.<sup>156</sup>

Die deutsche Neuordnung des Balkans sah ein „selbstständiges“ Kroatien „innerhalb seiner Volkstumsgrenzen“ vor. Unentschlossen blieb man aber bei der Frage, wer die Macht in einem unabhängigen Kroatien übernehmen sollte. Der Entschluss Hitlers, Jugoslawien zu zerstören, eröffnete Mussolini nun die Möglichkeit, im Sinne der „mare-nostro“-Politik, die östliche Adriaküste an Italien anzugliedern. Er setzte auf Pavelić, mit dem er bereits Abmachungen über die zukünftigen Pläne Kroatiens getroffen hatte und der ihm aufgrund seines Asyls in Italien zur Treue verpflichtet war. Das Angebot, Pavelić als kroatischen Staatsführer einzusetzen, fand bei Hitler keinen Anklang. Stattdessen versuchte der Sonderbevollmächtigte des deutschen Außenministers Joachim von Ribbentrop, Edmund von Veessenmayer, den einflussreichen Maček, dessen Partei noch immer eine breite Anerkennung in der kroatischen Bevölkerung fand, zur Gründung eines selbstständigen kroatischen Staates zu überreden. Als Maček ablehnte und sogar der Exilregierung Simović beitrug, wandte man sich dem kroatischen Nationalisten und ehemaligen k. u. k. Offizier Slavko Kvaternik zu.<sup>157</sup>

Nachdem die von Veessenmeyers initiierte Rücktrittserklärung Mačeks und Regierungsübergabe an Kvaternik unterschrieben wurde, proklamierte<sup>158</sup> Kvaternik am 10. April 1941 im Namen von Pavelić durch den Zagreber Rundfunk den „Unabhängigen Staat Kroatien“ (USK). Die anfängliche Begeisterung großer Teile des kroatischen Volkes über die Unabhängigkeitserklärung und den neuen Staat schwand spätestens nach der Unterzeichnung

---

<sup>156</sup> Enver Redžić, *Bosnia and Herzegovina in the Second World War*, London 2005, 69.

<sup>157</sup> Andor Poll – Jens Poll, *Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg*, in: Dirk Fischer (Hg.), *Transformation des Rechts in Ost und West. Festschrift für Prof. Dr. Herwig Roggemann zum 70. Geburtstag*, Berlin 2006, 333–352, hier 344f.

<sup>158</sup> „Gottes Vorsehung und der Wille unseres großen Verbündeten sowie der jahrhundertelange Kampf des kroatischen Volkes und die große Opferbereitschaft unseres Führers Ante Pavelić und der Ustascha-Bewegung in der Heimat und im Ausland haben es gefügt, daß heute, vor der Auferstehung des Gottessohnes, auch unser unabhängiger Staat Kroatien aufersteht. Ich rufe alle Kroaten, insbesondere die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Streitkräfte und der Organe der öffentlichen Sicherheit auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Streitkräfte haben ihren Aufenthaltsort anzugeben und sofort den Eid auf den Unabhängigen Staat Kroatien und seinen Poglavnik zu leisten. Ich habe heute als der Beauftragte des Poglavnik das Kommando aller Streitkräfte übernommen. Gott mit den Kroaten! Für das Vaterland bereit!“ Zitiert nach Hory, *Ustascha-Staat*, 53.

---

der „Römischen Protokolle“ im Mai 1941. Damit verzichtete Pavelić, wie bereits mit Mussolini in Italien abgemacht, auf große Teile Dalmatiens, die für die Kroaten von großer kultureller und historischer Bedeutung waren, und überließ sie Italien. Die Nachricht über den Verlust des dalmatinischen Küstenlandes sorgte in ganz Kroatien für Bestürzung und brachte den neuen Ustaša-Machthabern wenig Sympathie beim Volk ein.<sup>159</sup> Die abgetretenen Gebiete an Italien hatten insgesamt eine Fläche von rund 5.400 Quadratkilometern mit 380.000 Einwohnern, wobei von diesen 280.000 Kroaten waren. Trotz des Verlustes der adriatischen Küstengebiete sollte aber mit dem Anschluss Bosnien-Herzegowinas<sup>160</sup> der neue kroatische Staat in seinen „ethnischen und historischen Grenzen“ wiederhergestellt werden.

Der USK umfasste ein Territorium von rund 100.000 Quadratkilometer. Von den 6,5 Millionen Einwohnern waren ca. 50% Kroaten, etwa zwei Millionen Serben, 800.000 bosnische Muslime, über 150.000 Deutsche und 40.000 Juden. Der Rest setzte sich aus anderen ethnischen Gruppen zusammen. Demnach war der heterogene USK genauso wenig ein Nationalstaat wie das Königreich Jugoslawien.<sup>161</sup>

Die Ausgestaltung und das Vorgehen des neu gegründeten Ustaša-Regimes waren auf seine ideologische Basis zurückzuführen, die sich im Grunde aus einer für die kroatische Umgebung angepassten Mischung aus deutschem Nationalsozialismus und italienischem Faschismus ergab. Dem Nationalsozialismus verdankte der USK nicht nur seine Existenz, sondern auch die übernommenen Methoden im Umgang mit „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen wie Juden, Roma und Serben.<sup>162</sup> In ihrer Anfangszeit verfügte die Ustaša-Bewegung über keine klar definierte Doktrin, sondern entfaltete sich vorerst in Form einer Untergrundbewegung. Die guten Beziehungen zum faschistischen Italien waren anfangs mehr aus geopolitischen als aus ideologischen Gründen gepflegt worden. Während der 30er Jahre stand die Bewegung dann unter dem Einfluss faschistischer Ideologien, die aber mehr

---

<sup>159</sup> Sundhaussen, *Geschichte Jugoslawiens*, 112–115.

<sup>160</sup> Schon seit den 1840ern war die nationale Zugehörigkeit Bosnien-Herzegowinas ein Kernproblem. Das Schlüsselement zur Lösung dieses Problems war die muslimische Bevölkerung, die in der Zwischenkriegszeit ein Drittel der Bevölkerung ausmachte. Durch ihre eigene oder fremde Deklaration als Kroaten bzw. Serben, konnten sie eine kroatische oder eben serbische Mehrheit auf diesem Gebiet bilden. Die meisten kroatischen Nationalisten beanspruchten ganz Bosnien und Herzegowina. Der Fluss Drina sollte die östlichste Grenze der kroatischen Nation bilden. Diese Ansprüche sind nicht nur auf historische Gründe sondern auch auf geopolitische Gegebenheiten zurückzuführen, zumal Bosnien-Herzegowina an zwei Seiten an Kroatien grenzt und nur an einer an Serbien. Rein geopolitisch betrachtet, erscheint dieser Raum als ein zentraler Bestandteil des kroatischen Territoriums, richtet man jedoch den Blick auf Bosnien-Herzegowina als Teil eines serbischen Staatsgefüges, so erweckt dies den Eindruck einer serbischen Expansion in den Nordwesten. Vgl. Jozo Tomasevich, *War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945. Occupation and Collaboration*, Stanford 2001, 376–378.

<sup>161</sup> Holm Sundhaussen, *Der Ustascha-Staat: Anatomie eines Herrschaftssystems*, in: Neven Budak – Peter Jordan – Walter Lukan – Petra Moissi (Hgg.), *Kroatien. Landeskunde – Geschichte – Kultur – Politik – Wissenschaft – Recht*, Osthefte 13, Wien/Köln/Weimar 1995, 251–288, hier 254f.

<sup>162</sup> Ivo Goldstein, *The Independent State of Croatia in 1941: On the Road to Catastrophe*, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), *The Independent State of Croatia*, London/New York 2007, 19–30, hier 19.

---

vom nationalsozialistischen Deutschland als vom faschistischen Italien ausgingen. Einen bedeutenden Teil der nationalsozialistischen Rassentheorie übernahmen die Ustaše für ihre eigene Rassenideologie. Um zur Geltung zu bringen, dass Serben und Kroaten nicht miteinander verwandt waren, bediente man sich beispielsweise der Behauptung, dass Kroaten gotischer und nicht slawischer Abstammung seien. Außerdem führte der USK eine Anzahl klassischer Merkmale faschistischer Staaten ein, zu denen unter anderem ein Einparteiensystem, Rassenpolitik und vom Regime geleitete Jugend- sowie Frauenorganisationen gehörten. Auf institutioneller Ebene glich der USK eher dem faschistischen Italien, während die Durchführung der Rassenpolitik sich mehr an die des dritten Reiches anlehnte.<sup>163</sup> Die militärische bzw. politische Abhängigkeit von Italien und Deutschland kann aber nicht als die führende Triebfeder für die für Verfolgung und Ermordung von Juden, Roma und Serben betrachtet werden. „Die Geschwindigkeit, mit der die Ustascha an die Vernichtung von Serben und Juden ging, und die Brutalität, die sich vor allem, aber nicht nur in den Lagern offenbarte, sind ein eindeutiges Indiz dafür, dass Pavelićs Ustascha freiwillig und bereitwillig die Ermordung der von ihnen als Feinde betrachteten ethnischen Gruppen und politischen Gegnern durchführte.“<sup>164</sup>

Das Grundgerüst des USK bildeten ungefähr 600 Ustaša-Emigranten aus Italien und anderen Ländern sowie 2.000 illegal organisierte Anhänger innerhalb des Landes. Diese Zahl reichte jedoch bei weitem nicht aus, um eine angemessene Ausübung der Staatsgewalt zu gewährleisten. So traten nach der Machergreifung massenweise neue Mitglieder der Ustaša-Bewegung bei. Bereits einem Monat nach der Herrschaftsetablierung verfügte die Organisation über 100.000 Mitglieder, die den Ustaša-Eid<sup>165</sup> abgelegt hatten.<sup>166</sup> Die Ustaša-Bewegung war im engeren Sinne nicht eine Bewegung, da ihr auch nach der Machtübernahme im April 1941 eine ausreichende Massenbasis fehlte. Da es innerhalb der Organisation mehrere unterschiedliche Ausrichtungen gab, die von verschiedenen

---

<sup>163</sup> Stanley G. Payne, *The NDH State Comparative Perspective*, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), *The Independent State of Croatia*, London/New York 2007, 11–18, hier 12–15.

<sup>164</sup> Marija Vulesica, *Kroatien*, in: Wolfgang Benz – Barbara Distel (Hgg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugendschutzlager, Polizeihäftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeiterlager, München 2009, 313–336, hier 314.

<sup>165</sup> „Ich schwöre, bei Gott dem Allmächtigen und allem, was mir heilig ist, daß ich mich an die Prinzipien der Ustaschen halten, alle Vorschriften befolgen und alle Befehle des Poglavnik ausführen werde, daß ich jedes mir anvertraute Geheimnis aufs strengste bewahren und niemandem etwas verraten werde. Ich schwöre, daß ich in den Reihen der Ustaschen für die Selbstständigkeit des Staates Kroatien kämpfen und alles tun werde, was der Poglavnik mir befiehlt. Ich schwöre, daß ich die einmal erkämpfte kroatische Selbstständigkeit und die kroatische völkische Freiheit in den Reihen der Ustaschen schützen und bewahren werde. Wenn ich mich, der vollen Verantwortung für meine Taten und Unterlassungen bewußt, gegen diesen Schwur vergehe, habe ich nach den Regeln der Ustaschen mit dem Tode bestraft zu werden. So wahr mir Gott helfe! Amen!“ Emil Robert Gärtner, *Kroatien in Südslawien. Historisch-politische Studie*, Berlin 1944, 195.

<sup>166</sup> Slavko Goldstein, *Der Zweite Weltkrieg*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden 2007, 170–191, hier 173.

---

Gruppierungen<sup>167</sup> vertreten wurden, konnte man von keiner internen ideologischen Homogenität sprechen. Die Bewegung entwickelte sich auch nicht zu einer politischen Partei und strebte dies auch nicht an. Ohne die Unterstützung der deutschen und italienischen Besatzungstruppen wäre weder eine Machtergreifung noch die längerfristige Machterhaltung der Ustaša möglich gewesen. Maček's Aufruf<sup>168</sup> an das kroatische Volk am Tag der Unabhängigkeitserklärung im Zagreber Rundfunk und die Zustimmung klerikaler Kreise verhalfen dem Volk, ein gewisses Vertrauen in den neuen Staat zu gewinnen. Die Begeisterung großer Teile der kroatischen Bevölkerung, besonders der städtischen, über die neue Staatsgründung, ergab sich aus mehreren Gründen. Die Enttäuschung und Verbitterung über den jugoslawischen Staat, die Verbreitung nationaler Mythen sowie stereotypischer Feindbilder und die Erwartung, sich durch einen eigenen Staat von der Fremdherrschaft zu lösen und gleichzeitig die nationale „Auferstehen“ mitzerleben, leisteten einen nicht unbedeutenden Beitrag zur breiten Akzeptanz des neuen Staates.<sup>169</sup>

Neben dem Aufbauprozess des totalitären Staates erfolgte gleichzeitig auch die ethnische „Purifizierung“. Der propagierte „Nationalstaat“ musste durch die Vereinnahmung der muslimischen Bevölkerung legitimiert werden. Zu diesem Zweck erklärte man die Muslime im USK als Kroaten islamischen Glaubens. Pavelić deklarierte sie sogar in Anlehnung an Starčević zum „reinsten Teil“ der kroatischen Nation.<sup>170</sup> Ein Großteil der bosnischen Muslime konnte sich mit diesen Ansichten nicht identifizieren, aber einige bosnisch-muslimische Politiker gingen auf die Kooperationsangebote der Ustaša ein.<sup>171</sup> Die muslimische Bevölkerung geriet ins Kreuzfeuer kroatischer und serbischer Extremisten. Ihre Eingliederung in die kroatische Nation und den USK zog besonders den Hass der serbischen Aufständischen auf sie und machte sie zur Zielscheibe der Četniks. Hinsichtlich dieser Bedrohung konnten die bosnischen Muslime dem serbischen Widerstand gegen die Ustaša gar nicht beitreten. In ihrer

---

<sup>167</sup> Zu unterscheiden sind folgende Gruppierungen: 1. Kreis ehemaliger Advokaten, 2. ehemalige k. u. k. Offiziere, 3. Intellektuelle und 4. Angehörige klerikaler Vereinigungen. Sundhaussen, Ustascha-Staat, 256f.

<sup>168</sup> „Colonel Slavko Kvaternik, the leader of Croatian nationalists in the country, has today proclaimed a free and independent state of Croatia in the whole historical and ethnic area of Croatia and has taken over the powers of government. I call upon the entire Croatian nation to obey the new government and I call upon all the followers of the Croatian Peasant Party who are in various positions of administration, all county deputies, all mayors of communes and their council members, etc., to remain at their posts and to cooperate loyally with the new government.“ Zitiert nach Tomasevich, War, 53.

<sup>169</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 120; Sundhaussen, Ustascha-Staat, 256f.

<sup>170</sup> Sundhaussen, Ustascha-Staat, 281.

<sup>171</sup> Birgit Mair, Zwei Kriege überlebt. Bosnische Roma als Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland, in: Alexander Von Plato – Almut Leh – Christoph Thonfeld (Hgg.), Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich, Wien/Köln/Weimar, 2008, 161–170, hier 162.

---

Lage verleitete sie die Not, sich den Ustaša-Milizen anzuschließen.<sup>172</sup> Auf die Entfremdung zwischen Kroaten und bosnischen Muslimen war schon 1942 in deutschen Lageberichten hingewiesen worden. Weil die Muslime den Angriffen der Četniks und Partisanen schutzlos ausgeliefert wurden und sogar Opfer bei Ustaša-Überfällen wurden, hegten sie tiefes Misstrauen gegen die Ustaša.<sup>173</sup> Einige einflussreiche muslimische Politiker versuchten mit Unterstützung des Großmuftis von Jerusalem, die Nationalsozialisten von einer Abspaltung Bosnien-Herzegowinas vom USK zu überzeugen. Ausschlaggebend für die Autonomiebestrebungen war sicher auch die vom Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, aufgestellte muslimische SS-Division<sup>174</sup>, in der man in muslimischen Kreisen ein Mittel sah, sich dem Ustaša-Terror zu entziehen und eine bosnisch-muslimische Autonomie unter deutscher Protektion zu errichten. Hitler bestand aber darauf, dass die Grenzen von 1941 nicht verändert werden. Die Auswirkungen dieser Autonomiebestrebungen waren für die Muslime im USK fatal. Das Ustaša-Regime bezeichnete sie als „unzuverlässige Elemente“ und „Verräter“ der kroatischen Nation. Die nun auch gegen die Muslime veranlassten Verfolgungen lösten in Bosnien einen Krieg aller gegen alle aus. Ustaše, Četniks und Partisanen kämpften in verschiedensten Konstellationen gegeneinander.<sup>175</sup>

Die Ustaša-Ideologie basierte seit ihrer Entstehung auf der Intoleranz gegenüber Serben und propagierte einen kroatischen Staat mit einem „reinen Lebensraum“. Der Antisemitismus und die Judenverfolgungen gewannen erst nach dem Bündnis mit dem Dritten Reich eine höhere Priorität im politischen Programm der Ustaša. Die Lösung der Judenfrage bewerkstelligte man nach „nationalsozialistischem Muster“. Für das weitaus bedeutendere Problem der Ustaša, den zwei Millionen Serben, die 30 Prozent der Bevölkerung im Land ausmachten, bestand zunächst kein eindeutiger und offizieller Plan. Ein gemäßigter Teil der Ustaša-Führung setzte sich für Massendeportationen nach Serbien bzw. für

---

<sup>172</sup> Hajo Funke – Alexander Rhotert, *Unter unseren Augen. Ethnische Reinheit: Die Politik des Regime Milosevic und die Rolle des Westens*, Schriftenreihe Politik und Kultur am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin 2, Berlin 1999, 51.

<sup>173</sup> Hory, *Ustascha-Staat*, 155.

<sup>174</sup> Die „13. SS-Freiwilligen b. h.-Gebirgs-Division (Kroatien)“ und ab Mai 1944 SS-Division „Handschar“ rekrutierte sich hauptsächlich aus bosnischen Muslimen. Nur wenige katholische Kroaten nahm man Pavelić zuliebe auf, um den Anschein einer „kroatischen“ SS-Division zu wahren. Sie wurde gegen den Willen der kroatischen Behörden fast nur aus Muslimen aufgestellt. Der Grund dafür geht aus einem Brief des Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger hervor: „Es ist unser Bestreben, über die kroatische Bosniaken-Division an die Mohammedaner der ganzen Welt heranzukommen, denn es handelt sich hier um 350 Millionen Menschen, die entscheidend ins Gewicht fallen bei der Auseinandersetzung mit dem englischen Weltreich.“ Zitiert nach Thomas Casagrande, *Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“*. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen, Frankfurt/New York 2003, 332. Berger vertrat außerdem die Theorie, dass die bosnischen Muslime der ideale Schnittpunkt zwischen Nationalsozialismus und Islam seien, „da die ‚überwiegend dinarischen‘ Bosniaken ‚völkisch-rassisch gesehen‘ zur germanischen Welt, ‚weltanschaulich-geistig gesehen‘ zur islamisch-arabischen Welt gehörten.“ Hory, *Ustascha-Staat*, 159.

<sup>175</sup> Sundhaussen, *Ustascha-Staat*, 282; Hory, *Ustascha-Staat*, 155–157; Mair, *Kriege*, 162.

---

Massenkonversionen zum Katholizismus ein, während der radikal eingestellte Teil mit Ante Pavelić und den Emigranten an der Spitze „die Anwendung aller Mittel, auch der fruchtbarsten“ (Ermordung) befürwortete.<sup>176</sup> Die angebliche, aber historisch nicht belegte Aussage des Kultur- und Bildungsministers Mile Budak<sup>177</sup>, ein Drittel der Serben zu töten, ein Drittel zu deportieren und ein Drittel zum Katholizismus zu bekehren, beschreibt im Grunde die tatsächlich verfolgte Politik des USK gegen die serbische Bevölkerung.<sup>178</sup> Nachdem Hitler einer „Verringerung der außerordentlich starken serbischen Minderheit in Kroatien“ durch die Deportation nach Serbien „im Austausch“ gegen die Vertreibung von 260.000 Slowenen aus der Untersteiermark und Südkärnten nach Kroatien zustimmte, begann die Umsetzung der deutsch-kroatischen Vereinbarung über die Slowenen-Serben-Umsiedlung. Es folgten Verhaftungen und Deportationen serbischer Familien im ganzen USK. Aufgrund der überfüllten Sammellager schob man viele illegal nach Serbien ab, was die deutschen Dienststellen in Belgrad dazu bewegte, die willkürlichen Aktionen der Ustaša abzubrechen.<sup>179</sup> Die Empfehlung zur Durchführung der Umsiedlungspolitik bekam Pavelić von Hitler beim Besuch auf dem Berghof im Juni 1941 persönlich. Diese sei „im Augenblick schmerzlich“, aber besser als „dauernder Schaden“. Außerdem riet er dem „Poglavnik“ (Führer) im Interesse der langfristigen Beständigkeit des kroatischen Staates, „50 Jahre lang eine national intolerante Politik“ zu verfolgen.<sup>180</sup>

Für die Führung des USK waren die Serben und die serbisch-orthodoxe Kirche die größte Bedrohung und unversöhnliche Feinde der Kroaten bzw. des kroatischen Staates, mit denen ein Kompromiss entschieden ausgeschlossen wurde. Der kroatische Justizminister und Minister für religiöse Angelegenheiten, Mirko Puk, erklärte in einer Rede<sup>181</sup> im Zagreber

---

<sup>176</sup> Goldstein, Weltkrieg, 174.

<sup>177</sup> Budak war der Ansicht, dass die Serben von den Osmanen aus dem Osten auf das Territorium des USK mitgebracht wurden. Sie seien in diese Gebiete als „Gäste“ gekommen und es wäre Zeit, dass sie Kroatien für allemal verlassen. Die, die nicht gehen wollen, müssten die katholische Religion annehmen. Kurz, „entweder sie beugen sich, oder sie gehen.“ Den Serben sprach er die Existenzberechtigung im kroatischen Staat ab, da sie „zugewandert“ sind und ihre „wilde“ und „unzivilisierte“ Mentalität aus der osmanischen Zeit noch beibehalten haben. „Die Serben sind in unsere Gebiete gekommen, weil sie den türkischen Banden folgten, als Plünderer und Abschaum aus dem Balkan. Wir können nicht zulassen, daß in unserem Nationalstaat zwei Völker regieren. Es gibt nur einen Gott, und es gibt auch nur ein Volk, das regiert: und das ist das kroatische Volk. Diejenigen, die vor zwei, dreihundert Jahren in unser Vaterland gekommen sind, mögen dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind... Man muß wissen, daß wir ein Staat mit zweierlei Glauben sind: dem katholischen und dem mohammedanischen.“ Carlo Falconi, Das Schweigen des Papstes. Eine Dokumentation, München 1966, 334f. An dieser Stelle ist es interessant anzumerken, dass die Orthodoxie mit dem serbischen „Fremdkörper“ gleichgestellt wurde, während der Islam, der kulturell und historisch fast keine Berührungspunkte mit dem Kroatentum hatte, als ein integraler Bestandteil der kroatischen Nation propagiert wurde.

<sup>178</sup> Goldstein, State, 21.

<sup>179</sup> Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 317.

<sup>180</sup> Hory, Ustascha-Staat, 97.

<sup>181</sup> „Was die griechisch-orientalische Bevölkerung auf dem Gebiet Kroatiens betrifft, so ist bekannt, daß diese Bevölkerung Kroatiens erst nach der Machtübernahme durch die Türken entstanden ist. Ein Teil der

---

„Parlament“ im Februar 1942, dass der USK nur drei Glaubensrichtungen anerkennt: den Katholizismus, den Islam und den Protestantismus. Die „sogenannte serbisch-orthodoxe Kirche oder griechisch-orthodoxe Kirche“ würde der USK nicht verfolgen, aber er kann die serbisch-orthodoxe Kirche nicht akzeptieren, da die serbische Regierung einen zu großen Einfluss auf sie ausübe. Pavelić war ebenfalls dieser Meinung und sah darüber hinaus in der serbisch-orthodoxen Kirche ein politisches Instrument des serbischen Staates, das die Existenz des kroatischen Staates und der kroatischen Nation bedrohte.<sup>182</sup>

Für das Regime stellte die serbische Orthodoxie wegen ihres enormen Einflusses bei der serbischen Bevölkerung nicht nur in politischer, sondern auch in kultureller Hinsicht eine große Gefahr dar. Zur „Reinigung des kroatischen Volkskörpers“ wurde neben den massenweisen Vertreibungen und Ermordungen der Serben auch ein Gesetz erlassen, das die „Reinheit“ der kroatischen Sprache durch das Verbot des kyrillischen Alphabets sowie der Abschaffung zahlreicher Wörter, die als Serbismen galten, gewährleisten sollte. Schließungen serbisch-orthodoxer Schulen und der Verbot der Nutzung des julianischen Kalenders ergänzten die Maßnahmen der „kulturellen Reinigung“. Die Bezeichnung „serbisch-orthodoxer Glaube“ wurde nach einem Beschluss im Justizministerium verboten und durch den Terminus „griechisch-orientalischer Glaube“ ersetzt. Ein großer Teil der orthodoxen Priesterschaft im USK wurde umgebracht, um den Serben die geistige Führung zu entziehen und dadurch Zwangskonversionen zum Katholizismus zu erleichtern. Es ist in diesem Fall nicht außer Acht zu lassen, dass die Priester auch den Streitkräften der Besatzungsmächte sowie allen anderen im Kampf verwickelten Verbänden zum Opfer fielen. Die Zerstörung oder Entweihung serbisch-orthodoxer Kirchen gehörte ebenfalls zum Plan, die serbisch-orthodoxe Institution im USK zu schwächen. Partisanen und Četniks zerstörten im Gegenzug zahlreiche römisch-katholische Kirchen, die aber nicht vergleichbar mit der Anzahl der zerstörten serbisch-orthodoxen Kirchen waren.<sup>183</sup>

Entgegen der kanonischen Vorschriften über freiwillige Glaubenswechsel, befürwortete ein Teil des kroatischen Klerus die Aspirationen der Ustaša, eine homogene katholisch-kroatische Bevölkerung durch Zwangskatholisierungen und Massentaufen herzustellen. 1941

---

katholischen Bevölkerung ist im 16. und 17. Jahrhundert unter dem Terror griechisch-orientalischer Priester und mit Unterstützung der Türken umgetauft worden, so vor allem in der südöstlichen Herzegowina und im östlichen Bosnien, was auch serbische Historiker zugeben, sowie in anderen Gebieten Bosniens, Syrmiens und Slawoniens. Deshalb begünstigt die kroatische Regierung die Rückkehr dieser griechisch-orientalischen Bewohner zur Religion ihrer Väter, wodurch die Einheit des kroatischen Volkes in jenen Gebieten, in denen sie gewaltsam geschwächt war, wiederhergestellt wird. Wer diese historischen Gegebenheiten nicht anerkennen will, kann das Staatsgebilde verlassen (lang-anhaltender stürmischer Beifall).“ Zitiert nach Hory, Ustascha-Staat, 95.

<sup>182</sup> Tomasevich, War, 528f.

<sup>183</sup> Ramet, Jugoslawien, 170f.; Tomasevich, War, 529–531.

---

fanden Massenübertritte Zehntausender Orthodoxer zum Katholizismus statt. Die Konversionen waren teils durch Drohungen und Gewalt erzwungen, teils auch von vielen freiwillig durchgeführt, um der Diskriminierung, der Enteignung oder gar dem Tod zu entgehen. Der höhere Klerus begrüßte zwar die Ausbreitung des Katholizismus, stand jedoch den Zwangskatholisierungen skeptisch gegenüber, da sie einerseits nicht aus Überzeugung, sondern unter Druck zustande kamen, aber andererseits vielen Orthodoxen und Juden das Leben retten konnten. Die Proteste der jugoslawischen Exilregierung beim Vatikan und Widerstände kroatischer Bischöfe bewegten Pavelić dazu, der orthodoxen Kirche gewisse Rechte einzuräumen.<sup>184</sup> Als der Ustaša-Regierung allmählich klar wurde, dass die Massenkonzersionen keine erfolgversprechende Wirkung zeigten, errichtete man 1942 eine eigene kroatisch-orthodoxe Nationalkirche. Sie sollte in Form einer autokephalen Kirche bestehen und nur jene als Mitglieder anerkennen, die sich freiwillig der neuen Kirche anschlossen. Offensichtlich dienten diese Maßnahmen dazu, die religiöse, kulturelle und nationale Einheit zwischen den Serben im USK und den Serben in Serbien zu brechen. Die Errichtung der neuen Kirche war letztlich auch ein Zeichen dafür, dass die Ustaša ihr Ziel, die serbisch-orthodoxe Bevölkerung im USK zu beseitigen, nicht nach ihren Vorstellungen erreichen konnte. Die neu gegründete Kirche erfreute sich unter den Serben keiner großen Beliebtheit, da man dem Ustaša-Staat nicht vertraute und die Diskriminierung und Verfolgungen gegen Mitglieder der kroatisch-orthodoxen Kirche sowie der zum Katholizismus konvertierten Serben kein Ende nahmen.<sup>185</sup>

Kurz nach der „Machtergreifung“ erfolgte die Errichtung der Konzentrationslager. Auf dem Gebiet des USK und der italienischen Einflussosphäre wurden zwischen 1941 und 1945 mehr als 50 Lager errichtet. Diese unterschieden sich durch ihre primären Hauptfunktionen. Diesbezüglich gibt es in der wissenschaftlichen Literatur verschiedene Typologisierung der Lager, wie etwa Konzentrations-, Vernichtungs-, Arbeits- und Sammellager, Kinderlager und Aussiedlungslager, die aber nicht immer eindeutig sind, da die Ustaše selbst für ein und dasselbe Lager mehrere Bezeichnungen gebrauchten und den meisten Lagern nicht nur eine eindeutige Aufgabe zuwies. Das größte und berüchtigtste Konzentrationslager befand sich unweit der Stadt Jasenovac am Ufer des Flusses Save. Es handelte sich hierbei um einen größeren Lagerkomplex, bestehend aus fünf Lagern, wobei mit dem „eigentlichen“ Jasenovac

---

<sup>184</sup> Sundhaussen, Ustascha-Staat, 284; Hory, Ustascha-Staat, 95.

<sup>185</sup> Tomasevich, War, 547.

---

meistens auf das Lager III, der sogenannten Ziegelei (ciglana), in welchem die meisten Massentötungen stattfanden, referiert wird.<sup>186</sup>

Jasenovac war während des Zweiten Weltkrieges eines der größten Vernichtungslager in ganz Europa, das ohne deutsche Beteiligung operierte. Nach den Untersuchungen der öffentlichen Gedächtnisstätte in Jasenovac (Spomen-područje Jasenovac), die seit einigen Jahren an einer genauen Auflistung aller in Jasenovac umgekommenen Personen arbeitet, sind bisher 82.073 Opfer namentlich dokumentiert worden. Nach realistischen Schätzungen kann von noch zusätzlichen zehn bis 20 Prozent an Opfern ausgegangen werden. Von der Gesamtopferanzahl sind zurzeit 46.740 Serben, 16.131 Roma, 12.999 Juden, 4.208 Kroaten, 1.116 Muslime, 263 Slowenen und 616 Personen unbekannter Nationalität erfasst. Serben, Roma und Juden wurden hauptsächlich aus rassenideologischen, nationalen oder konfessionellen Gründen ermordet, Kroaten und Muslime in erster Linie aufgrund staatsfeindlicher Motive.<sup>187</sup> Jasenovac gilt bis heute als Symbol des Terrors der Ustaša an Serben, Juden, Kroaten und Roma während des Zweiten Weltkrieges. Die Forschungen zur Geschichte und den Opferzahlen des Lagerkomplexes sind bis heute nicht abgeschlossen. Im Nachkriegsjugoslawien instrumentalisierte die kommunistische Führung Jasenovac zusammen mit den Opfern des „Volksbefreiungskrieges“ für die Legitimation des Zweiten Jugoslawiens. Die Debatte um die Opferzahlen von Jasenovac und deren nationale Zugehörigkeit entbrannte vor allem in den späten 1980er im Zuge des erwachenden serbischen Nationalismus.<sup>188</sup>

Zwischen den Jahren 1941–1945 wurden auf dem Gebiet des USK 623.000 Menschen getötet, davon 307.000 Serben und 255.000 Kroaten. Von den 36.000 Juden kamen im Land selbst oder in deutschen Konzentrationslagern 28.000 ums Leben. Die Hälfte der 1.925.000 im USK lebenden Serben wurde ermordet oder vertrieben.<sup>189</sup> In einem Gespräch mit Veesenmayer resümierte Pavelić Anfang 1943 die „ethnischen Säuberungen“ folgendermaßen: „Zur Gründungszeit des Staates hatten wir etwas 30% Serben, nun haben wir durch die Verdrängung und Massakrierung nur noch 12–15%. Die in diesem Zusammenhang erfolgten Exzesse haben irgendwie doch für den kroatischen Staat positive Auswirkungen gehabt.“<sup>190</sup>

---

<sup>186</sup> Vulesica, Kroatien, 314–316, 327; Anna Maria Grünfelder, Arbeitseinsatz für die Neuordnung Europas. Zivil- und ZwangsarbeiterInnen aus Jugoslawien in der „Ostmark“ 1938/41–1945, Wien/Köln/Weimar 2010, 73f.

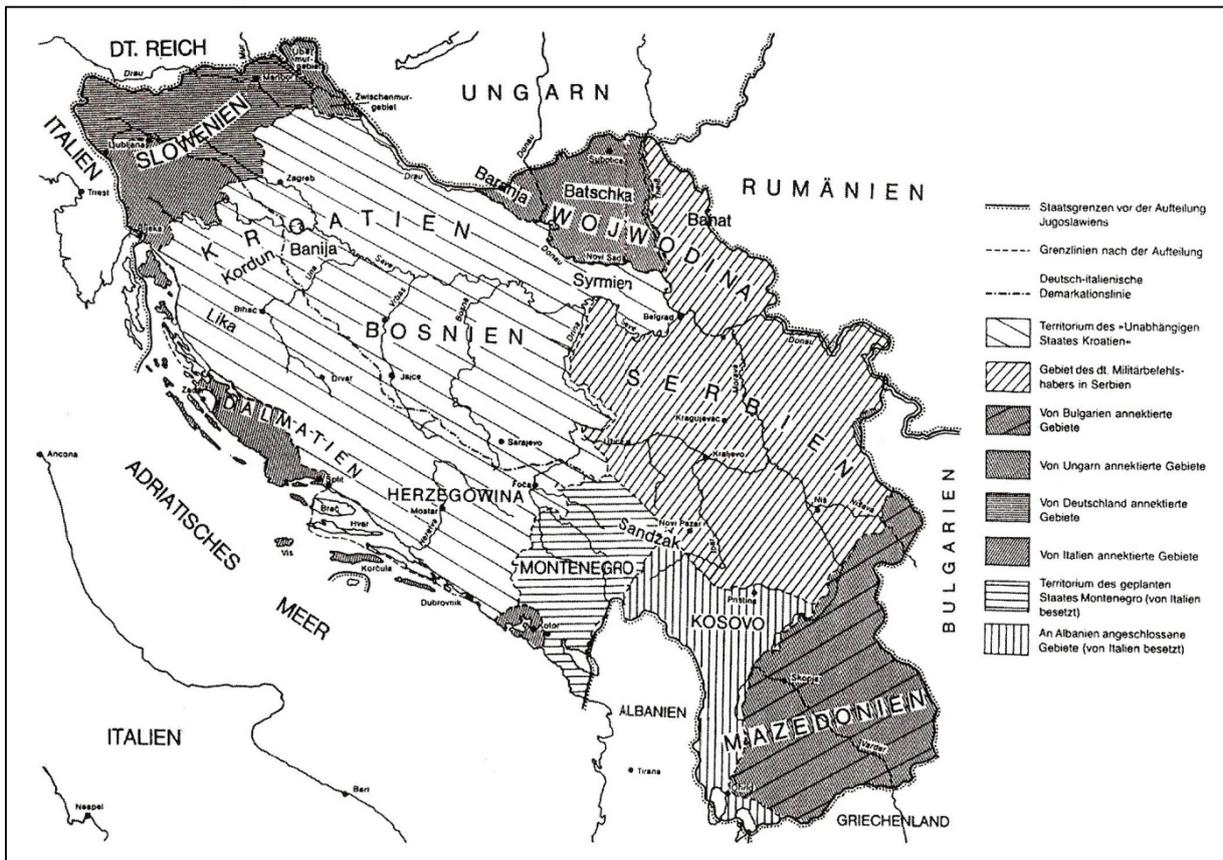
<sup>187</sup> Slavko Goldstein – Ivo Goldstein, Jasenovac i Bleiburg nisu isto, Zagreb 2011, 24f.

<sup>188</sup> Vulesica, Kroatien, 329f.

<sup>189</sup> Ramet, Jugoslawien, 171.

<sup>190</sup> Zitiert nach Sundhaussen, Ustascha-Staat, 285.

Die Duldung der Ustaša-Verbrechen, vor allem nach der Reduzierung deutscher Verbände wegen des Ostfeldzuges, die dem USK uneingeschränkte Gewaltausübung ermöglichte, destabilisierte die Lage in der ganzen Region und erwies sich als großes Problem für die deutschen Militärdienststellen. Diese forderten eine eigene deutsche Militärverwaltung in Kroatien, da die brutalen Vorgehensweisen der Ustaša Aufstände hervorriefen und das Regime jegliche Unterstützung der breiten Bevölkerung längst verloren hatte. Hitler sah jedoch keinen Grund, den ihm treuen Pavelić seines Amtes zu entheben und meinte dazu, man solle die Kroaten „sich austoben lassen“.<sup>191</sup>



Karte 4: Die Aufteilung Jugoslawiens nach dem Aprilkrieg 1941, Quelle: Melčić, Jugoslawien-Krieg, 169.

### 3.5 Die Widerstandsbewegungen und ihr national-ideologischer Kampf

Die Unterdrückungspolitik brachte in vielen Teilen des zerschlagenen Jugoslawiens Widerstandsbewegungen hervor. Im Sommer 1941 bildeten sich zwei wesentliche Gruppen heraus: die Četniks und die Partisanen. Den Kern der Četnik-Bewegung bildeten unter dem Kommando von Oberst Dragoljub Draža Mihailović serbische Offiziere der jugoslawischen Armee, die nach dem Überfall des Dritten Reiches auf Jugoslawien eine Kapitulation

<sup>191</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 122f.

---

abgelehnt hatten. Sie zogen sich in die Bergregionen zurück und führten einen Guerillakrieg gegen die Besatzer. Sie formierten sich unabhängig voneinander aus Resten der zerstreuten jugoslawischen Armee in verschiedenen Gebieten Jugoslawiens. Im 19. Jahrhundert, als die Serben gegen die osmanische Herrschaft rebellierten, organisierten serbische Freischärler, sogenannte „Četnici“, Volksaufstände und führten Guerillakriege gegen die Osmanen. Sie kamen in den Balkankriegen und im Ersten Weltkrieg zum Einsatz und blieben auch nach 1918 als Veteranen- und Milizorganisation im jugoslawischen Staat bestehen. In der königlichen jugoslawischen Armee pflegten sie ihre Traditionen weiter und das serbische Četniktum wuchs im Laufe der Zeit zu einem serbischen monarchistischen Nationalismus heran. Die Četniks verstanden sich als eine großserbisch gesinnte Partisanenbewegung und als legale Armee der jugoslawischen königlichen Exilregierung. Ihr unmittelbares Ziel im Zweiten Weltkrieg war der Schutz der serbischen Bevölkerung vor dem Ustaša-Terror, langfristig strebten sie nach einem nationalen Aufstand und der Befreiung des serbischen Volkes von den Besatzern. Des Weiteren forderten sie die Errichtung eines ethnisch reinen Großserbien unter der Herrschaft von König Petar II., das durch die „Säuberung des Staatsterritoriums von seinen nationalen Minderheiten und nicht-nationalen Elementen“ geschaffen werden sollte.<sup>192</sup>

Die kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) war die einzige Organisation, die sich nach dem Zerfall des Staates aufrechterhalten konnte. Sie bestand aus ungefähr 6.000 bis 8.000 Mitgliedern sowie weiteren 30.000 Sympathisanten und Mitgliedern der kommunistischen Jugend, die gut organisiert und entschlossen im Widerstand gegen die Besatzer agierten.<sup>193</sup> Zur Zeit des Königreichs Jugoslawien verfolgten die Kommunisten das unitaristische Nationskonzept und strebten nach einer nationalen Integration aller Völker. Dies führte zu Uneinigkeiten zwischen den führenden Kräften innerhalb der kommunistischen Parteiorganisation, die ohnehin ihren Einfluss im Land, vor allem aufgrund der Vernachlässigung der nationalen Frage, verloren hatten. Der Niedergang der Partei schien noch vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges besiegelt zu sein. Selbst die Komintern zog zeitweise die völlige Auflösung der KPJ in Betracht. Der Anführer der KPJ während der Widerstandszeit war Josip Broz „Tito“. Er gehörte seit 1934 dem Zentralkomitee der KPJ an und übernahm die Parteiführung 1937, die zu dieser Zeit kaum 500 Mitglieder zählte. 1939 wurde er formell Generalsekretär. Tito schaffte es durch die Anerkennung von Einzelnationalismen und der Gründung von untergeordneten Parteien auf nationaler Basis

---

<sup>192</sup> Hory, Ustascha-Staat, 103; Goldstein, Weltkrieg, 176f.; Philipp Ther, Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Synthesen 5, Göttingen 2011, 148.

<sup>193</sup> Goldstein, Weltkrieg, 177.

---

(KPJ Slowenien, KPJ Kroatien) den nötigen Aufschwung in die gesamte Parteiorganisation zu bringen. Die ideologischen Unstimmigkeiten der Partei aus der Vorzeit wurden unter Tito aus dem Weg geräumt. Die Partei legte sich nun auf eine klare politische Linie fest, die unter anderem einen föderalen jugoslawischen Staat und die Gleichberechtigung aller Völker verfolgte.<sup>194</sup>

Der Angriff des Dritten Reiches auf die Sowjetunion erfolgte am 22. Juni 1941. Am 1. Juli erging von der Komintern die Weisung an die KPJ, mit dem bewaffneten Widerstand zu beginnen, um dadurch die Rote Armee zu entlasten. Der bewaffnete Aufstand stand zwar genauso im Interesse der KPJ wie für die übergeordneten Organe aus Moskau, doch es ist unbestritten, dass zu diesem Zeitpunkt die KPJ noch als verlängerter Arm der Komintern bzw. der Sowjetunion handelte. Der „Hauptstab der Partisanenabteilungen der Volksbefreiung Jugoslawiens“ wurde gegründet und am 4. Juli begann nach dem Beschluss des Zentralkomitees der KPJ in Belgrad der bewaffnete Aufstand gegen die Besatzungsmächte.<sup>195</sup>

Durch die offensive Strategie scheuten sich die Partisanen weder vor eigenen Verlusten noch vor den Verlusten der heimischen Bevölkerung, die durch Vergeltungsmaßnahmen der Besatzer umkam. Die Četniks mieden es, gegen größere Verbände offensiv vorzugehen, besonders nach dem 16. September 1941, als Hitler die Hinrichtung von 100 serbischen Zivilisten für jeden getöteten deutschen Soldaten und 50 Zivilisten für jeden verwundeten anordnete, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Sie zogen es vor, einen günstigen Moment abzuwarten, um einen größeren Aufstand in der Endphase des Krieges auszulösen. Bis dahin verschrieben sie sich der Aufgabe, die serbische Bevölkerung im USK gegen Ustaša-Überfälle zu schützen und Vergeltungsmaßnahmen, die an Brutalität und Grausamkeit dem Terror der Ustaša-Milizen in nichts nachstanden, gegen Kroaten und Muslime durchzuführen. 1941 kämpften Partisanen- und Četnik-Verbände noch gemeinsam auf dem Gebiet des USK gegen die Besatzungsmächte, wobei die Partisanen militärisch gesehen deutlich aktiver waren. Tito und Mihajlović trafen sich sogar zwei Mal, um eine Zusammenarbeit und gemeinsame militärische Aktionen gegen die Deutschen zu besprechen, konnten aber auf keinen gemeinsamen Nenner kommen. Kurze Zeit nach dem letzten Treffen erfolgte ein Angriff der Četniks auf das Hauptquartier der Partisanen in Užice (West-Serbien), der erfolgreich zurückgeschlagen wurde. Die Folge war eine erbitternde Feindschaft zwischen den zwei Widerstandsgruppen, die sich nun statt der Bekämpfung der Besatzer, die

---

<sup>194</sup> Torsten Szobries, Sprachliche Aspekte des nation-building in Mazedonien. Die kommunistische Presse in Vardar-Mazedonien (1940–1943), Studien zur modernen Geschichte 53, Stuttgart 1999, 81; Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 130f.

<sup>195</sup> Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, Beiträge zur Militärgeschichte 38, München <sup>2</sup>1995, 123–126.

---

gegenseitige Vernichtung zum obersten Ziel setzten. Nach dem missglückten Angriff begannen die Četniks, mit den Deutschen zu kollaborieren. Bis 1943 hatten sie mit den Italienern kollaboriert und seit 1944 kooperierten Teile der Četniks mit den Ustaše. Die ideologischen Gegensätze zwischen Partisanen und Četniks sowie das gegenseitige Misstrauen ließen ein einvernehmliches Handeln nicht zu. Die großserbisch-royalistischen Ambitionen standen im Gegensatz zu den kommunistischen Staatsvorstellungen der Partisanen, die den König und die Exilregierung gänzlich ablehnten. Zudem waren die Partisanen antinationalistisch eingestellt und setzten sich für die Gleichberechtigung aller Völker Jugoslawiens ein. Die Vision eines homogenen Großserbiens, das sich von Makedonien bis zur Adriaküste erstrecken sollte, versuchten die Četniks durch „ethnische Säuberungen“ der kroatischen und muslimischen Zivilbevölkerung zu verwirklichen. Durch die Kollaboration mit Deutschen und Italienern verloren sie die Sympathie und das Vertrauen der Alliierten, die ab 1943 nur noch die Partisanen unterstützten. Während die Partisanen unter einer zentralen Befehlsgewalt viel geschlossener und effektiver operieren konnten, gab es bei den Četniks keine einheitlich koordinierte Befehlsgewalt.<sup>196</sup> Sowohl die Partisanen als auch die Četniks rechneten mit dem Rückzug der Besatzer nach dem Krieg und setzten deshalb die Vernichtung der „inneren Feinde“ als höchste Priorität. Dies war wohl auch der wichtigste Grund für die intensive Kollaboration der Četniks mit den Deutschen und Italienern.<sup>197</sup>

Der deutsch-italienische Rückzug nach der zweiten Schlacht von El Alamein und die folgende Kapitulation der Achsenstreitkräfte in Nordafrika änderten das Kräfteverhältnis im Mittelmeerraum. Hitler befürchtete das Eingreifen der Alliierten auf dem Balkan entlang der Adriaküste, die aufgrund der Aktivitäten der Partisanen und Četniks eine ernstzunehmende Bedrohung für die deutsche Kriegsplanung darstellte. Aus diesem Grund initiierte die deutsche Führung im Jänner 1943 die „Operation Weiß“<sup>198</sup> und im Mai die „Operation Schwarz“, die die Tito-Partisanen endgültig beseitigen sollten. Trotz schwerer Verluste der

---

<sup>196</sup> Ivo Goldstein, *Croatia. A History*, London 1999, 144–146; Ramet, *Jugoslawien*, 207–215.

<sup>197</sup> Džaja, *Realität*, 85.

<sup>198</sup> „Die italienischen Kommandostellen machten jedoch geltend, daß sie vorläufig auf die fast 20.000 bewaffneten Tschetniks im Gebiet der italienischen Zone nicht verzichten könnten und sie insbesondere zur wirksamen Bekämpfung der kommunistischen Partisanen im Rahmen der ersten Etappe des Unternehmens „Weiß“ noch brauchten. Der Umstand, daß Italiener und Tschetniks in Südbosnien und der Herzegowina gemeinsam operierten, machte es denn auch unmöglich, deutsche oder kroatische Einheiten bei der Durchführung des Unternehmens „Weiß“ zur Absperrung und Einschließung des Partisanengebietes im Süden einzusetzen, weil eine unmittelbare Berührung zwischen Tschetniks und deutschen oder kroatischen Verbänden mit Sicherheit zu Auseinandersetzungen zwischen den verbündeten Truppen geführt hätte.“ Hory, *Ustascha-Staat*, 142.

---

Partisanen brachten die Operationen nicht den gewünschten Erfolg. Die „Volksbefreiungsarmee“ Titos hatte damit die schwierigste Kriegsphase hinter sich.<sup>199</sup>

Die Standhaftigkeit während der Offensiven der Achsenmächte sowie die Kapitulation Italiens brachten im Jahre 1943 einen entscheidenden Wendepunkt. Damit änderte sich die Situation schlagartig zugunsten der Partisanen, die von den Italienern große Mengen an Waffen und Munition beschlagnahmen konnten. Des Weiteren entschieden die Alliierten bei der Konferenz der „Großen Drei“ in Teheran Ende 1943, die im Widerstand aktiveren Partisanen anstelle die kollaborierenden Četniks zu unterstützen und Tito als Staatsoberhaupt des zukünftigen Jugoslawien anzuerkennen. Im Verlauf des Sommers 1944 gelang es den Partisanen, die noch verbliebenen Četnik-Verbände in Zentral-Serbien aufzureiben. Bereits am 20. Oktober marschierten Truppen der Roten Armee in Belgrad ein. Die dalmatinischen Inseln und die Küste konnte man noch vor Ende des Jahres 1944 einnehmen, wodurch insgesamt ungefähr drei Viertel des jugoslawischen Territoriums unter Kontrolle der Tito-Partisanen stand. Für die Wehrmacht bekam der kroatische Staat nach dem Vordringen der Roten Armee eine wichtige strategische Bedeutung, da der Rückzug der starken Verbände der Heeresgruppe E aus Griechenland und Albanien unter allen Umständen sichergestellt werden musste. Den Vormarsch der Partisanen und der Roten Armee hielten deutsche und kroatische Streitkräfte so lange auf, bis sich die besagte Heeresgruppe hinter die Zwonimir-Stellung südlich von Zagreb, die bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 gehalten werden konnte, zurückzog.<sup>200</sup> Erst am 9. Mai gelang es den Partisanen, in die nördlichen Teile Jugoslawiens einzumarschieren. Mit den deutschen Truppen zogen sich auch Verbände der Ustaša, der Četniks und anderer „Kollaborateure“ bis zur österreichischen Grenze zurück. In der Hoffnung, den Racheakten der Partisanen zu entgehen, ergaben sich die zurückziehenden Truppen den Briten, die sie entwaffneten und an die Partisanen auslieferten. Die anschließenden verfahrenslosen Hinrichtungen in Bleiburg und an anderen Orten durch die jugoslawische Volksbefreiungsarmee führten zum Tod von 20.000–30.000 Četniks und Mitgliedern der Slowenischen Heimwehr, 36.000 Kroaten sowie 5.000 Muslimen. Die kommunistischen Verbrechen richteten sich nicht nur gegen politische oder militärische Gegner, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung.<sup>201</sup> Die Überlebenden wurden nach Jugoslawien zurückgeführt, wo sie in kommunistischen Internierungslagern und auf sogenannten „Todesmärschen“ ums Leben kamen.<sup>202</sup> Genauso wie im Fall von Jasenovac sind

---

<sup>199</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 133f.; Goldstein, Weltkrieg, 179.

<sup>200</sup> Goldstein, Weltkrieg, 181f.; Hory, Ustascha-Staat, 142; Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 135f.

<sup>201</sup> Ramet, Jugoslawien, 227.

<sup>202</sup> Rudolph J. Rummel, „Demozid“ – der befohlene Tod. Massenmorde im 20. Jahrhundert, Wissenschaftliche Paperbacks 12, Münster/Hamburg/London 2003, 299.

---

die Opferzahlen von Bleiburg bis heute noch ein umstrittenes Thema und unterliegen politisch motivierten Manipulationen.

Viele Ustaše konnten 1945 vor allem über die „Rattenlinien“ ins ausländische Exil entkommen. Pavelić gelang es Ende 1948, nach Argentinien zu flüchten, wo er bis 1957 lebte und die „Kroatische Befreiungsbewegung“ gründete. Nach einem Anschlag im selben Jahr zog er nach Madrid und starb dort eines natürlichen Todes.<sup>203</sup>

### 3.5.1 Missbrauch und Instrumentalisierung der Opferzahlen

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges rückten die Zahlen der Kriegstoten in den Mittelpunkt. Die offizielle Opferzahl der jugoslawischen Kommunisten belief sich auf 1,7 Millionen, wovon 600.000 bis 700.000 Opfer allein dem Konzentrationslager Jasenovac zugerechnet wurden. Gemäß diesen Angaben hätte Jugoslawien – gemessen an der Gesamtbevölkerung – mit 11,6 Prozent eines der höchsten Kriegstoten zu beklagen gehabt. Diese Zahlen stützten sich allerdings nicht auf Zählung der Kriegstoten, sondern beruhten auf bevölkerungsstatistischen Berechnungen, die ungenau waren. Durch den Vergleich der Resultate der Volkszählung von 1931 mit der von 1948 ermittelte man die Anzahl der Toten. Dabei wurde irrtümlich der demographische Verlust, der die Differenz zwischen zu erwartender und lebender Bevölkerung angibt, als geschätzte Zahl der Kriegstoten ausgegeben. Spätestens nach der Volkszählung von 1948 hätte dieser Irrtum zutage gebracht werden müssen, aber die symbolhafte Zahl passte besser ins politische und ideologische Bild der jugoslawischen Kommunisten und sollte bis Anfang der 80er Jahre unangetastet bleiben. Der Mathematik-Professor Vladeta Vučković, der damals als Student im Auftrag des Statistischen Bundesamts in Belgrad die statistischen Berechnungen von 1947 durchführte, schrieb einen Artikel über das Zustandekommen der 1,7 Millionen jugoslawischen Kriegstoten, der 1985 in London erschien. In diesem schildert der Autor, wie er den Auftrag erhielt, innerhalb von zwei Wochen die Verluste nach wissenschaftlichen Kriterien zu berechnen und dabei den von den Kommunisten bereits propagierten Opferzahlen möglichst konform zu bleiben. Seine errechnete Gesamtopferzahl von 1,7 Millionen bezeichnete die jugoslawische Regierung als offizielle Anzahl der Kriegstoten, wohl wissend, dass unter den berechneten Verlusten auch Jugoslawien-Deutsche inkludiert waren. Im selben Jahr erschien in London ebenfalls eine Untersuchung des serbischen Ingenieurs Bogoljub Kočović über die

---

<sup>203</sup> Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische „Liberation Policy“ im Kalten Krieg 1947–1991, Zeithistorische Studien 22, Köln/Weimar/Wien 2002, 314.

---

Kriegsopfer des Zweiten Weltkrieges in Jugoslawien, der die Zahl von ungefähr einer Million ermittelte. Vier Jahre später publizierte der kroatische Demograph Vladimir Žerjavić eine Studie, in der er fast zum identischen Ergebnis kam. Nach diesen zwei wissenschaftlichen Untersuchungen beträgt der reale Menschenverlust 1.014.000 (Kočović) bzw. 1.027.000 (Žerjavić), was letztendlich 6,4 Prozent der jugoslawischen Gesamtbevölkerung ausmachte. Der demographische Verlust der genannten Studien beziffert sich auf ungefähr zwei Millionen oder 5,8 Prozent der Gesamtbevölkerung.<sup>204</sup> Die wissenschaftlich fundierten Studien führten nicht zu einer Entmythologisierung, sondern bewirkten das Gegenteil. Die übertriebene Darstellung der eigenen Opferzahlen und die Minderung fremder bildeten den neuen Usus zur politischen Instrumentalisierung der nationalen Polemik.

In der Zeit des kommunistischen Jugoslawiens musste man öffentlich über Bleiburg schweigen. Unter den Familien der Opfer wurden die Erinnerungen heimlich wach gehalten. Einzelne Versuche, die Wahrheit durch Untersuchungen ans Licht zu bringen, wurden von der jugoslawischen Regierung rigoros obstruiert und sanktioniert. In der Ustaša-Emigration hingegen war Bleiburg nicht nur ein wichtiges einendes Element gemeinsamen Märtyrertums zwischen den in vielen Fällen zerstrittenen Anhängern, sondern es wurde auch zu einem Leidensweg stilisiert, der die Verbrechen und Gräueltaten, wie in Jasenovac, an den anderen relativierte. Bleiburg entwickelte sich so zu einem Mythos. Die Opferzahlen wurden in die Höhe getrieben und aus den jährlichen Gedenkfeiern entstanden politische Treffen, die hetzerische Botschaften verbreiteten. Seit dem Massaker von Bleiburg entstanden in der Ustaša-Emigration zahlreiche Memoiren und Bücher von überlebenden Zeugen, die über Einzelheiten der Ereignisse berichteten. Bedauerlicherweise erschien kein einziges allgemeines historiografisches Werk, das die Ursachen und den Ablauf objektiv und ohne politische Einseitigkeit analysierte.<sup>205</sup>

Genauso wie der Bleiburg-Mythos in der Ustaša-Emigration gepflegt wurde, bemühte man sich in Jugoslawien um die Aufrechterhaltung des Jasenovac-Mythos. Die Zahl der 700.000 Jasenovac-Opfer hielt sich bis zum Ende des Systems. An der Wende zu den 90er Jahren war serbischen Nationalisten sogar diese Zahl des „verborgenen Kapitels des Holocausts“, der „größten serbischen Stadt unter der Erde“ und des „drittgrößten Konzentrationslagers

---

<sup>204</sup> Holm Sundhaussen, *Jasenovac 1941–1945. Diskurse über ein Konzentrationslager als Erinnerungsort*, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2003, 49–59, hier 53–56; Igor Graovac, *Der Zweite Weltkrieg. Menschenverluste durch Kriegseinwirkung*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden 2007, 185–191, hier 185–189.

<sup>205</sup> Goldstein, *Jasenovac*, 8.

---

Europas“ eindeutig zu wenig. Der serbische Schriftsteller und Politiker Miodrag Bulatović konstatierte in seinem veröffentlichten Werk sogar über 1,1 Millionen Tote in Jasenovac.<sup>206</sup>

### 3.6 Das föderale Integrationskonzept des Zweiten Jugoslawiens

Die Voraussetzungen für die Neuordnung des neuen jugoslawischen Staates wurden bereits während des Krieges getroffen. Die zweite Sitzung des AVNOJ (Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens; Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije) am 29. November 1943 im bosnischen Jajce gilt als Gründungsdatum des zweiten Jugoslawiens. Hier beschloss man, Jugoslawien als föderales Staatsgebilde mit sechs Teilrepubliken (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien) und mit zwei autonomen Gebieten (Wojwodina und Kosovo-Metohija) innerhalb der Volksrepublik Serbien zu gründen. Die gesetzgebende Gewalt sollte der Exilregierung abgesprochen und König Petar II. die Einreise verwehrt werden.<sup>207</sup>

Am 29. November 1945, dem Jahrestag der zweiten AVNOJ-Konferenz, wurde die Monarchie abgeschafft und die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ ausgerufen. Die nach sowjetischem Muster erstellte Verfassung trat zwei Monate später in Kraft. Die neue föderale Staatsordnung war im Vergleich zu dem Staatsaufbau der Zwischenkriegszeit ein deutlicher Fortschritt, da ethnische und historische Kriterien bei der Gliederung des Staates nun Berücksichtigung fanden. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sollte die nationalen Probleme beseitigen. Dennoch erwiesen sich die Ansichten der Kommunisten und deren Bewältigungsversuche der nationalen Frage in Jugoslawien spätestens seit den 60er Jahren als oberflächliche Lösungen.<sup>208</sup>

Die neuen Grenzziehungen entsprachen nicht nationalstaatlichen Prinzipien, weil die Volksrepubliken und späteren Staaten (außer Slowenien) keine national homogenen Einheiten bildeten. Die neuen Grenzen beruhten auf den Grenzen historischer Provinzen Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches, früherer internationaler Verträge sowie auf dem Verwaltungssystem (Banschaften) des ehemaligen Königreichs Jugoslawien.<sup>209</sup> Die Errichtung national homogener Republiken wäre, auch wenn es die KPJ beabsichtigt hätte, aufgrund der sehr heterogenen Bevölkerungsstruktur kaum möglich gewesen. Dennoch

---

<sup>206</sup> Sundhaussen, Jasenovac, 55.

<sup>207</sup> Ludwig Steindorff, Zwischen Aufbruch und Repression: Jugoslawien 1945–1966, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, 192–200, hier 192.

<sup>208</sup> Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 140f.

<sup>209</sup> Ana S. Trbovich, A Legal Geography of Yugoslavia's Disintegration, Oxford 2008, 145.

---

definierten sich die Republiken als souveräne Heimatgebiete der jeweiligen Nationen. So galt die Republik Kroatien als Heimat der kroatischen Nation, die Republik Serbien als die Heimat der serbischen Nation usw. Zudem verfügte jede Minderheit über die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mehrheit innerhalb einer Republik. Folglich standen den Serben die gleichen Rechte in Serbien zu, wo sie die Mehrheit bildeten, als auch in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, wo sie in der Minderheit waren. Gleiches galt für Kroaten, die ebenfalls auf drei Republiken verteilt waren, und alle anderen südslawischen Nationen.<sup>210</sup>

Es gab nur innerhalb der Volksrepublik Serbien zwei autonome Provinzen, obwohl sich auch andere Gebiete in Jugoslawien für diesen Status qualifiziert hätten. Alle Autonomieforderungen außerhalb Serbiens, wie zum Beispiel die Bestrebungen Dalmatiens, das aufgrund seiner historischen Autonomie und der relativen Eigenständigkeit in der Partisanenbewegung eine Selbstverwaltung innerhalb der kroatischen Teilrepublik forderte, wurden unterdrückt. Der Vorschlag von Moše Pijade, einem engen Vertrauten und Mentor Titos, eine autonome serbische Provinz in Kroatien, die ungefähr dem Gebiet der kroatischen Militärgrenze entsprochen hätte, zu errichten, stieß auf Ablehnung, da dadurch das kroatische Volk gespalten und die Popularität der KPJ bei der kroatischen Bevölkerung stark beeinträchtigt worden wäre. Die kommunistische Führung rechtfertigte die Existenz der zwei autonomen Gebiete in Serbien durch die Unterscheidung zwischen „konstitutiven Völkern“ (Slowenen, Serben, Kroaten, Mazedonier und später auch bosnische Muslime) und „Nationalitäten“. Da jedes konstitutive Volk eine „Heimatrepublik“ hatte, konnte es aus diesem Grund, trotz beträchtlicher Minderheit in einer anderen Republik, keine Autonomie in dieser besitzen. Nicht-konstitutiven Völkern wie Albanern<sup>211</sup> und Ungarn, deren Nationalstaat außerhalb Jugoslawiens lag, standen nur autonome Gebiete zu.<sup>212</sup>

An der zweiten und dritten Sitzung des ZAVNOH (Antifaschistischer Landesrat der Volksbefreiung Kroatiens; Zemaljsko antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Hrvatske) im Oktober 1943 bzw. Mai 1944, der als das oberste Repräsentationsorgan der kroatischen Teilrepublik fungierte, wurde die Gleichberechtigung der kroatischen und serbischen Nation – da beide als konstitutive Völker galten – in der kroatischen föderalen Einheit Jugoslawiens

---

<sup>210</sup> Aleksa Đilas, *The Contested Country. Yugoslav Unity and Communist Revolution, 1919–1953*, Russian Research Center Studies 85, Harvard Historical Studies 108, Cambridge MA 1991, 161f.

<sup>211</sup> Obwohl die Albaner in Jugoslawien eine höhere Bevölkerungszahl als die Montenegriner aufwiesen, genossen sie nicht den Status eines „konstitutiven Volkes“. Fraglich bleibt auch die Tatsache, dass den Albanern innerhalb Serbiens ein Autonomiestatus gewährt wurde, während dies in Mazedonien, wo sie bis heute eine starke Minderheit bilden, nicht der Fall war. Trbovich, *Geography*, 149.

<sup>212</sup> Ivo Banac, *With Stalin against Tito. Cominformist Splits in Yugoslav Communism*, Ithaca 1988, 106; Trbovich, *Geography*, 146–148.

---

anerkannt.<sup>213</sup> Eine kulturelle Autonomie der Serben in Kroatien sollte anfangs nur aus symbolischen Gründen gepflegt werden. Die kommunistische Führung erwartete von Kroaten und Serben in Kroatien eine engere Zusammenarbeit in allen Aspekten des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Eine tatsächliche kulturelle Autonomie der Serben in Kroatien wurde nie wirklich angestrebt, da man weder von Kroatien, noch von irgendeiner anderen Republik, eine kulturelle Abspaltung erwartete, sondern vielmehr die Integration aller Völker in eine einheitliche jugoslawische Kultur. Die Förderung einer kulturellen Autonomie der Serben in Kroatien wäre somit nach den kommunistischen Überlegungen sinnlos gewesen, da sich die kroatische Kultur zu einer jugoslawischen hätte entwickeln sollen.<sup>214</sup>

Für den serbischen Nationalismus bedeutete die Einführung der AVONJ-Grenze eine herbe Niederlage. Der Verlust Mazedoniens, Montenegros und Bosnien-Herzegowinas sowie das Ende des serbischen Hegemonismus wurden als tiefe Demütigung und die Verteilung der serbischen Bevölkerung über mehrere Republiken als ungerecht empfunden. Die kommunistische Regierung versuchte deshalb, die serbischen Befürchtungen abzuschwächen, indem sie die Grenzen der Republiken herunterspielte. Tito meinte in diesem Zusammenhang, er wolle keine Grenzen in Jugoslawien, die teilen, sondern Grenzen, die die Völker einen. Die staatliche Föderalisierung sollte die nationalen Bedürfnisse aller Völker zufriedenstellen und zugleich eine jugoslawische Einheit aufrechterhalten.<sup>215</sup>

Der Föderalismus stellte eine Gefahr für die staatliche Einheit dar, da das Recht zur Sezession der einzelnen Republiken zu separatistischen Tendenzen einlud. Der erste Abschnitt der Allgemeinen Grundsätze der jugoslawischen Bundesverfassung besagt: „Die Völker Jugoslawiens haben sich, ausgehend vom Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts zur Lösung aus dem Staatsverband, aufgrund ihres im gemeinsamen Kampf aller Völker und Nationalitäten im nationalen Befreiungskrieg und in der sozialistischen Revolution frei geäußerten Willens, im Einklang mit ihren historischen Bestrebungen und in dem Bewußtsein, daß die weitere Festigung ihrer „Brüderlichkeit und Einheit“ in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, gemeinsam mit den Nationalitäten, mit denen sie leben, zu einer bundesstaatlich aufgebauten Republik freier und gleichberechtigter Völker und Nationalitäten zusammengeschlossen und eine sozialistische föderative Gemeinschaft

---

<sup>213</sup> Snežana Trifunovska (Hg.), *Yugoslavia through Documents. From Its Creation to Its Dissolution*, Dordrecht/Boston/London 1994, 477.

<sup>214</sup> Đilas, *Country*, 173.

<sup>215</sup> Marko Attila Hoare, *The War of Yugoslav Succession*, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), *Central and Southeast European politics since 1989*, Cambridge 2010, 111–136, hier 114.

---

von Werktätigen – die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien – gegründet [...]“<sup>216</sup> Aus Furcht vor einer fälschlichen Interpretation, die zur Separation ermutigen würde, legte Pijade den Artikel so aus, dass die jugoslawischen Völker ab dem Moment, in dem sie sich entschieden hatten, der Föderation beizutreten, dieses Recht ein für alle Mal ausgeübt hätten. Die Schaffung Jugoslawiens wäre damit genauso wie die Entscheidung der Völker Jugoslawiens unwiderruflich. Da die jugoslawischen Völker nie den Wunsch bei einem Referendum oder einem anderen historischen Ereignis geäußert haben, in einem jugoslawischen Staat zu leben, rechtfertigten die Kommunisten diese Tatsache mit dem Volksbefreiungskampf, der ihrer Ansicht nach die Staatsetablierung und den Willen der Völker repräsentierte. Nach dem Inkrafttreten der jugoslawischen Verfassung 1946 arbeiteten die sechs Republiken ihre eigenen Verfassungen aus, die im Einklang mit der jugoslawischen standen und in gewissen Punkten für die eigene Umgebung angepasst bzw. erweitert wurden. Die Rechte der Republiken auf Sezession waren in ihren Verfassungen ambivalent und unklar definiert. Separatismus und Nationalismus standen aber im Gegensatz zu der politischen Linie der KPJ, die eine Stärkung Jugoslawiens und des Jugoslawismus anstrebte. Um nationale oder separatistische Strömungen auf einer legalen Grundlage zu bekämpfen, bediente man sich des Artikels 21 der jugoslawischen Verfassung von 1946, in der „jeder Akt, der den Bürgern Vorrechte einräumt oder deren Rechte wegen Nationalitäts-, Rassen- und Glaubensunterschieden einschränkt, sowie jedes Propagieren von National-, Rassen- und Glaubenshaß und -zwist“<sup>217</sup> als verfassungswidrig und strafbar erklärt wurde.<sup>218</sup>

Die KPJ versuchte nach dem Krieg, die Ideologie des marxistischen Internationalismus für die nationale Problematik Jugoslawiens anzuwenden. Die allgemeine Überzeugung der Kommunisten, durch die Schaffung einer internationalen und globalen kommunistischen Gesellschaft auch die Auflösung des nationalen Bewusstseins zu erreichen, entwickelte sich zum Credo der jugoslawischen Kommunisten: Der kommunistische „Internationalismus“ wurde zum neuen Jugoslawismus, der sich durch seinen antinationalistischen, jugoslawisch-patriotischen und internationalistischen Charakter auszeichnete. Der offizielle politische Kurs der KPJ verfolgte die Stärkung des Jugoslawismus und eines jugoslawischen Nationalbewusstseins, nicht aber die Schaffung einer jugoslawischen Nation. Die Schaffung einer jugoslawischen Nation war eine von Titos Visionen. Seine Idee unterschied sich

---

<sup>216</sup> Aleksandar Fira, Verfassungsrechtliche Aspekte der Struktur und der Funktionsprinzipien des jugoslawischen Föderalismus, in: Probleme des Föderalismus. Referate auf dem Symposium „Föderalismus in der SFR Jugoslawien und in der Bundesrepublik Deutschland – ein Vergleich“ vom 19. – 21. März 1984, Tübingen 1985, 39–46, hier 41.

<sup>217</sup> Lothar Schultz, Die Verfassungsentwicklung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien seit 1945, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge, Bd. 7, Tübingen 1958, 289–352, hier 323.

<sup>218</sup> Dilas, Country, 166–168.

---

grundsätzlich nur wenig von den serbisch-hegemonistischen Integrationsbestrebungen der Zwischenkriegszeit, die seiner Meinung nach, aufgrund des kapitalistisch geprägten Sozial- und Politiksystems die Gründung einer jugoslawischen Nation verhinderten. Der Sozialismus hingegen hätte hingegen das nötige Potential, dieses Ziel zu erreichen. Obwohl der Föderalismus eigentlich einen Rückschritt im Vergleich zum Jugoslawismus der KPJ und der Partisanen während des Krieges bedeutete, sah Tito darin die grundlegende Basis und Vorbedingung für die Entwicklung des Jugoslawismus. Jugoslawien sollte ein starker Staat für alle jugoslawische Nationen werden und der Kommunismus das einigende Band zwischen den Völkern. Ferner sei der Jugoslawismus als unentbehrlicher Teil des kommunistischen Internationalismus und jegliche Opposition gegen den Jugoslawismus als ein „reaktionärer“ Nationalismus zu verstehen.<sup>219</sup>

Gemäß des im Partisanenkrieg entstandenen Leitsatzes „bratstvo i jednistvo“ („Brüderlichkeit und Einheit“) und der marxistisch-internationalistischen Ideologie glaubte man, eine fundierte Integrationsgrundlage geschaffen zu haben. Die Beseitigung bürgerliche Politiker und Parteien entzog den nationalistischen Strömungen jegliche organisatorische Basis. Der propagierte „Volksbefreiungskrieg“ diente genauso als einigendes Element zwischen den Völkern, jedoch verbarg sich hinter dieser Irreführung ein enormes Konfliktpotential, da es sich nicht nur um einen gemeinsamen Krieg gegen die Besatzer gehandelt hatte, sondern auch um einen Krieg zwischen den einzelnen Völkern untereinander. Die Vernachlässigung und Untergrabung dieser Tatsache zeigte sich der Entladung nationaler Radikalisierung Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, als die Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkrieges, wachgerufen wurden. Die nationale Integrationsbasis baute somit auf einem sehr brüchigen Fundament, dessen Bestand Tito und sein Herrschaftssystem aufrechterhielten.<sup>220</sup> Die kommunistische Nationalitätenpolitik in Jugoslawien basierte auf der Ausbalancierung der Nationen, in einem gewissen Ausmaß auch gegeneinander. Die kleineren peripheren Gruppen sollten die starken zentralen, besonders Kroaten und Serben, schwächen, um dadurch ein Gleichgewicht zu halten. Die föderale Struktur und der nationale Pluralismus müssten solange als Ventile für die nationalen Gefühle dienen, bis sie sich durch den Kommunismus von selbst auflösten.<sup>221</sup>

Der Bruch mit der Sowjetunion im Jahre 1948 isolierte Jugoslawien politisch und wirtschaftlich vom „Ostblock“, führte aber dadurch geradezu zwangsweise eine Annäherung

---

<sup>219</sup> Ebd., 165f.

<sup>220</sup> Wolfgang Höpken, Die Unfähigkeit zusammenzuleben. Der nie bewältigte Nationalitätenkonflikt, in: Josip Furkes – Karl-Heinz Schlarp (Hgg.), Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan – Europas Pulverfaß, Reinbek 1991, 32–62, hier 42f.

<sup>221</sup> Stevan K. Pavlowitch, The Improbable Survivor. Yugoslavia and its Problems 1918–1988, London 1988, 71.

---

an den Westen herbei. Die außenpolitische Trennung von der Sowjetunion leitete den jugoslawischen Sonderweg und die Abkehr vom „administrativen Sozialismus“ des sowjetischen Typs ein. Es folgte eine formale<sup>222</sup> Dezentralisierung auf Partei- und Staatsebene, das von der Sowjetunion übernommene System der Zentralen Planwirtschaft wurde beseitigt und durch ein Mischsystem des „Selbstverwaltungssozialismus“ ersetzt, welches eine wirtschaftliche Dezentralisierung und die Herausbildung einer Wirtschaftselite ermöglichte. Die nach Stalins Tod 1953 verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion wirkten sich nicht auf die jugoslawische Sonderstellung zwischen den beiden Blöcken in Europa aus, sondern wurden von Moskau weitgehend akzeptiert. Die Bewegung der blockfreien Staaten sicherte Jugoslawien weltpolitische Anerkennung, und westliche Wirtschaftshilfen sowie Wirtschaftsbeziehungen verbesserten die Lebensverhältnisse in Jugoslawien.<sup>223</sup>

Bis zur Mitte der 60er Jahre herrschte im Prinzip eine zentralistische Staatsführung, die maßgeblich vom Chef des Staatssicherheitsdienstes und Organisationssekretärs Aleksandar Ranković geprägt wurde. Der jugoslawische Staatssicherheitsdienst war Rankovićs alleiniger Machtapparat, der keinen staatlichen Kontrollen unterlag. Dies ermöglichte ihm, unabhängig und nach seinen Interessen zu handeln und unter dem Deckmantel des offiziellen Jugoslawismus eine großserbische und repressive Politik zu betreiben, der Tausende vermeintliche Regimegegner und -kritiker zum Opfer fielen. Mit dem Fall Rankovićs 1966 fand auch ein Generationswechsel innerhalb der Parteiführung statt. In das Zentralkomitee des Bundes und der Republiken wurden 1968 69 Prozent neue Mitglieder gewählt und insgesamt 100.000 neue Parteimitglieder aufgenommen.<sup>224</sup> Nach der Absetzung Rankovićs folgten Liberalisierungs- und Dezentralisierungsmaßnahmen auf wirtschaftlicher wie auch auf politischer Ebene. Die Stärkung der Kompetenzen für die Teilrepubliken schwächte den Bund und erlaubte einer nationalen Politik, Fuß zu fassen.<sup>225</sup>

Das Wiedererwachen des Nationalismus setzte auf kultureller Ebene ein. 1966 reichten slowenische Kommunisten eine Verfassungsklage ein, weil keine Gleichberechtigung der slowenischen Sprache gegeben war, die ihnen aber nach Artikel 131 der Bundesverfassung zustand. Ähnliche Maßnahmen wurden im selben Jahr auch von der mazedonischen Seite ergriffen. Der Sprachenstreit gipfelte in der „Deklaration über die Benennung und Lage der

---

<sup>222</sup> „Faktisch waren alle zentralen Machtbefugnisse im Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) zentralisiert.“ Peter Imbusch, Der Staatszerfall Jugoslawiens, in: Peter Imbusch – Ralf Zoll (Hgg.), Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden <sup>5</sup>2010, 221–248, hier 226.

<sup>223</sup> Peter Dobias – Ahmet Mehić – Angelika Rohmann, Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien, Schriften zu internationalen Wirtschaftsfragen 27, Berlin 2000, 13–15; Steindorff, Aufbruch, 195–197.

<sup>224</sup> Džaja, Realität, 133f.

<sup>225</sup> Viktor Meier, Der Titostaat in der Krise: Jugoslawien nach 1966, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 201–209, hier 201.

---

kroatischen Schriftsprache“, in der mehrere kulturelle und wissenschaftliche Organisationen Kroatiens die Auflösung des 1954 in Novi Sad getroffenen Abkommens über die gemeinsame „serbokroatische“ bzw. „kroato-serbische“ Schriftsprache, die Bezeichnung jeder Volkssprache entsprechend des jeweiligen Volksnamens sowie die öffentliche Anwendung der kroatischen Sprache in der kroatischen Republik forderten.<sup>226</sup> Neben den kulturellen Aspekten spielten für den sich neu entfaltenden kroatischen Nationalismus, der den politischen Kurs des kroatischen Bundes der Kommunisten in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, vor allem durch den Einfluss parteiunabhängiger Organisationen wie dem kroatischen Kulturverein „Matica Hrvatska“, bestimmte, auch wirtschaftliche Faktoren eine wesentliche Rolle. Die wirtschaftspolitische Dominanz Belgrads sowie die wirtschaftliche „Ausbeutung“<sup>227</sup> Kroatiens, das zusammen mit Slowenien zu den „reichen Republiken“ gehörte, wurden kritisiert. Auch die überproportionale serbische und montenegrinische Repräsentanz in der staatlichen Bürokratie erwies sich als unannehmbar. Im Jahre 1969 waren von den 22 Prozent der gesamten kroatischen Bevölkerung Jugoslawiens nur 8,6 Prozent in staatlichen Behörden vertreten, wohingegen serbische Beamte mit 73,6 Prozent bei einem serbischen Gesamtbevölkerungsanteil von 39,6 Prozent die föderale Administration eindeutig dominierten. Noch deutlicher wird die kroatische Benachteiligung beim Vergleich mit dem montenegrinischen Anteil in der Bundesverwaltung, der 7,2 Prozent bei einer Gesamtbevölkerung von nur 2,4 Prozent ausmachte.<sup>228</sup>

Die kroatische Reformbewegung, besser bekannt als der „kroatische Frühling“, entwickelte sich in Kroatien zu einer nationalen Massenbewegung. Auf den sprachlichen Nationalismus der Kroaten reagierten serbische Schriftsteller, indem sie ebenfalls für eine serbische Sprache in Serbien und in anderen von Serben bewohnten Republiken plädierten. Die Spannungen erhöhten sich, als die Frage der Serben in Kroatien wieder aufkam. Während die kroatische Partei die serbischen Kontakte zu ihrer Mutterrepublik zu begrenzen versuchte, verurteilte man in Serbien diese Aktionen als anti-serbische Handlungen und rief in diesem Zusammenhang die traumatischen Erinnerungen aus der Zeit des Ustaša-Staates hervor. Die

---

<sup>226</sup> Behschnitt, Nationalismus, 9.

<sup>227</sup> Die Hauptargumente der kroatisch-nationalen Strömung fasste die kroatische Politikerin Savka Dabčević-Kučar folgendermaßen zusammen: „Die gesamte bisherige Entwicklung habe eine wirtschaftliche Verarmung und allgemeine Bedrohung des kroatischen Volkes gebracht; Kroatien werde ‚ausgeplündert‘, während die übrigen Republiken begünstigt seien; das gesamte Kapital und sämtliche Investitionsmittel seien in Serbien konzentriert; unrentable Investitionen gäbe es nur außerhalb Kroatiens und würden mit kroatischem Kapital finanziert; die unterentwickelten Republiken seien eine Last und der Grund für das Zurückbleiben in der Republik Kroatien; die Folge dieser wirtschaftlichen ‚Ausbeutung‘ sei die Abwanderung kroatischer Arbeiter ins Ausland, was zu einer Schwächung des biologischen Potentials der Kroaten führe.“ Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, 194f.

<sup>228</sup> Mirko Valentić, Rat protiv Hrvatske 1991–1995. Velikosrpski projekti od ideje do realizacije, Bibliotheca Croatica - Slavonica, Sirmiensia et Baranyensia 12, Zagreb 2010, 62f.

---

kroatischen Kommunisten konterten wiederum mit dem Argument, dass das Aufgreifen dieser Frage serbisch-nationalistisch orientierten Kreisen in Kroatien und serbisch-hegemonistischen Ambitionen diene. Das Auftreten des „kroatische Frühlings“ war Ende der 1960er Jahre kein einzelner Ausdruck der nationalen Problematik in Jugoslawien. Im Kosovo destabilisierten 1968 Unruhen und die Forderung nach einer eigenen albanischen Republik die politische Lage. 1971 wurden die Muslime in Bosnien und im Sandžak als eine eigene und gleichberechtigte Nation anerkannt. Die geforderten Verfassungsänderungen konnten von serbischen Gegnern des Föderalismus nicht mehr verhindert werden, zumal die Zentralisten nach dem Sturz von Ranković über keinen politischen Einfluss verfügten und eine liberale Linie die Politik in Serbien bestimmte.<sup>229</sup>

Angesichts der kritischen und instabilen Situation im ganzen Land schien ein direktes Eingreifen zur Lösung des Problems unumgänglich. Mithilfe der Armee und des Geheimdienstes ließ Tito im 1971 die Bewegung niederschlagen. Nach der Entmachtung der führenden Köpfe des „kroatischen Frühlings“ verfolgte und diskriminierte man weitere 32.000 Anhänger. Gegen etliche, wie etwa die späteren kroatischen Staatspräsidenten Franjo Tuđman und Stjepan Mesić, wurden Gefängnisstrafen verhängt. Aus dem Bund der Kommunisten Kroatiens wurden zahlreiche Mitglieder ausgeschlossen oder ihres Amtes enthoben. Wenn auch die Säuberungswellen einen großen Teil der Anhängerschaft des „kroatischen Frühlings“ außer Gefecht setzten, erfüllte man dennoch die meisten Forderungen der Reformbewegung in den folgenden Jahren.<sup>230</sup>

Die neue und letzte Bundesverfassung Jugoslawiens von 1974 trug zu einer „Föderalisierung der Föderation“ bei. Die enorme Kompetenzstärkung der einzelnen Republiken und autonomen Provinzen ließ die Frage offen, ob Jugoslawien überhaupt noch in Form eines Bundestaates (Föderation) oder eines Staatenbundes (Konföderation) existierte. Ein kollektives Führungsgremium, bestehend aus neun Vertretern der Republiken und autonomen Provinzen sowie dem Chef des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), trat anstelle des Staatspräsidenten und konnte nun nur nach einer Abstimmung über die wichtigsten staatlichen Machtbefugnisse entscheiden. Titos Mandat als Präsident Jugoslawiens wurde auf Lebenszeit verlängert. Nach seinem Tod war ein jährlich wechselnder Präsident des kollektiven Staatspräsidiums vorgesehen.<sup>231</sup> Des Weiteren

---

<sup>229</sup> Florian Bieber, Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević, Wiener Osteuropa-Studien 18, Wien 2005, 58–61.

<sup>230</sup> Meier, Titostaat, 202f.

<sup>231</sup> Holm Sundhaussen, Von der „bescheidenen Rede“ zum Massenmord. Der Zerfall Jugoslawiens und die Kriege der 1990er Jahre, in: Wolfgang Benz (Hg.), Vorurteil und Genozid. Ideologische Prämissen des Völkermords, Wien/Köln/Weimar 2010, 187–216, hier 190f.

---

definierte die Verfassung die bisherigen Republiken als „Staaten“ und garantierte ihre Grenzen. Die Machtbefugnisse des Bundes reduzierten sich auf Außenpolitik, Verteidigung und Wahrung der gemeinsamen Wirtschaft. Juristisch gesehen enthielt die Verfassung viele Unklarheiten und Widersprüche, vor allem was das Sezessionsrecht anging. Dieses stellte keine Neuheit dar, wie oft in der Literatur behauptet wird, denn das Recht der Loslösung der Völker war bereits seit 1946 in allen vorherigen jugoslawischen Verfassungen verankert, wobei diesbezüglich die tatsächliche Anwendung des Sezessionsrechts ungewiss blieb.<sup>232</sup>

Die öffentliche Wahrnehmung der politischen Spannungen der späten 60er Jahre unterschied sich deutlich von denen der politischen und intellektuellen Eliten. Mehrere jugoslawische Meinungsumfragen zeigten, dass zu dieser Zeit die nationalen Spannungen zwischen Kroaten und Serben und zwischen anderen Völkern nur gering ausgeprägt waren, was sich erst in den späten 80ern änderte. Demzufolge ist es nicht von der Hand zu weisen, dass der Nationalismus nach der Ära Ranković von Teilen des BdKJ und national orientierten Organisationen propagiert wurde.<sup>233</sup>

Zur gesellschaftlichen und nationalen Desintegration trugen im Zuge der Dezentralisierung auch staatliche Institutionen und Organisationen wesentlich bei, die sich unterdessen zu republiknahen Einrichtungen entwickelten. Dies betraf vor allem die Historiografie und die Medien. Die jugoslawische Geschichtsschreibung war von 1945 bis 1954 stark von der marxistischen Ideologie geprägt, weil viele junge Historiker in der Sowjetunion oder anderen sozialistischen Ländern ausgebildet wurden. Nichtsdestotrotz herrschte nie eine stalinistische Historiographie in Jugoslawien. Da sich die jugoslawische Geschichtsschreibung nach dem Krieg erst in ihren Kinderschuhen befand, ließ auch die Qualität zu wünschen übrig. Somit bestand die Hauptaufgabe der jugoslawischen Geschichtswissenschaft nach 1954 in der qualitativen Vertiefung ihres Metiers. Der erste große Erfolg der jugoslawischen Geschichtsschreibung war der erste Band der Geschichte der jugoslawischen Völker (*Historija naroda Jugoslavije*), der die Zeit bis zum 16. Jahrhundert behandelt und ein Ergebnis der Zusammenarbeit mehrerer Wissenschaftler aus allen Republiken war. Während man in den Anfängen für die mittelalterliche Geschichte und die Ansiedlung der Slawen auf dem Balkan noch sehr viel Interesse zeigte, verlegte sich der Schwerpunkt der jugoslawischen Geschichtsforschung in den 60er Jahren immer mehr auf das 19. und 20. Jahrhundert. Ein Grund dafür war das große Interesse der nationalen Fragen und der nationalen Bewegungen. Folglich stand für die jugoslawischen Historiker primär die

---

<sup>232</sup> Meier, Titostaat, 204; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 376.

<sup>233</sup> Bieber, Nationalismus, 61f.

---

politische Geschichte im Mittelpunkt, was sich bis heute in den neuen Staaten wenig geändert hat.<sup>234</sup>

In den 1970er Jahren wurde die jugoslawische Historiographie nach dem Vorbild der westlichen Historiographien weiterentwickelt. Diese Transformation betraf natürlich weniger sensible Thematiken wie z. B. die Antike, das Mittelalter und die Neuzeit. Nachdem sich Anzeichen einer Krise in Jugoslawien zu Beginn der 1980er Jahre im ideologischen und sozialen Sinne bemerkbar machten, äußerte sich dies nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im wissenschaftlichen Bereich. Erfolglos wurde versucht, einen Konsens in der gemeinsamen Historiographie zu finden. Vor allem bei der Darstellung der jugoslawischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gingen die Meinungen auseinander, was schließlich zu Teilhistoriographien führte. Schon in den frühen 70er Jahren löste man wissenschaftliche Bundesinstitutionen auf, sodass nunmehr nur noch wissenschaftliche Organisationen auf Landesebene in den einzelnen Teilrepubliken existierten. Dies führte zu dem Umstand, dass sich die wissenschaftlichen Institutionen auf Landesebene nun zu nationalen Instituten weiterentwickelten.<sup>235</sup>

Die Medienwelt der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien war im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten liberaler. In den 1980er Jahren wurden die Medien direkt von den jeweiligen Republiken gelenkt und kontrolliert. Die politische Kontrolle war jedoch weniger vorhanden als in irgendeinem anderen kommunistischen Staat. Somit genoss man in Jugoslawien eine viel größere Vielfalt an Information als anderswo in Osteuropa. Als die zentralen Regierungsorgane in den 1960er und 1970er Jahren immer mehr politische Macht zugunsten der Teilrepubliken verloren, durchlebten die Medien ebenfalls eine Dezentralisierung. Diese politische und mediale Dezentralisierung gefährdete die Einheit des föderalen Staates, da von nun an in der Presse als auch in der Politik sehr unterschiedliche Standpunkte und Ansichten vertreten wurden.<sup>236</sup> In der Übergangsphase zwischen dem kommunistischen und dem neuen System, also von den späten 80ern bis zur Unabhängigkeitserklärung, „genossen Journalisten das größte Ausmaß von Pressefreiheit.“<sup>237</sup> Dies trifft vor allem auf die Zeitungen zu, die sich als unabhängige Tagesblätter deklarierten

---

<sup>234</sup> Mirjana Gross, Die Jugoslawische Geschichtswissenschaft von heute, in: Österreichische Osthefte 8, Wien 1966, 239f.

<sup>235</sup> Ljubinka Trgovčević, Historiographie in der BR Jugoslawien 1991–2001, in: Alojz Ivanišević – Andreas Kappeler – Walter Lukan – Arnold Suppan (Hgg.), *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*, Österreichische Osthefte 44, Wien 2002, 397–410, hier 397f.

<sup>236</sup> Mark Thompson, *Forging War: The Media in Serbia, Croatia, Bosnia and Hercegovina*, Luton 1999, 7–9.

<sup>237</sup> Silvia Nadjivan, *Vjesnik contra Politika. Kroatische und serbische Medien und die Vorbereitung des jugoslawischen Bürgerkriegs*, Dipl.-Arb. Wien 2000, 138.

---

und auf Distanz zur kommunistischen Partei gingen. Radio und Fernsehen konnten diesem Trend nicht folgen, da sie nach wie vor unter staatlicher Kontrolle standen.<sup>238</sup>

### 3.7 Serbischer Zentralismus versus nationaler Föderalismus

Tito war der Meinung, dass zentrale Staatsorgane wie Armee und Partei ausreichen würden, um den jugoslawischen Zusammenhalt zu gewährleisten und den föderalen Tendenzen entgegenzuwirken. Doch es war Tito selbst mit seiner unangefochtenen Autorität, der die politische Stabilität und staatliche Einheit aufrechterhielt. Nach dem Ableben von Vizepräsident Edvard Kardelj 1979 und Tito 1980 verlor Jugoslawien zwei wichtige Integrationspersönlichkeiten und Symbolfiguren der jugoslawischen Einheit. Wirtschaftliche Stagnation und wiederaufkommende Proteste der albanischen Bevölkerung im Kosovo trieben das Land Anfang der 80er Jahre in eine erneute Krise. Die Föderalisierung der Partei führte zu tieferen politischen Spaltungen.<sup>239</sup> Das Kosovo-Problem gab den serbischen Protagonisten einen entscheidenden Impuls, um neue Reformen zu fordern. Im Hintergrund stand jedoch die Rückgewinnung der Kontrolle über die autonome Provinz Kosovo und eine zentralistische Umgestaltung der Föderation, da die Meinung vorherrschte, dass Serbien durch die „Dreiteilung“ der autonomen Provinzen und deren Vetorechte, die die Politik Belgrads stets behindern konnten, als einzige Republik nicht souverän wäre.<sup>240</sup>

Auch unter den serbischen Intellektuellen machte sich Unzufriedenheit breit. In einem 50-seitigen Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SANU), dessen Auszüge im September 1986 in einer Belgrader Tageszeitung veröffentlicht wurden, formulierten mehrere serbische Intellektuelle eine Programmschrift, die zum neuen Leitfaden großserbischer Politik werden sollte. Darin sprachen sie die wirtschaftliche Diskriminierung, politische Benachteiligung und Unterdrückung der Serben unter Titos Regierungszeit an. Des Weiteren behauptete sie, die Serben in Kroatien seien einer sehr ausgeklügelten kroatischen Assimilationspolitik ausgeliefert, die die Einheit der serbischen Nation bedrohe. Verantwortlich dafür sei eine kroatisch-slowenische Verschwörung, die der „Kroate“<sup>241</sup> Tito und der Slowene Kardelj symbolhaft verkörperten.<sup>242</sup> „Als Fazit forderte der Text die ‚volle nationale und kulturelle Integrität des serbischen Volks, unabhängig davon, in welcher Provinz oder Republik es sich befindet‘. Indirekt hieß dies, die nationale Einheit

---

<sup>238</sup> Stjepan Malović – Gary W. Selnow, *The People, Press, and Politics of Croatia*, Westport 2001, 112.

<sup>239</sup> Meier, *Titostaat*, 205–207.

<sup>240</sup> Höpken, *Unfähigkeit*, 52.

<sup>241</sup> Trotz seiner kroatisch-slowenischer Wurzeln stempelten ihn serbische Nationalisten als Kroaten ab.

<sup>242</sup> Calic, *Geschichte Jugoslawiens*, 275.

---

müsse widerhergestellt werden.<sup>243</sup> Das Memorandum löste öffentliche Aufruhr und Erregung aus. Es stieß auf heftige Kritik der kroatischen, genauso wie anfangs noch der serbischen Parteiführung, die die SANU aufforderte, sich von ihrem Pamphlet zu distanzieren.<sup>244</sup>

Neben der Veröffentlichungen der SANU erschienen zur selben Zeit auch von anderen serbischen Intellektuellen vermehrt Schriften über die hochstilisierte Opferrolle der Serben, die insbesondere dem „genoziden“ Charakter des kroatischen Volkes geschuldet war. Das Thema Jasenovac und die Anzahl der serbischen Kriegsoffer rückten wieder in den Mittelpunkt historisch-politischer Debatten. Serbische Autoren trieben die Opferzahlen von Jasenovac in die Höhe, mit der Absicht, die traditionelle „Genozidität“ der Kroaten gegenüber den Serben zu prononcieren und dadurch eine kollektive Schuldzuweisung zu erreichen, die die Umgestaltung Jugoslawiens im Sinne der großserbischen Ideologie rechtfertigen sollte. Die Gräueltaten und Verbrechen der Četniks wurden stattdessen zu „heldenhaften“ Taten stilisiert. Die Rolle der kroatischen Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus wurde entweder kleingeredet oder gar ganz verneint. Diese Propagandamaschinerie führte letztlich dazu, dass die hervorgerufenen Erinnerungen an die Ustaša und den Zweiten Weltkrieg den Großteil der serbischen Bevölkerung im Glauben ließ, die gesamte kroatische Zivilbevölkerung sei ein „ustaschoides“ Volk, welches die Existenz der Serben bedrohe.<sup>245</sup>

Die Schlüsselfigur des jugoslawischen Zerfalls, Slobodan Milošević, trat 1986 an die serbische Parteispitze. Er sicherte sich durch ein Netz von einflussreichen Personen und der Ausschaltung seiner politischen Gegner die Alleinherrschaft in Serbien. Sein Machtantritt markierte den Beginn vom endgültigen Ende Jugoslawiens. „Miloševićs öffentlicher und über die Medien verbreiteter Einsatz für die Kosovo-Serben war die Initialzündung für seinen Aufstieg zum nationalen Führer der Serben.“<sup>246</sup>

Seit 1987 setzte er sich zum Ziel, die Rechte der Kosovo-Albaner einzuschränken und die „Dreiteilung“ Serbiens aufzuheben. Dazu war eine nationale Massenmobilisierung erforderlich, die durch perfekt organisierte Großveranstaltungen eine nationalistische und rassistische Propaganda schürten. Die Rhetorik dieser Massenveranstaltungen bezog sich auf Einheit und Brüderlichkeit, Prophezeiungen künftiger Kriege, historische Opfermythen, Verfolgungsängste und serbische Nationalhelden.<sup>247</sup>

---

<sup>243</sup> Ebd., 275.

<sup>244</sup> Džaja, Realität, 154.

<sup>245</sup> Mirjana Gross, Wie denkt man kroatische Geschichte? Geschichtsschreibung als Identitätsstiftung, in: Österreichische Osthefte 35, 1993 Wien, 73–98, hier 93f.

<sup>246</sup> Matthias Rüb, Jugoslawien unter Milošević, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, 327–343, hier 329.

<sup>247</sup> Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 408.

---

Den Zenit der nationalen „Meetings“ bildete die Gedächtnisfeier zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld am Tag des Heiligen Veit im Juni 1989, an dem Milošević seine berühmte Rede vor angeblich einer Million Serben hielt. In seiner historischen Ansprache betonte er, dass Zwietracht und Verrat unter den Serben zur Niederlage gegen die Osmanen und ebenso zum qualvollen Kampf im Zweiten Weltkrieg geführt hätten. Die Wiedererlangung der nationalen Einheit präsentierte er als großen historischen Erfolg der serbischen Nation.<sup>248</sup> In seiner Rede kritisierte er frühere serbische Führer und rechtfertigte seine eigene Politik. Für die Einheitserhaltung der serbischen Nation schloss er auch keine gewaltsamen Auseinandersetzungen aus. „Heute, sechs Jahrhunderte später, stehen wir wieder in Schlachten und vor Schlachten. Sie werden nicht mit Waffen ausgetragen, obwohl das nicht auszuschließen ist. Es lebe die Erinnerung an das Heldentum von Kosovo! Es lebe Serbien! Es lebe Jugoslawien! Es lebe der Frieden und die Brüderlichkeit zwischen den Völkern!“<sup>249</sup> Jugoslawien spielte in dieser Rede nur eine untergeordnete Rolle, genauso wie der Sozialismus, der nicht einmal erwähnt wurde. Im Vordergrund standen vielmehr religiöse Motive und Symbole aus der serbischen Geschichte. Die Forderungen nach territorialer und nationaler Einheit offenbarten eine sich anbahnende großserbische Politik. Die Feier auf dem Amselfeld bildete nicht nur den Höhepunkt der nationalen Mobilisierung, sondern auch einen symbolischen Abschluss der serbischen Nationalbewegung aus den späten 80ern,<sup>250</sup> der durch die Verfassungsänderung Serbiens von 1989, die den autonomen Provinzen Kosovo bzw. Wojwodina ihr Vetorecht und den faktischen Status als konstitutive Elemente des Bundes entzog, erreicht wurde. Dennoch verzichtete man nicht auf die Stimmen der beiden Provinzen im kollektiven Staatspräsidium. Nach der Gleichstellung Montenegros verfügte die Führung Belgrads über insgesamt vier Stimmen (Serbien, Kosovo, Wojwodina, Montenegro), mit denen sie die Politik des jugoslawischen Bundes diktieren konnte.<sup>251</sup>

Die einseitige Verfassungsänderung Serbiens und die Bewältigung des Kosovo-Problems machten den anderen Teilrepubliken zunehmende Sorgen. Slowenien entschloss sich angesichts der serbischen Vorgehensweisen, ebenfalls ihre eigene Verfassung zu ändern. Im Januar 1989 wurde das Mehrparteiensystem wieder eingeführt und im September desselben Jahres beschloss das Parlament in Ljubljana, die bisherige Verfassung durch mehrere Zusätze umzugestalten. Die slowenischen Aktionen blieben nicht kritiklos, denn auf die

---

<sup>248</sup> Rüb, Jugoslawien, 331.

<sup>249</sup> Zitiert nach Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 410.

<sup>250</sup> Bieber, Nationalismus, 218–220.

<sup>251</sup> Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 411.

---

Verfassungsänderungen antwortete Belgrad mit dem Abbruch aller Beziehungen und einer Wirtschaftsblockade.<sup>252</sup>

Der entscheidende Wendepunkt ereignete sich am 14. außerordentlichen Kongress des BdKJ im Januar 1990 in Belgrad. Die slowenischen Politiker forderten die Einführung des politischen Pluralismus und der freien Wahlen, die Aufhebung des Machtmonopols der BdKJ und die Entpolitisierung der Jugoslawischen Volksarmee (JVA). Ferner sollte Jugoslawien in einen losen Staatenbund, der den einzelnen Republiken einen hohen Grad an Eigenständigkeit gewährte, umgestaltet werden. Die slowenischen Ansprüche, die genauso im Interesse der kroatischen Kommunisten standen, entsprachen nicht den serbischen Ambitionen, die einen starken und zentralistischen BdKJ befürworteten. Nachdem die Reformvorschläge der Slowenen abgelehnt wurden, verließen alle slowenischen Delegierten demonstrativ den Kongress. Ihnen folgten wenig später auch die kroatischen Delegierten. Die bosnischen und mazedonischen Vertreter verweigerten die weitere Teilnahme beim Kongress in der Abwesenheit der kroatischen und slowenischen Politiker. Damit löste sich der BdKJ endgültig auf. Als einziger bestehender jugoslawischer Integrationsfaktor blieb nur noch die JVA.<sup>253</sup>

Der Verbleib in Jugoslawien war sowohl für die kroatischen als auch für die slowenischen Reformkommunisten eine annehmbare Option, unter der Bedingung, dass sich eine pluralistisch-demokratische Neuordnung des jugoslawischen Staates vollzog. Für Kroatien stand sie besonders angesichts der komplexen ethnischen Verhältnisse im Interesse. Die Sezession bedeutete lediglich den letzten Ausweg, im Fall, dass sich eine Demokratisierung in Jugoslawien nicht durchsetzte. So gehörte das eingebundene Sezessionsrecht in der slowenischen Verfassung von 1989 zu einer der Vorbereitungsmaßnahmen auf die damals noch offenstehende Entwicklung. Die präferierte gesamtjugoslawische Option verlor dann im Jahr 1990 an Zustimmung, als bei den ersten freien Mehrparteienwahlen<sup>254</sup> in allen

---

<sup>252</sup> Rüb, Jugoslawien, 332.

<sup>253</sup> Lukic, Europe, 164–166.

<sup>254</sup> „Die Bevölkerung Jugoslawiens, die noch nie eine funktionierende, pluralistische Demokratie erlebt und praktiziert hatte, wurde von einem Tag zum anderen mit weitreichenden Entscheidungen konfrontiert. In der Regel erfolgten die Befragungen unter größtem Zeitdruck, und die Wählerinnen und Wähler wurden nur unzureichend über die Konsequenzen ihrer Abstimmung informiert. [...] Diejenigen nationalen Minderheiten, die keine Chance hatten, die republikweite Befragung in ihrem Sinne zu entscheiden, boykottierten die Volksabstimmungen oder führten getrennte Plebiszite durch, wie die Serben in Kroatien und die Serben in Bosnien-Herzegowina. Auch die Albaner in Kosovo und die Muslime im serbischen Teil des Sandžaks Novi Pazar veranstalteten ihre eigenen Referenden. Wesentlich stärker als die Ergebnisse der Parlamentswahlen wiesen die Resultate dieser Volksbefragungen den Charakter einer Volkszählung auf. Die nationale Zugehörigkeit wurde zum fast alleinigen Kriterium für die Entscheidung auf dem Fragebogen. Das Ausmaß der Zustimmung (in der Regel über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen) für die Sezession der jeweiligen Republik vom jugoslawischen Bundesstaat bzw. der jeweiligen Region von der jeweiligen Republik ähnelte den Wahlergebnissen aus sozialistischen Zeiten. Das war insofern überraschend, als sich die Bevölkerungsmehrheit in allen jugoslawischen Republiken in repräsentativen Umfragen noch bis kurz

---

Teilrepubliken national gesinnte Parteien gewählt wurden, was den Zerfallsprozess Jugoslawiens beschleunigte.<sup>255</sup>

In Kroatien gewann die Kroatische Demokratische Union (Hrvatska demokratska zajednica, HDZ) unter der Führung von Franjo Tuđman, die zu einer verschärften Spannung zwischen Kroaten und Serben maßgeblich beitrug. Tuđman, ein ehemaliger Partisan Titos im zweiten Weltkrieg, später General der jugoslawischen Volksarmee und Historiker, der aufgrund seiner nationalistischen Gesinnung 1971 und 1981 als politischer Gefangener inhaftiert wurde,<sup>256</sup> sah seine Partei, die HDZ, nicht nur als Partei, sondern als eine nationale Bewegung und sich selbst als Personifizierung der kroatischen Einheit. Sein großes Ziel war die Verwirklichung des sogenannten „tausendjährigen Traums“, was den Wunsch nach der Eigenstaatlichkeit Kroatiens repräsentierte. 1981 schrieb er, dass die kroatische Nation seit mittelalterlichen Zeiten ihre nationalstaatliche Individualität stets bewahrt habe, und dass die kroatische historische und nationale Literatur ein jahrhundertlanges Streben nach vollkommener nationaler Unabhängigkeit darstellen. Tuđman hatte auch kein Problem damit, die Ideen der Illyristen Gaj und Strossmayer mit der sozialistisch-konföderalistischen Ideologie Radićs, dem Nationalismus Starčevićs und dem Faschismus Pavelićs in Einklang zu bringen. Er sah in den Ideologien und Ideen der genannten Persönlichkeiten ein Streben nach kroatischer Eigenstaatlichkeit. Obwohl die Ideologien drastisch auseinander gehen und kaum Gemeinsamkeiten haben, stellte ihre Vereinheitlichung überhaupt keine Problematik für Tuđman dar.<sup>257</sup> Des Weiteren sollte die Einheit und Identität des kroatischen Volkes durch die bewusste Differenzierung gegenüber den Serben besser zum Ausdruck kommen. Diese Unterscheidung begründete Tuđman mit kulturellen, historischen und geographischen Aspekten. Seiner Ansicht nach gehörten Kroaten zu einer anderen Kultur und Zivilisation als die Serben. Kroaten seien Teil des westlichen Europas sowie der mediterranen Kultur, im Gegensatz zu den Serben, die dem „Osten“ angehören. Die Serben waren seiner Ansicht nach ein „östliches“ Volk wie Albaner oder Türken, die dem byzantinischen Kulturkreis angehören. Trotz der gemeinsamen Sprache könne man aufgrund der kulturellen und historischen Differenzen nicht zusammengehören. Neben diesen und noch vielen anderen Vergleichen wies er auch oft auf die Zeit der osmanischen Invasion in Europa hin, in der

---

vor Durchführung der ersten freien Wahlen für den Erhalt des Gesamtstaates ausgesprochen hatte.“ Sundhaussen, *Geschichte Serbiens*, 414f.

<sup>255</sup> Höpken, *Unfähigkeit*, 54f.

<sup>256</sup> Robert M. Hayden, *Recounting the Dead. The Discovery and Redefinition of Wartime Massacres in Late- and Post-Communist Yugoslavia*, in: Rubie S. Watson (Hg.), *Memory, History and Opposition Under State Socialism*, Santa Fe 1994, 167–184, hier 176.

<sup>257</sup> Alex J. Bellamy, *The Formation of Croatian National Identity. A centuries-old dream?*, Manchester/New York 2003, 67f.

---

„Kroatien“ die Rolle des „Antemurale Christianitatis“ innehatte. In diesem Sinne sah er auch das neue Kroatien als ein Bollwerk gegen die Wiederherstellung des Kommunismus und als Verfechter der Demokratie und Freiheit. Zusammenfassen kann man sagen, dass Tuđman mit seiner Argumentation aufzeigen wollte, dass die Unterschiede zwischen Kroaten und Serben nicht die Unterschiede zweier Nationen waren, sondern vielmehr auf kulturellen Differenzen beruhten.<sup>258</sup>

Kurz vor seiner Wahl 1989 veröffentlichte Tuđman ein Buch, das wahrscheinlich als sein bekanntestes, aber auch kontroversestes Werk gilt. Die Kernaussage des Buches, „Irrwege der Geschichtswirklichkeit“<sup>259</sup> (Bespuća povijesne zbiljnosti), ist die absichtliche Verfälschung historischer Tatsachen der Kommunisten bezüglich der Rolle Kroatiens im zweiten Weltkrieg zwecks politischer Gründe. Laut Tuđman waren die Opferzahlen durch das Ustaša-Regime von den serbischen Historikern zu hoch gegriffen. Während man im kommunistischen Regime die Opfer der Ustaša auf zwei Millionen schätzte, hielt Tuđman die Zahl von 60.000 Opfern auf dem ganzen USK-Territorium für realistisch. Die übertriebenen Opferzahlen der Kommunisten begründete er mit der gewollten Unterdrückung des kroatischen Nationalbewusstseins nach dem Zweiten Weltkrieg. Den USK selbst sah er als legitimen Ausdruck kroatischer Staatlichkeit, obwohl er illegitim wurde. Trotz vieler kontroverser Aussagen und Tuđmans durchschimmerndem Antisemitismus, stellt sein Werk dennoch einen wichtigen Beitrag für die kroatische Geschichtsschreibung dar.<sup>260</sup>

Im Zuge der „demokratischen“ Transition Kroatiens lösten nationalistische Parolen und Symbole bei den Serben tiefe Verunsicherung aus. Tuđman versprach seinen Wählern die Errichtung eines demokratischen und souveränen Kroatiens in seinen „historischen Grenzen“, was bereits auf territoriale Ansprüche in Bosnien und Herzegowina schließen ließ.<sup>261</sup> Aussagen wie „Alle Menschen sind gleichberechtigt in Kroatien, aber es muss klar sein, wer Hausherr und wer Gast ist“ oder „Manche behaupten, meine Frau sei serbisch oder jüdisch – ich bin froh sagen zu können, dass sie weder serbisch noch jüdisch ist“, zeichneten Tuđman nicht gerade als einen Demokraten aus, sondern eher als Antisemiten und Rassisten. Die demokratisch gewählte HDZ war dank absoluter Mehrheit im kroatischen Sabor in der Lage, nahezu uneingeschränkt zu regieren. Die meisten führenden HDZ-Mitglieder kamen aus den Reihen der ehemaligen Kommunisten, die nach dem kroatischen Frühling die Partei verlassen hatten. Eine demokratisch geführte Politik war von diesen Amtsinhabern nicht zu erwarten, da

---

<sup>258</sup> Ebd., 68f.

<sup>259</sup> Franjo Tuđman, Irrwege der Geschichtswirklichkeit. Eine Abhandlung über die Geschichte und die Philosophie des Gewaltübels, Zagreb 1993.

<sup>260</sup> Bellamy, Formation, 70.

<sup>261</sup> Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 412f.

---

sie vom kommunistischen Stempel geprägt blieben. Dementsprechend übte die frühe HDZ ihre Regierungsgewalt in kommunistischer Manier durch ein Einparteiensystem aus. Der autoritäre Führungsstil Tuđmans wurde innerparteilich weitgehend akzeptiert, und von einer demokratischen Regierung konnte zu dieser Zeit keine Rede sein.<sup>262</sup>

Während das Milošević-Regime klar zum Ausdruck brachte, dass es die serbischen Gebiete außerhalb Serbiens um keinen Preis aufgeben werde, provozierte Tuđman mit einer nationalistischen Politik, die in eine bedenkliche Nähe zur Tradition des USK geriet.<sup>263</sup> Der Grund für die breite Akzeptanz des kroatischen Nationalismus war sicherlich den offensichtlichen großserbischen Ambitionen zu verdanken, die eine solche Reaktion nur begünstigten. Ivica Račan, damals noch Chef der kroatischen Kommunisten, beschrieb das Wechselspiel zwischen Belgrad und Tuđman folgendermaßen: „Miloševićs aggressive Politik war die beste Propaganda für Tuđman. Milošević schickte seine Banden nach Kroatien, die tanzten und sangen ‚Dies ist Serbien‘, was den Nationalstolz und die nationalistische Reaktion der Kroaten provozierte und freisetzte, die sich Tuđman wirkungsvoll zunutze machte.“<sup>264</sup>

Eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der HDZ in Kroatien spielten die Exilkroaten. Viele von ihnen, die nun massenweise in ihre Heimat strömten, waren wichtige Funktionäre oder sogar Täter im USK. Dennoch ging der jugoslawische Geheimdienst nicht gegen diese Einwanderer vor, obwohl genug Dokumente vorhanden waren, um die meisten von ihnen zu anzuklagen. Stattdessen hielt sich Belgrad zurück und unternahm kaum etwas für die Aufklärung der USK-Zeit.<sup>265</sup> Tuđman erkannte die Bedeutung der Exilkroaten für den Erfolg seiner Partei, vor allem aus finanziellen Gründen, und lud sie im Februar 1990 zu einem großen Treffen beim HDZ-Kongress ein. In seiner Rede<sup>266</sup> vor 2.500 Delegierten sprach er sich für das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität Kroatiens aus. Besonders besorgt über die Einreise zeigte sich die JVA, da sie viele der Emigranten schon seit mehreren Jahren suchte. Die Drohungen der JVA gegen die HDZ und andere nationalistische Oppositionen in Jugoslawien vermochten es nicht, deren Wählerschaft einzuschüchtern, sondern bewirkten eher das Gegenteil. Versuche, die Emigranten mithilfe der kroatischen Kommunisten

---

<sup>262</sup> Goldstein, Croatia, 210f.

<sup>263</sup> Funke, Ethnische Reinheit, 85.

<sup>264</sup> Laura Silber – Allan Little, Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe, Graz/Wien/Köln 21995, 86f.

<sup>265</sup> Malte Olschewski, Von den Karawanken bis zum Kosovo. Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Wien 2000, 73f.

<sup>266</sup> „Unsere Gegner sehen in unserem Programm nichts anderes als die Forderung nach der Wiederherstellung des unabhängigen kroatischen Ustascha-Staates. Diese Leute sehen nicht, daß dieser Staat keine Schöpfung von faschistischen Kriminellen war. Er stand auch für das historische Streben des kroatischen Volkes nach einem unabhängigen Staat. Sie wußten, daß Hitler vorhatte, eine neue europäische Ordnung zu errichten.“ Zitiert nach ebd., 89.

---

aufzuhalten, scheiterten ebenfalls, da diese die JVA dafür verantwortlich machten, nicht genug gegen Milošević getan zu haben.<sup>267</sup>

Nachdem serbische Intellektuelle aus Kroatien bereits im Sommer 1989 eine kulturelle Autonomie in Kroatien gefordert hatten, gründeten unter anderen der Psychiater Jovan Rašković im Februar 1990 die Serbische Demokratische Partei (Srpska Demokratska Stranka, SDS). Zwei Monate später gewann die nationalistische SDS bei den Wahlen in Kroatien nur ein Drittel der serbischen Stimmen. Der größte Teil der Serben in Kroatien wählte die Reformkommunisten Račans. Trotz des Wahlsieges Tuđmans, der sich mit seiner nationalen Rhetorik und seinem antiserbischen Feldzug, der den kroatischen Staatsapparat vom überproportionalen serbischen Anteil befreien sollte, die Ungunst der Serben zuzog, war er bereit, mit ihren politischen Vertretern Kompromisse einzugehen. Dazu traf er Rašković, dem er das Amt des Vizepräsidenten anbot und ihm seine Bereitschaft zeigte, über die geforderte kulturelle Autonomie zu verhandeln. Für Rašković waren Tuđmans Zugeständnisse nicht ausreichend, da er eine umfassendere kulturelle Autonomie und die Aufrechterhaltung des Status der Serben als konstitutives Volk in der neuen kroatischen Verfassung forderte. Vor dem Gespräch mit Tuđman ließ sich Rašković von den führenden Köpfen in Belgrad beraten, die ihm die Ablehnung der Angebote Tuđmans und die Boykottierung des kroatischen Parlaments ans Herz legten.<sup>268</sup>

Rašković, der in Belgrad als ein Gemäßigter galt, lehnte die territoriale Herauslösung der Serben aus der Republik Kroatien ab. Seiner Ansicht nach würden die Serben dem kroatischen Volk erst dann das Recht auf einen eigenen Staat zukommen würde, wenn ihnen und anderen Völkern eine gleichberechtigte Stellung im Staat zustünde. Einen Staat im Staate würde man nicht beanspruchen, dafür aber eine Autonomie, die den Serben das Recht auf ihre eigene Sprache, Schrift, Schulen, Bildungsprogramme, Verlagshäuser und Zeitungen sichern sollte. Für Tuđman waren diese Forderungen inakzeptabel, weil er die Autonomie als ein Hindernis auf dem Weg zur Schaffung eines kroatischen Nationalstaates betrachtete.<sup>269</sup> Der kroatische Verfassungsvorschlag vom 28. Juni (Veitstag) 1990 machte deutlich, dass die Serben im neuen kroatischen Staat ohne ihre bisherigen privilegierten Stellungen bleiben würden. Einerseits als Kommunisten und Partisanen, andererseits als gleichgestelltes Staatsvolk. Besonders aber die von den serbischen Medien und Politikern propagierte Ustaša-Phobie, die aufgrund der nationalistischen Politik der HDZ auch einigermaßen glaubwürdig

---

<sup>267</sup> Ebd., 88–94.

<sup>268</sup> Sabrina P. Ramet, *Balkan Babel. The Disintegration Of Yugoslavia From The Death Of Tito To The Fall Of Milošević*, Boulder<sup>4</sup>2002, 57.

<sup>269</sup> Silber, *Bruderkrieg*, 102f.

---

erschien, verängstigte und verunsicherte die serbische Bevölkerung. Die Umstände machten sich die führenden nationalistischen Serben zunutze und reagierten in den von ihnen als „mehrheitlich serbisch bewohnten“ proklamierten Region „Krajina“ mit einer bewaffneten Mobilisierung.<sup>270</sup>

Die Gespräche zwischen Tuđman und Rašković wurden in der kroatischen Wochenzeitung „Danas“ veröffentlicht, mit der Absicht, Rašković und seine SDS zu diskreditieren. Tatsächlich verlor Rašković bei seinen Anhängern an Ansehen, jedoch bewirkte diese Strategie Tuđmans eine Radikalisierung innerhalb der SDS. Während Rašković mit Tuđman in Zagreb verhandelte, bereitete der von Belgrad gelenkte Zahnarzt und Bürgermeister der Stadt Knin, Milan Babić, einen bewaffneten Aufstand der Serben vor. Der im Juli 1990 von den kroatischen Serben gegründete „Serbische Nationalrat“ war der erste Schritt zur territorialen Autonomie und in weiterer Folge, nämlich des endgültigen Zerfalls Jugoslawiens, zur Sezession von Kroatien. Damit begann die serbische Revolte gegen Kroatien bereits elf Monate vor der kroatischen Unabhängigkeitserklärung. Der Serbische Nationalrat führte im August und September 1990 ein verfassungswidriges Referendum über die Autonomie der „Krajina“ durch, zu dem alle 567.317 Serben – die sowohl in als auch außerhalb Kroatiens lebten – eingeladen wurden. Der Grundgedanke hinter diesem Vorhaben basierte auf der Überzeugung, dass die kroatischen Serben das Recht hätten, in Restjugoslawien zu verbleiben, auch wenn sich Kroatien von Jugoslawien abspaltete. Für die Autonomie stimmten 567.127 Wähler. Die jugoslawische Presseagentur Tanjug berichtete, dass die Anzahl der Stimmen für die Autonomie von den zur Wahl angetretenen Wählern außerhalb Kroatiens (189.422) höher war als deren tatsächliche Anzahl (183.464), was dafür spricht, dass etliche Wähler mehrmals wählten oder Stimmen mehrmals gezählt wurden.<sup>271</sup>

Die Hauptinitiatoren der bewaffneten Mobilisierung unter der Weisung Belgrads, Babić und Milan Martić, der Polizeichef aus Knin, verweigerten die Anerkennung der neuen Regierung Kroatiens und lehnten die neu eingeführten kroatischen Polizeiuniformen ab, zumal diese mit dem kroatischen Wappen<sup>272</sup> bestückt waren, das in ihren Augen ein

---

<sup>270</sup> Andrea Friemann, „Brennpunkt Krajina“. Ethnische Säuberungen im Kroatien der neunziger Jahre, in: Ulf Brunnbauer – Michael G. Esch – Holm Sundhaussen (Hgg.), *Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung. „Ethnische Säuberungen“ im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts*, Geschichte: Forschung und Wissenschaft 9, Berlin 2006, 169–186, hier 177f.

<sup>271</sup> Ramet, Babel, 57f.

<sup>272</sup> Das Wappen der Republik Kroatien in Form eines rot-weißen Schachbrettmusters (Šahovnica) ist eine Abwandlung des historischen kroatischen Wappens, das sowohl im ersten als auch im zweiten Jugoslawien Verwendung fand. Zur Zeit des USK wurde es von den herrschenden Machthabern für ihre Zwecke und Ideologien missbraucht. Charakteristisch für das Wappen des USK ist das erste silberne (weiße) Feld, weswegen diese Version der Šahovnica heute in der Öffentlichkeit als „Ustaša-Wappen“ gilt, obwohl es in vielen älteren Abbildungen auch mit dem ersten weißen Feld dargestellt wird. Siehe dazu Mario Jareb, *Hrvatski nacionalni simboli*, Zagreb 2010, 361–369.

---

faschistisches Ustaša-Symbol aus der Zeit des USK darstellte, unter welchem unzählige Serben ermordet wurden. Deshalb war es für die mehrheitlich serbischen Polizisten aus Knin, den Ursprungsort der serbischen Rebellion, und anderen „serbischen“ Gemeinden unannehmbar, diese Uniformen zu tragen. In Zagreb empfand man das eigenwillige Handeln der Kniner Polizei als Provokation, schickte aber vorerst nur eine Delegation nach Knin, um mit den Aufständischen zu verhandeln. Bei der Diskussion zwischen der kroatischen Delegation und den serbischen Polizisten kam es zu keinem Übereinkommen. Die Delegation sah sich angesichts des fruchtlosen Gesprächs, das mit einem Streit endete, und in Anbetracht mehrerer serbischer Demonstranten, die vor dem Verhandlungsgebäude gegen sie wütend protestierten, genötigt, aus Knin zu flüchten.<sup>273</sup>

Der nächste Schritt der kroatischen Regierung, die das Referendum und den Aufstand in Knin als rechtswidrig erachtete, war die Entsendung von Polizeieinheiten nach Knin, um die dortigen Aufständischen zu entwaffnen. Die kroatischen Polizeieinheiten wurden aber schon auf ihrem Weg nach Knin von der JVA aufgehalten und zum Rückzug aufgefordert. Die serbischen Medien aus Knin und Belgrad deuten diese Aktion als Angriff der „Ustaša“ auf das serbische Volk. Mit panischer Angst erwarteten viele Serben einen Überfall der „genozidalen“ Kroaten und in der Gemeinde Knin wurde sogar der Kriegszustand ausgerufen.<sup>274</sup> Währenddessen rückte die JVA in die Straßen von Knin vor und übernahm die Kontrolle der öffentlichen Gebäude. Das kroatische Innenministerium beschuldigte die jugoslawischen Bundesbehörden für den Missbrauch der JVA gegen das Vorgehen der legitimen kroatischen Polizeibehörden. Belgrad hingegen verteidigte die „Schutzmaßnahmen“ der JVA, da Kroatien einen Völkermord gegen die Serben in der Krajina vorbereitet hätte.<sup>275</sup>

Am 17. Oktober 1990 blockierten aufständische serbische Milizen wichtige Verkehrswege zwischen Nord- und Südkroatien in der Region um Knin durch das Aufstellen von Barrikaden und Baumstämmen auf den Straßen.<sup>276</sup> Kroatische Medien und Politiker verharmlosten den Aufstand der kroatischen Serben, indem sie die Straßenblockaden als eine kopflose Aktion einer kleinen Gruppe von Extremisten darstellten. Tatsächlich war die Operation sehr genau geplant und von Belgrad aus organisiert worden. Die direkten Konsequenzen der sogenannten „Baumstammrevolution“ („Balvan revolucija“) wirkten sich besonders verheerend auf die Wirtschaft und den Fremdenverkehr aus. Der Zugverkehr über Knin kam zum Stillstand, der

---

<sup>273</sup> Hannes Grandits – Carolin Leutloff, Diskurse, Akteure, Gewalt – Betrachtungen zur Organisation von Kriegseskalation am Beispiel der Krajina in Kroatien 1990/91, in: Wolfgang Höpken – Michael Riekenberg (Hgg.), Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika, Köln/Weimar/Wien 2001, 227–257, hier 239f.

<sup>274</sup> Valentić, Rat, 89f.

<sup>275</sup> Silber, Bruderkrieg, 111.

<sup>276</sup> Slavko Degoricija, Nije bilo uzalud, Zagreb 2008, 34f.

Schiffsverkehr in den Häfen von Zadar, Šibenik und Split wurde durch Blockaden fast gänzlich gelähmt. Insgesamt beliefen sich die Schätzungen der direkten und indirekten verursachten Schäden in der ersten Woche auf ungefähr 200 Millionen US-Dollar.<sup>277</sup>



Karte 5: Jugoslawien 1945 – 1991, Quelle: Ivo Goldstein, Croatia. A History, London 1999, 161.

<sup>277</sup> Goldstein, Croatia, 218f.

---

## 4. Der Krieg in Kroatien und seine Auswirkungen

Im Mai 1990 begann die JVA, Waffen der slowenischen Territorialverteidigung<sup>278</sup> zu beschlagnahmen. Ungefähr zur selben Zeit konfiszierte man auch die Waffen der Territorialverteidigung Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas, außer in serbisch bewohnten Gebieten, wo die Waffenbestände zur Bewaffnung serbischer Milizen verwendet wurden. Die JVA beteiligte sich selbst auch bei der Ausbildung und Bewaffnung von serbischen Milizverbänden, entließ slowenische sowie kroatische Offiziere und ersetzte sie stattdessen durch serbische Militärs.<sup>279</sup> Kroatien blieb durch die Entwaffnungen der JVA im Gegensatz zu Slowenien, das immerhin 30 Prozent des Waffenarsenals nach einem erfolgreichen Aufhalten des JVA-Entwaffnungsprogramms übrig hatte, nahezu wehrlos. Die kroatische Regierung sah sich aus diesem Grund gezwungen, die Polizeistreitkräfte in eine Armee umzufunktionieren. Dazu mussten Waffen aus dem Ausland eingekauft und über die Grenzen geschmuggelt werden. Massenweise Entlassungen von Serben aus der kroatischen Polizei und anderen staatlichen Diensten sollten den kroatischen Staatsapparat „entserben“. Der damalige Verteidigungsminister Martin Špegelj schlug sogar vor, die JVA-Kasernen in Kroatien von kroatischen Polizeieinheiten belagern zu lassen, um deren Nachschub und Versorgung zu unterbinden, bis die Soldaten in den Kasernen selbst resignieren würden. Bei diesem Plan ging es um die sofortige Entwaffnung der JVA, wodurch Kroatien in einer besseren Machtposition gewesen wäre und somit ein Krieg eher hätte verhindert werden können. Tuđman lehnte diese Vorhaben jedoch ab, da es zu diesem Zeitpunkt keine realistische Möglichkeit gab, weder die JVA noch die Aufständischen in Knin zu entwaffnen. Außerdem, meinte er, wären die Kroaten für das Ausführen eines solchen Vorhabens von der Weltgemeinschaft als „gesetzlose Separatisten“ verurteilt worden.<sup>280</sup>

Einen Tag vor der Verabschiedung der neuen kroatischen Verfassung am 22. Dezember 1990, beschloss die SDS das „Statut der serbischen autonomen Provinz Krajina“ und kündigte die Errichtung dreier serbisch autonomer Provinzen in Kroatien an, welche im Fall einer Sezession Kroatiens die Unabhängigkeit ausrufen würden: die „Serbische Autonome Provinz (SAP) Kniner Krajina“ („SAO Kninska Krajina“, Gebiete des nördlichen Dalmatiens, Lika,

---

<sup>278</sup> Jeder Republik unterstand seit 1969 eine eigene Territorialverteidigung (Teritorijalna obrana, TO), die unabhängig von der JVA organisiert und zur Verteidigung potentieller Angriffe von außen veranlasst war. Das Konzept dieser „allgemeinen nationalen Verteidigung“ sollte eine schnelle und umfangreiche Mobilisierung der ganzen wehrfähigen Bevölkerung im Fall einer fremden Invasion gewährleisten. Aleksandar Pavković, *The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism and War in the Balkans*, Basingstoke 2000, 58.

<sup>279</sup> Ramet, Babel, 58.

<sup>280</sup> Silber, *Bruderkrieg*, 115–120.

---

Kordun und Banija), die „SAP Westslawonien“ („SAO Zapadna Slavonija“, Teile Westslawoniens) und die „SAP Ostslawonien, Baranja und westliches Syrmien“ („SAO Istočna Slavonija, Baranja i Zapadni Srijem“, Gebiete im östlichsten Teil Slawoniens). Aus dem Zusammenschluss dieser drei selbsternannten autonomen Bezirke sollte sich im drauffolgenden Jahr ein serbischer Parastaat in Kroatien herausbilden.<sup>281</sup> Am 28. Februar 1991 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung der ausgerufenen „SAO Krajina“. Die kroatische Verfassung wurde als ungültig erklärt.<sup>282</sup>

Anfang März 1991 spitze sich die Lage zunehmend zu, als lokale Serben die kroatische Polizei im westslawonischen Ort Pakrac entwaffneten. Nach der darauffolgenden Intervention kroatischer polizeilicher Spezialeinheiten stellte sich die JVA zwischen die zwei verfeindeten Seiten, um weitere Zusammenstöße zu verhindern. Ende März nahmen serbische Aufständische das Gebiet des bekannten Nationalparks Plitvicer Seen ein. Dabei kam es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der kroatischen Polizei, die die ersten zwei Toten im kroatisch-serbischen Konflikt forderte – einen kroatischen Polizisten und einen serbischen Aufständischen.<sup>283</sup> Das Ereignis ging in Kroatien als „Blutiges Ostern an den Plitvicer Seen“ („Krvavi Uskrs na Plitvicama“) und der kroatische Polizist Josip Jović als erstes Opfer des „Heimatkrieges“ („Domovinski Rat“) in die Geschichte ein. Ebenso wie Jović als Märtyrer in den kroatischen Medien dargestellt wurde, stilisierten serbische Medien den gefallenen Milizionär Rajko Vukadinović als Helden des serbischen Volkes. Die kroatische Polizei vertrieb die serbischen Aufständischen, nahm etliche von ihnen fest und brachte das Territorium des Nationalparks wieder unter kroatische Hoheit. Nach einem eigenmächtigen Beschluss in Belgrad schritt die JVA wieder ein und besetzte das Gebiet des Nationalparks, unter dem Vorwand, die verfeindeten Parteien voneinander zu halten. Weitere strategisch wichtige Punkte in Kroatien kamen wenige Zeit später ebenfalls unter die Kontrolle der Bundesarmee. Die Errichtung dieser JVA-„Pufferzonen“ diente in Wirklichkeit nicht der Prävention ethnischer Konflikte, sondern einer dauerhaften Sicherung der von den Krajina-Serben okkupierten Gebiete.<sup>284</sup> Der slowenische Präsident Milan Kučan befürchtete angesichts der Vorgehensweise der JVA in Kroatien, die die inneren Grenzen Jugoslawiens neu zu gestalten schien, einen Putsch in Slowenien, der eine Unabhängigkeitserklärung Sloweniens gänzlich hätte verhindern können. Aus diesem Grund kündigte er an, die

---

<sup>281</sup> Mark Biondich, Croatia, in: Richard Frucht (Hg.), Eastern Europe. An Introduction to the People, Lands, and Culture, Santa Barbara 2005, 413–476, hier 435; Janusz Bugajski, Ethnic Politics in Eastern Europe. A Guide to Nationality Policies, Organizations, and Parties, Armonk/London 1995, 63.

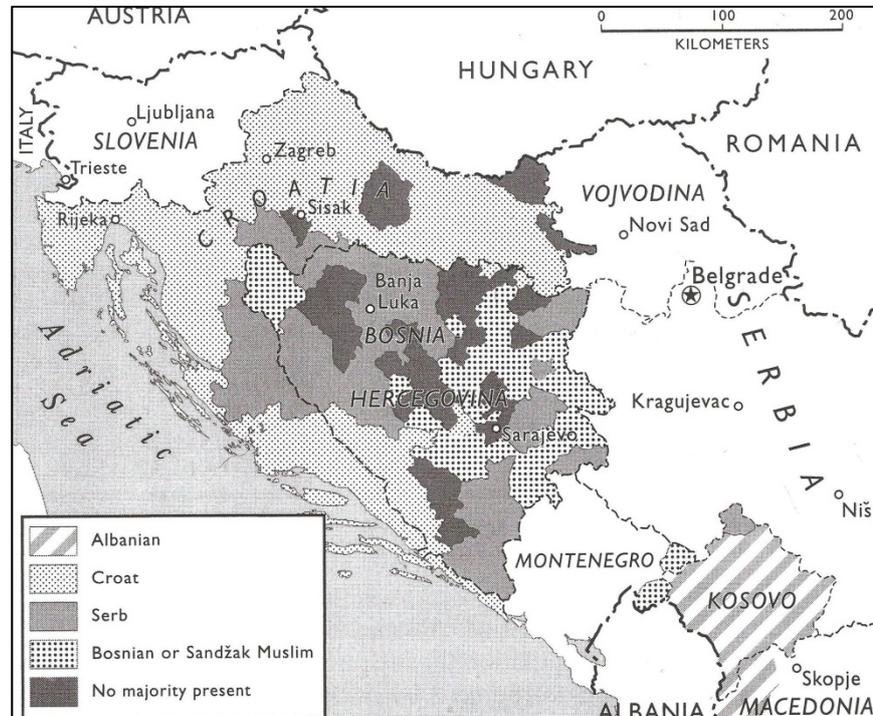
<sup>282</sup> Zeitler, Rolle, 74.

<sup>283</sup> Goldstein, Croatia, 220f.

<sup>284</sup> Olschewski, Karawanken, 33.

slowenische Nationalversammlung zusammenzurufen, um so schnell wie möglich die Unabhängigkeit von Jugoslawien zu erklären. Tuđman schloss sich Kučans Vorhaben an und machte deutlich, er trete zwar für eine jugoslawische Konföderation ein, jedoch werde Kroatien nicht zögern, sich von Jugoslawien abzuspalten, wenn Slowenien diesen Schritt mache.<sup>285</sup>

Zu dieser Zeit hatte die kroatische Regierung bereits Beweise, dass die JVA Serben in mehreren Dörfern Kroatiens bewaffnete. Umso verwunderlicher war es, dass der kroatische Premierminister Stjepan Mesić in einem Verhandlungsgespräch mit dem amtierenden Bundespräsidenten



Jugoslawiens, Borisav Jović, von diesem erfuhr,

Karte 6: Ethnische Mehrheiten in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Kosovo, Quelle: Lampe, Jugoslawia, 331.

dass Serbien weder Interesse am kroatischen Territorium noch an den kroatischen Serben habe und die Bewaffnung der serbischen Aufständischen eine innerkroatische Angelegenheit sei, die Kroatien selbst lösen müsse. Jović betonte im Gespräch mit Mesić, dass Serbien an zwei Dritteln Bosniens interessiert sei. Daraufhin schlug Mesić ein Treffen mit Tuđman, Milošević, Jović und ihm selbst vor. Tuđman, der Kroatien in den Grenzen der kroatischen Banschaft von 1939 wiederherstellen wollte, bestand aber auf einem alleinigen Treffen mit Milošević. Am 30. März trafen sich Tuđman und Milošević in Karadorđevo, wo sie die Aufteilung Bosniens zwischen Kroatien und Serbien besprachen. Nach dem streng geheimen Treffen sah sich Tuđman zuversichtlich, zumal die JVA versprochen hatte, Kroatien nicht anzugreifen und Milošević Tuđman ein Drittel Bosniens zur Annexion zugesichert hatte.<sup>286</sup>

Die schon sehr angespannte Lage eskalierte am 1. Mai als vier kroatische Polizisten in dem mit serbischer Mehrheit bewohnten Borovo Selo, einem Vorort von Vukovar,

<sup>285</sup> Silber, Bruderkrieg, 156f.

<sup>286</sup> Ramet, Babel, 62f.

---

versuchten, die Bundesfahne durch die kroatische Flagge zu ersetzen. Bei dem Versuch wurden zwei der Polizisten nach einem Schusswechsel verwundet und von bewaffneten Serben gefangen genommen, die anderen beiden konnten fliehen. Dies veranlasste die kroatischen Behörden aus Osijek, einen 150 Mann starken Polizeikonvoi nach Borovo Selo zu entsenden, um die zwei gefangenen Kollegen zu befreien. Die Serben aus Borovo waren bereits auf das Eintreffen vorbereitet und erwarteten sie mit Freiwilligen aus Serbien. Die kroatischen Polizisten gerieten in einen Hinterhalt und wurden von allen Seiten beschossen. Beim dem Feuergefecht kamen zwölf kroatische Polizisten ums Leben und etliche von ihnen wurden verletzt. Die Folterung der Gefangenen und die anschließende Verstümmelung der Leichen von serbischen Paramilitärs entfachte über die Medien in der kroatischen Gesellschaft eine Welle des Hasses gegenüber Serben, deren bereits negativ dargestelltes Bild in Form eines bestialischen Charakters noch mehr stigmatisiert wurde.<sup>287</sup>

Am 19. Mai 1991 fand in Kroatien ein Referendum statt, bei dem 93,2 Prozent der Wähler und Wählerinnen für ein unabhängiges und souveränes Kroatien stimmten. Von den Krajina-Serben wurde die Wahl größtenteils boykottiert. Die Wahlbeteiligung lag bei 83,6 Prozent. Wenige Tage vor dem kroatischen Referendum hielten die Krajina-Serben ihr eigenes Referendum ab. Angeblich votierte 99 Prozent der Wählerschaft für eine Vereinigung der autonom erklärten Region Krajina mit Serbien bzw. für den Verbleib in Rest-Jugoslawien.<sup>288</sup> Offiziell distanzierte sich Belgrad von dieser Abstimmung. Kroatien erklärte das Autonomie-Statut für verfassungswidrig. Während der serbischen Unabhängigkeitsbestrebungen in Kroatien nahm die Krajina durch die Implementierung eigener Gesetze sowie einer eigenen Verwaltung und Polizei bereits eigenstaatliche Formen an. Doch schon vor den bewaffneten Auseinandersetzungen hatten sich Teile der serbisch besiedelten Gebiete längst der kroatischen Hoheitsgewalt entzogen. Etwa die Hälfte der kroatischen Serben lebte in der Krajina. Viele von ihnen, die sich nicht den nationalistischen Tendenzen fügten, wurden entweder wegen ihrer „politischen Unverlässlichkeit“ zusammen mit der nicht-serbischen Bevölkerung vertrieben oder sie flohen aus den umkämpften Regionen.<sup>289</sup>

Auf die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien am 25. Mai 1991 folgte einen Tag später der Angriff der JVA auf Slowenien. Der zehntägige Krieg endete verheerend für die JVA, deren unmotivierte und unerfahrene Soldaten mit dem Widerstand der äußerst gut vorbereiteten slowenischen Territorialverteidigung schwer zu kämpfen hatten. Der Grund

---

<sup>287</sup> Gregory Kent, *Framing War And Genocide. British Policy and News Media Reaction to the War in Bosnia*, Cresskill 2006, 37; Daniel Chirot – Clark McCauley, *Why Not Kill Them All? The Logic and Prevention of Mass Political Murder*, Princeton 2006, 69; Funke, *Ethnische Reinheit*, 90; Olschewski, *Karawanken*, 33.

<sup>288</sup> Goldstein, *Croatia*, 222.

<sup>289</sup> Zeitler, *Rolle*, 74f.

---

für die rasche Beilegung des Konflikts war einerseits der europäischen Vermittlungsinitiative zu verdanken und andererseits der Verlagerung der Interessen Serbiens auf Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die im Gegensatz zu Slowenien ethnisch nicht homogen waren. Milošević kündigte bereits im Jänner an, im Falle einer Umordnung der föderalen Struktur Jugoslawiens in eine lose Konföderation, die serbisch bevölkerten Gebiete Kroatiens und Bosniens zu annektierten.<sup>290</sup>

Die Bundesarmee zog sich Ende Juli von Slowenien nach Kroatien zurück und unterstützte immer offener die serbische Minderheit. Neben der JVA schlossen sich auch paramilitärische Verbände aus Serbien den Krajina-Serben an. Von einer Volksarmee konnte schon längst nicht mehr die Rede sein, zumal die JVA von Belgrad aus für die Durchsetzung großserbischer Ziele gesteuert wurde. Immer mehr Nicht-Serben leisteten den Einberufungsbefehlen keine Folge mehr oder desertierten.<sup>291</sup>

Der Rückzug der JVA aus Slowenien machte deutlich, dass es nicht mehr um die Erhaltung des gemeinsamen Staates ging, sondern um Angliederung der serbisch bewohnten Gebiete außerhalb Serbiens an Rest-Jugoslawien. In Kroatien erwartete man bereits den Krieg, doch Tuđman verhielt sich zurückhaltend und setzte auf Verhandlungen, da er eine militärische Auseinandersetzung mit der JVA noch für zu gefährlich hielt. Seine Kritiker, die ihm vorwarfen, zu passiv und unentschlossen zu handeln, drängten auf eine Kriegserklärung. Entgegen dem Druck der Opposition und der Kritik aus eigenen Reihen gab Tuđman nicht nach, denn für ihn war die Anerkennung Kroatiens von der internationalen Gemeinschaft und nicht ein Krieg gegen Serbien die wichtigste Voraussetzung für die staatliche Unabhängigkeit, zumal dadurch auch mit der Unterstützung der demokratischen Welt gerechnet werden konnte.<sup>292</sup>

Im Juli und August 1991 nahmen Milizen der Krajina-Serben unter dem Kommando von Martić schrittweise kroatisches Territorium ein. Dorf für Dorf wurde unter der Rückendeckung der JVA erobert, die stets zur „Trennung der Konfliktparteien“ bereitstand. Am 26. August nahm die JVA, nachdem die serbische Bevölkerung bereits zur Evakuierung aufgefordert wurde, das fast ausschließlich kroatisch bewohnte Dorf Kijevo mit schweren Waffen unter Beschuss, welches sich innerhalb des serbisch kontrollierten Gebietes befand. Zuvor wurde der kroatischen Polizei ein Ultimatum gestellt, das Dorf innerhalb von 48

---

<sup>290</sup> Oto Luthar (Hg.), *The Land Between. A History of Slovenia*, Frankfurt am Main 2008, 510–512; Arno Weckbecker, *Die politischen und ökonomischen Systeme der Nachfolgestaaten (1990–1996)*, in: Jürgen Elvert (Hg.), *Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart*, Stuttgart 1997, 255–336, hier 322.

<sup>291</sup> Sundhaussen, *Geschichte Serbiens*, 416f.

<sup>292</sup> Silber, *Bruderkrieg*, 195f.

---

Stunden zu verlassen, was sie jedoch ablehnte. Nachdem der Widerstand gebrochen war, eroberten und plünderten serbische Freischärler das Dorf. Kijevo wurde zum ersten Opfer der sogenannten „ethnischen Säuberung“ in Jugoslawien und sollte als Musterbeispiel für die weitere serbische Offensivstrategie und dem Zusammenspiel zwischen JVA und Paramilitärs dienen. Ende Oktober stand ungefähr ein Drittel Kroatiens unter der Kontrolle der serbischen Aufständischen.<sup>293</sup> Die jugoslawische Presseagentur gab am 13. August bekannt, dass seit dem Beginn der Kämpfe in Kroatien 90.000 Menschen ihre Heime verlassen mussten. Davon flohen 48.161 Serben nach Serbien, 30.651 Kroaten wurden innerhalb der kroatischen kontrollierten Teile Kroatiens versetzt, weitere 10.000 Flüchtlinge wanderten nach Bosnien-Herzegowina aus und etliche tausend Menschen emigrierten nach Ungarn.<sup>294</sup>

Während die Kampfhandlungen zwischen den paramilitärischen Einheiten<sup>295</sup> beider Seiten schon in vollem Gange waren, stand eine massive Offensive der JVA erst noch bevor. Am 22. August stellte Präsident Tuđman die JVA vor ein Ultimatum, das einen Rückzug der gesamten Bundesarmee aus Kroatien forderte. Sollte die Forderung ignoriert werden, müsste man die JVA als okkupierende Streitmacht behandeln. Drei Tage später erfolgte ein großangelegter Angriff der JVA und serbischer paramilitärischer Einheiten auf die ostslawonische Stadt Vukovar. Bei der Schlacht um Vukovar gelang es dem zahlenmäßig und waffentechnisch deutlich unterlegenen kroatischen Widerstand 87 Tage lang die Stadt zu halten, bevor sie nach heftigem Beschuss schwerer Artillerie und Luftangriffen fast vollkommen zerstört und eingenommen werden konnte. Nach den fast dreimonatigen Kämpfen wurden die übriggebliebenen kroatischen Kämpfer getötet oder in serbische Internierungslager gebracht, zahlreiche überlebende Zivilisten misshandelte man und vertrieb sie aus der Stadt.<sup>296</sup> Für Serbien und die serbischen Aufständischen in Kroatien war die Eroberung Vukovars aufgrund hoher Verluste im personellen und materiellen Bereich nur ein Pyrrhussieg. Auf der anderen Seite gab die Belagerung Kroatiens genügend Zeit, um sich zu

---

<sup>293</sup> Erich Rathfelder, Der Krieg an seinen Schauplätzen, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 344–361, hier 347; Silber, Bruderkrieg, 196f.

<sup>294</sup> Daniel Bethlehem – Marc Weller (Hgg.), The ‘Yugoslav Crisis’ in International Law. Part I, General Issues, Cambridge International Documents Series 5, Cambridge 1997, xxix.

<sup>295</sup> Vor allem die paramilitärischen Einheiten brachten ihre nationalistische Gesinnung durch die Symbolik ihrer Vorbilder und vermeintlichen Vorfahren aus dem Zweiten Weltkrieg stark zum Ausdruck. Auf serbischer Seite trat man in die Fußstapfen der Četniks, wohingegen auf kroatischer Seite die Ustaša-Tradition gepflegt wurde. Diese brutal vorgehenden Einheiten, die an Folterungen, Vergewaltigungen, Plünderungen und bestialischen Ermordungen beteiligt waren, schockierten die Welt mit ihrer Grausamkeit. Ihre Zahl war zwar gering, jedoch hinterließen sie tiefe Wunden, die besonders durch die Medien intensiv verbreitet wurden und den Hass zwischen den betroffenen Ethnien noch mehr vertieften. Oftmals gingen sie ohne nationalistische Motive vor und waren in den meisten Fällen profitorientiert. Für die politische Führung lag ihr Nutzen vor allem in der Einschüchterung des Gegners und in der Durchführung von „ethnischen Säuberungen“. Mihailo Crnobrnja, The Yugoslav Drama, Montreal <sup>2</sup>1996, 169–171.

<sup>296</sup> Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, 196.

---

reorganisieren und eine schlagfertige Armee aufzubauen, die den weiteren Vormarsch der Angreifer aufhalten und sogar einige Offensivoperationen in Westslawonien ausführen konnte. Die Wende des Kräfteverhältnisses war sicherlich auch ausschlaggebend für die Zustimmung Belgrads zu einem Waffenstillstand und zum Rückzug der JVA aus Kroatien Anfang 1992.<sup>297</sup>

Die kroatische Regierung beschloss, nach der Zerstörung von Kijevo einen Gegenangriff durchzuführen, der am 14. September durch die Belagerung aller Kasernen der JVA in Kroatien, die sich in fast allen größeren Städten befanden, in die Wege geleitet wurde. Die JVA erwiderte auf den koordinierten Angriff der kroatischen Einheiten mit der Blockade aller größeren Häfen in Kroatien.<sup>298</sup> Des Weiteren gaben die Belagerungen der Kasernen der „Volksarmee“ nun die Berechtigung, in die schon vorher geplante Offensive gegen Kroatien zu gehen und das Land einzunehmen. Ende November gab es für die JVA keine realistische Möglichkeit mehr, die Belagerungen zu durchbrechen, zumal die Kasernen, neben der hohen Anzahl an Fahnenflüchtigen und äußerst schlechter Kampfmoral, auch ausgesprochen unterbemannt waren.<sup>299</sup> Am ersten Oktober begann noch während der Kämpfe um Vukovar die Belagerung von Dubrovnik. „Die Perle der Adria“ und ihr Umland mussten ebenfalls großen materiellen Schaden durch Artilleriebeschuss erleiden. Im Gegensatz zu Vukovar, wo eine sehr gemischte ethnische Zusammensetzung zu verzeichnen war, blieben die Angriffsmotive bei der Belagerung Dubrovniks fraglich. Es gab weder JVA-Einrichtungen noch einen nennenswerten serbischen Bevölkerungsanteil, die man „verteidigen“ konnte.<sup>300</sup>

Die JNA und die lokalen serbischen Streitkräfte in Kroatien trieben bis Ende Dezember ungefähr eine halbe Million Menschen aus den eingenommenen Gebieten in die Flucht. Bis zu 40 Prozent der kroatischen Betriebe waren vollkommen zerstört und die geschätzten Wiederaufbaukosten beliefen sich auf 18,7 Milliarden US-Dollar. Zur selben Zeit waren die Serben in den kroatischen Gebieten der Diskriminierung verschiedenster Art ausgesetzt, vor allem in den Städten, die sich in der Nähe der Frontlinien befanden. Tausende von ihnen flohen aufgrund dessen in die serbisch kontrollierten Gebiete. Während die serbischen Streitkräfte bei ihren Offensiven langsamer als geplant vorankamen, erwiesen sich die Belagerungen der JVA-Kasernen als erfolgreich. Nach wenigen Tagen ergaben sich die

---

<sup>297</sup> Predrag Jureković, Die Belagerung von Vukovar, in: Wolfram Prihoda – Jörg Aschenbrenner (Hgg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, Wien 2009, 395–401, hier 400.

<sup>298</sup> Olschewski, Karawanken, 47.

<sup>299</sup> Ramet, Babel, 68–70.

<sup>300</sup> Mile Bjelajac – Ozren Žunec, The War in Croatia, 1991–1995, in: Charles W. Ingrao – Thomas A. Emmert (Hgg.), Confronting the Yugoslav Controversies. A Scholars' Initiative, West Lafayette 2009, 230–271, hier 249–251.

Einheiten der JVA und hinterließen der kroatischen Armee wichtiges Kriegsmaterial, das sich entscheidend für den weiteren Verlauf des Krieges zeigen sollte. In Anbetracht des geänderten Kräfteverhältnisses änderte die JVA Mitte Oktober ihre Strategie: Da die Einnahme ganz Kroatiens nun unmöglich wurde, konzentrierte man sich auf die Sicherung der bereits eroberten Gebiete. Spätestens nach der Schlacht von Vukovar und der Belagerung von Dubrovnik gewann Kroatien in der internationalen Öffentlichkeit immer mehr Zuspruch, zumal durch die Berichterstattungen klar wurde, wer der Angreifer und wer der Angegriffene war.<sup>301</sup> So ging nun auch Tuđmans Ziel in Erfüllung, den „Krieg zu internationalisieren“ und die volle Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die kroatische Sache zu gewinnen.<sup>302</sup> Überlebenden kroatischen Verteidigern und rechtsradikalen Politikern zufolge habe Tuđman Vukovar aus diesem Grund absichtlich geopfert. Aber nicht nur für die Gunst der Weltöffentlichkeit, sondern auch aus strategischen Gründen, die Kroatien die nötige Zeit zum Aufbau einer schlagfertigen Armee gewährleistete. Diese Vorwürfe schienen nicht von ungefähr zu kommen, nachdem einer der Kommandeure der kroatischen Truppen in Vukovar, Mile Dedaković, offenlegte, dass die versprochene Verstärkung und die Waffenlieferung nach Vukovar nicht mehr eintrafen, obwohl die Stadt noch hätte verteidigt werden können.<sup>303</sup>

Die Umwandlung der „Serbisch Autonomen Provinz Krajina“ in die „Serbische Republik Krajina“ („Republika Srpska Krajina“) erfolgte am 19. Dezember 1991. Der Parastaat umfasste ein Gebiet von 17.000 Quadratkilometern, wobei der größere westliche Teil des Territoriums vom östlichen durch Slawonien getrennt war. Vor dem Krieg befanden sich auf diesen Gebieten über 30 Prozent Kroaten und zehn Prozent anderer Ethnien. Nach der



Karte 7: Serbisch okkupierten Gebiete in Kroatien („Republika Srpska Krajina“) während des Kroatienkrieges 1991 – 1995, Quelle: Carolin Leutloff-Grandits, *Claiming Ownership in Postwar Croatia. The Dynamics of Property Relations and Ethnic Conflict in the Knin Region*, Halle Studies in the Anthropology of Eurasia 9, Berlin/Münster 2006, 3.

<sup>301</sup> Goldstein, *Croatia*, 233–236; Ramet, *Balkan*, 69.

<sup>302</sup> Silber, *Bruderkrieg*, 218.

<sup>303</sup> James Gow, *Strategien und Kriegsziele*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden 2007, 362–376, hier 373; Malović, *People*, 134.

---

Ausrufung der „Republik“ verblieben nur mehr noch neun Prozent Nicht-Serben im neuen „Staat“. Die meisten Verhandlungsinitiativen der Europäischen Gemeinschaft (EG) blieben bis Ende des Jahres 1991 erfolglos. Auch die USA zeigten sich der weiteren Entwicklung in Jugoslawien gegenüber noch abwartend. Es herrschte angesichts der weltpolitischen Lage, die viele Politiker und Diplomaten überforderte, weder in der internationalen Gemeinschaft noch in der EG ein grundlegender Konsens über die vorliegende Problematik, was auch dazu führte, dass die uneinheitlichen vorgeschlagenen Problemansätze von den Konfliktparteien unterschiedlich interpretiert wurden.<sup>304</sup>

Am 23. Dezember 1991 entschloss sich die deutsche Regierung, Slowenien und Kroatien anzuerkennen. Diesem Schritt folgten die übrigen Länder der EG am 15. Jänner 1992. Völkerrechtlich gesehen war die Anerkennung Deutschlands<sup>305</sup> und der anderen Länder der EG sehr umstritten. Einerseits beschuldigte man die Staaten der EG der vorzeitigen Anerkennung, da sie den Konflikt nur verschärfen würde. Andererseits kritisierte Deutschland die zu späte Anerkennung, die eine militärische Hilfe gegen die Aggression Serbiens verwehrt und den Konflikt nicht rechtzeitig internationalisiert hätte.<sup>306</sup> Zu dieser Zeit erfüllte Kroatien tatsächlich nicht die europäischen Kriterien für eine völkerrechtliche Anerkennung, und es ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die damalige Haltung des Westens, die einen Erhalt Jugoslawiens befürwortete, das Milošević-Regime und die JVA dadurch zu einer militärischen Intervention in Kroatien ermutigte. Tatsächlich waren die frühzeitigen Anerkennungen nicht die Auslöser der kriegerischen Auseinandersetzungen, sondern die gewaltsamen Akte bewegten die Länder der EG, durch die Anerkennungen den Konflikt schneller beizulegen. Der Waffenstillstand wurde nach den Verhandlungen in Genf mit dem UN-Unterhändler Cyrus Vance am 2. Jänner 1992 abgeschlossen. Alle vorherigen diplomatischen Bemühungen scheiterten, nicht zuletzt wegen der serbischen Absichten, alle serbisch besiedelten Gebiete vorerst einzunehmen und die kroatische Bevölkerung von dort zu vertreiben. Erst als diese Ziele erreicht wurden, stimmte die serbische Seite dem Vance-Plan zu, der die Stationierung von UN-Truppen (United Nations Protection Force, UNPROFOR) in den serbisch besetzten Gebieten (United Nations Protected Areas, UNPAs), die Demilitarisierung der betroffenen Gebiete und den Rückzug der JVA vorsah. Darüber hinaus sollte die Souveränität des kroatischen Staates wiederhergestellt und die Rückkehr der

---

<sup>304</sup> Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 417f.

<sup>305</sup> Der starke Einsatz Deutschlands für die Unabhängigkeit Kroatiens und die sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern bestätigten quasi das serbisch dargestellte Bild Kroatiens als Wiedergeburt des USK und die vermeintliche „Wiederholung der Geschichte“, verweisend auf die Parallelen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, in dem der USK als treuer Verbündeter auf der Seite des dritten Reiches bis zum Ende des Krieges stand.

<sup>306</sup> Stephan Hobe – Otto Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen <sup>9</sup>2008, 74.

---

vertriebenen Bevölkerung organisiert werden. Letztere wurden nicht umgesetzt. Ungefähr 28 Prozent des kroatischen Staates blieben weiterhin unter der Aufsicht der UN-Schutztruppen von der Krajina-Republik okkupiert.<sup>307</sup>

Serbiens Zustimmung für die Stationierung der UN-Truppen beruhte hauptsächlich auf längerfristigen militärstrategischen und politischen Überlegungen. In Anbetracht der gestiegenen kroatischen Heeresstärke, des allmählichen Zerfalls der JVA, deren meisten nichtserbischen Mitglieder die Armee verlassen haben, und der nicht mehr möglichen Mobilisierung aus Serbien, schien die Anwesenheit der UN als ein willkommener Ersatz für die bisherige Aufgabe der JVA zu sein. Demnach war der Kern des Vance Plans aus serbischer Perspektive die Konsolidierung des serbischen Territoriums unter dem Schutz der Vereinten Nationen und der Schutz der serbischen Bevölkerung durch die UN-Truppen in den serbisch besiedelten Gebieten vor der „kroatischen Aggression“. Ferner sollte die aktuelle Regierung der Serben in dieser Region aufrechterhalten werden, in der die kroatische Verfassung über keine Gültigkeit bzw. die kroatische Regierung über keine Autorität verfüge. Während Tuđman glaubte, dass die UNPROFOR ihm bei der Organisation der Rückkehr der kroatischen Flüchtlinge helfen und der Wiederherstellung der kroatischen Hoheit über die okkupierten Gebiete herstellen würde, versicherten alle relevanten internationalen Vermittler der serbischen Führung, dass deren aufgefasste Interpretation des Vance Plans richtig wäre.<sup>308</sup>

Die JVA zog sich aus Kroatien zum nächsten Kriegsschauplatz – nach Bosnien-Herzegowina – zurück und überließ das meiste Waffenarsenal den serbischen Milizen, die in der folgenden Zeit zur Armee der Krajina-Republik reorganisiert wurden. Der Waffenstillstand wurde für die nächsten dreieinhalb Jahre zwar mehr oder weniger eingehalten, wobei es von beiden Seiten immer wieder zu gröberen oder leichteren Verstößen kam. Während dieser Zeit versuchte die kroatische Regierung, vorerst strategisch und wirtschaftlich wichtige Gebiete mittels Verhandlungen, die meistens im Sand verliefen, wieder unter kroatische Hoheit zu bringen. Nach den gescheiterten Verhandlungen entschied man sich meist für ein militärisches Eingreifen. Die Militäroperation *Maslenica* (Operacija Maslenica) brachte zwar die strategisch wichtige Maslenica-Brücke, die einzige Landverbindung zwischen dem nördlichen Teil Kroatiens und Süddalmatiens, unter ihre Kontrolle, jedoch konnte das eigentlich Ziel, das Hinterland von Zadar zurückzuerobern, um die Brücke und mehrere kroatische Städte außerhalb der serbischen Artilleriereichweite zu

---

<sup>307</sup> Bogdan Denis Denitch, *Ethnic Nationalism. The Tragic Death of Yugoslavia*, Minneapolis <sup>2</sup>1996, 4–6; Rathfelder, *Krieg*, 350; Sundhaussen 418f.

<sup>308</sup> Anton Tus, *The War in Croatia and Bosnia-Herzegovina*, in: Branka Magaš – Ivo Žanić (Hgg.), *The War in Croatia and Bosnia-Herzegovina 1991–1995*, London 2001, 41–66, hier 64f.

---

halten, nicht erreicht werden.<sup>309</sup> Wenige Tage später, nachdem kroatische Truppen den Peruča-Staudamm nordwestlich von Split einnahmen, fielen serbische Einheiten in UNPAs ein und holten sich ihr schweres Kriegsgerät aus den UNPROFOR-Waffenlagern wieder zurück.<sup>310</sup> Die Aktionen zeigten, dass die UN ineffektiv handelte und nicht in der Lage war, die UNPAs zu schützen bzw. die Konfliktparteien voneinander zu trennen.<sup>311</sup> Heftige Kritik von der internationalen Gemeinschaft erntete Kroatien nach der Durchführung der Operation *Medak-Kessel* (Operacija Medački džep) im Jahre 1993, zumal sich die kroatischen Streitkräfte nach der Bezwingung der Krajina-Armee in diesem Gebiet Feuergefechte mit kanadischen UN-Schutztruppen geliefert hatten und sich für schwere Kriegsverbrechen an der lokalen serbischen Zivilbevölkerung verantworten mussten. Es wurde klar, dass durch diese Art von Überraschungsangriffen keine bedeutenden Veränderungen erzielt werden konnten, sondern Kroatien nur in Verruf brachten. Auf Druck der internationalen Politik gab die kroatische Regierung nach und zog die Armee aus den befreiten Gebieten hinter die vereinbarten Waffenstillstandslinien wieder zurück.<sup>312</sup>

Die strategische Situation änderte sich, als ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kroaten und Bosniaken in Bosnien-Herzegowina unterzeichnet wurde. Damit schwand die serbische militärische Vormachtstellung, zumal die kroatischen und bosniakischen Verbände nun verbündet gegen den gemeinsamen Feind vorgingen. Im Jahre 1994 setzte die kroatische Armee zusammen mit dem „Kroatischen Verteidigungsrat“ (Hrvatsko vijeće obrane, HVO<sup>313</sup>) kleinere Operationen im westlichen Bosnien entlang der kroatischen Grenze zur Befreiung dieser Gebiete in Gang. Gleichzeitig wurde damit auch die nötige Vorarbeit für die Befreiung der okkupierten kroatischen Gebiete um Knin geleistet.<sup>314</sup>

1995 stand die Krajina-Republik politisch sowie militärisch schwer unter Druck. Einen letzten Versuch zur Beendigung des Krieges in Kroatien startete die internationale Diplomatie mit dem von den USA, Russland, der EG und der UN abgesegneten „Z-4 Plan“. Der Plan, der von der sogenannten „Zagreb-4“ Botschaftergruppe (bestehend aus amerikanischen und russischen Botschaftern aus Kroatien zusammen mit Vertretern der EG und der UN)

---

<sup>309</sup> Marcus Wenig, Möglichkeiten und Grenzen der Streitbeilegung ethnischer Konflikte durch die OSZE dargestellt am Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, Schriften zum Völkerrecht 124, Berlin 1996, 193.

<sup>310</sup> Carsten Giersch, Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991–1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden 1998, 231.

<sup>311</sup> Stephen J. Cimbala – Peter K. Forster, Multinational Military Intervention. NATO Policy, Strategy and Burden Sharing, Farnham/Burlington 2010, 101.

<sup>312</sup> Lee Windsor, The Medak Pocket: Professional Soldiers' Discipline and Aggressive Use of the Camera, in: Bernd Horn (Hg.), Fortune Favours the Brave. Tales of Courage and Tenacity in Canadian Military History, Toronto 2009, 333–360, hier 347–354.

<sup>313</sup> Der HVO war von 1992–1995 in Bosnien und Herzegowina die kroatische Armee der international nicht anerkannten „Kroatischen Republik Herceg-Bosna“.

<sup>314</sup> Goldstein, Croatia, 251f.

---

ausgearbeitet wurde, sah die Reintegration der „Serbischen Republik Krajina“ in den kroatischen Staat vor. Zudem sollte den Krajina-Serben weitreichende kulturelle sowie politische Autonomie eingeräumt werden.<sup>315</sup> Kroatien sah den Plan zwar als Basis für weitere Verhandlungen, jedoch waren sehr viele Punkte nicht annehmbar. Die serbische Führung in Knin wollte den Plan nicht einmal in Betracht ziehen, weil die Anerkennung der Souveränität Kroatiens für sie nicht infrage kam und ihr eigentliches Ziel die Vereinigung der Krajina-Republik mit dem serbischen Parastaat in Bosnien bzw. mit Serbien war.<sup>316</sup> Milošević, der ein Treffen mit der Z-4 Gruppe verweigerte, war trotz der Vorteile des Z4-Plans für die kroatischen Serben offensichtlich gegen ihn, da er befürchtete, der Vojvodina, dem Kosovo und dem Sandžak ebenfalls entsprechende Autonomierechte gewähren zu müssen.<sup>317</sup>

Bereits Mitte Dezember teilte Milošević dem Chefberater Tuđmans, Hrvoje Šarinić, mit, dass er bereit wäre, Kroatien in seinen international anerkannten Grenzen anzuerkennen. Mit diesem Schritt gab der Präsident Serbiens auch zum ersten Mal einem kroatischen Diplomaten das Scheitern des großserbischen Projekts zu. Des Weiteren schien er damit auch anzudeuten, keine Maßnahmen gegen den kroatischen Staat zu ergreifen, falls dieser versuchen würde, seine okkupierten Gebiete zurückzuerobern. Während Belgrad und Zagreb schon eine gegenseitige Anerkennung besprachen, setzte die internationale Gemeinschaft Kroatien unter Druck, den „Z-4 Plan“, der eine legale Grundlage für einen dauerhaften Parastaat in Kroatien geschaffen hätte, anzunehmen und das Mandat der UN-Friedensmission zu verlängern. Kroatien stimmte einer Verlängerung zu, unter der Bedingung, dass der Name der bisherigen UN-Friedensmission von UNPROFOR zu UNCRO (United Nations Confidence Restoration Operation) umgeändert und eine neue Aufgabenstellung der Mission definiert wird. Die Umbenennung erfolgte nach teilweise langen und dramatischen diplomatischen Verhandlungen. Im Unterschied zum vorherigen Mandat wurden die UNPAs im neuen Mandat abgeschafft und die territoriale Integrität und Souveränität Kroatiens stark hervorgehoben. Die wichtigsten Punkte der neuen UN-Resolution bildeten ein Waffenstillstandsabkommen, ein Wirtschaftsabkommen und das langfristige Ziel einer friedlichen Reintegration der serbisch besetzten Gebiete in den kroatischen Staat. Nur Teile

---

<sup>315</sup> Brendan O’Shea, *The Modern Yugoslav Conflict 1991–1995. Perception, Deception and Dishonesty*, London/New York 2005, 133; Carolin Leutloff-Grandits, *Claiming Ownership in Postwar Croatia. The Dynamics of Property Relations and Ethnic Conflict in the Knin Region*, Halle Studies in the Anthropology of Eurasia 9, Berlin/Münster 2006, 119.

<sup>316</sup> Mladen Klemenčić – Clive Schofield, *War and Peace on the Danube: The Evolution of the Croatia-Serbia Boundary*, *Boundary and Territory Briefing* 3/3, Durham 2001, 31.

<sup>317</sup> Judith Armatta, *Twilight of Impunity. The War Crimes Trial of Slobodan Milosevic*, Durham NC/London 2010, 203; Louis Sell, *Slobodan Milosevic and the Destruction of Yugoslavia*, Durham NC 2002, 239.

---

des Vance Plans, wie etwa die Demilitarisierung und die Rückkehr der Flüchtlinge, waren noch im neuen Mandat enthalten.<sup>318</sup>

Am 1. Mai 1995 starteten kroatische Militär- und Polizeieinheiten die Militäroperation *Blitz* (Operacija Bljesak) in Westslawonien. Etwa 7.500 Mann zerschlugen die serbischen Streitkräfte innerhalb von wenigen Tagen und stellten die serbisch okkupierten Gebiete Westslawoniens unter kroatische Kontrolle. Etwa zwei Drittel der 14.000 Serben aus dieser Region flohen aus dem Gebiet über die Save nach Bosnien und weitere 2.000 wurden auf eigenes Ersuchen ebenfalls in den serbisch kontrollierten Teil Bosniens evakuiert. Bis Ende Juni verblieben höchstens 1.500 Serben in Westslawonien. Auf die kroatische Offensive antwortete die Führung der Krajina-Serben mit Vergeltungsschlägen auf mehrere kroatische Städte durch den Beschuss mit Streubomben. In Zagreb forderten die Angriffe sieben Menschenleben und ungefähr 200 Verletzte. Milošević verurteilte sowohl die kroatische Offensive in Westslawonien als auch die Vergeltungsschläge der Krajina-Serben gegen Zagreb. Dies war ein deutliches Zeichen, dass die Situation des serbischen Parastaates in Kroatien hoffnungslos war, da weder Serbien noch die bosnischen Serben dazu bereit waren, ihre Mitstreiter aus Kroatien politisch oder militärisch zu unterstützen.<sup>319</sup>

Der kroatische Soziologe Ozren Žunec kam bereits vor der Operation *Blitz* zum dem Schluss, dass die militärische Unterwerfung der serbisch besetzten Gebiete zur ausnahmslosen Abwanderung der serbischen Bevölkerung führen würde. Dies ist vor allem seiner Meinung nach dem exklusiven Nationalismus der großserbischen Ideologie geschuldet, welche alle Möglichkeiten eines Zusammenlebens mit den Kroaten ausschloss. Demzufolge war bei einer weiteren Militäroperation die Flucht der serbischen Bevölkerung aus der betroffenen Region zu erwarten, was sich auch in den folgenden Monaten bewahrheitete.<sup>320</sup>

Vor der letzten und größten kroatischen Militäroperation trafen sich Vertreter Kroatiens und der Krajina-Serben am 2. August 1995 in Genf. Von der Krajina-Führung forderte man die Reintegration in den kroatischen Staat, was natürlich auch eine Kapitulation bedeutet hätte. Nachdem die Verhandlungen abermals ergebnislos verliefen, fiel die Entscheidung, mit der militärischen Intervention zu beginnen. Die USA zeigten sich über die eingekesselte Region um Bihać besorgt, da sie dort nach dem Massaker von Srebrenica ein ähnliches Schicksal mit einer viermal höheren Bevölkerungszahl befürchteten. Angesichts dieser Gefahr

---

<sup>318</sup> Sabrina P. Ramet, *The Three Yugoslavias. State-Building And Legitimation, 1918–2005*, Washington/Bloomington 2006, 455; Klemenčić, *War*, 32.

<sup>319</sup> Wolfgang Etschmann, *Kroatien 1993–1995*, in: Wolfram Prihoda – Jörg Aschenbrenner (Hgg.), *Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens*, Wien 2009, 416–417, hier 416; Ramet, *Yugoslavias*, 456; Klemenčić, *War*, 33.

<sup>320</sup> Ozren Žunec, *Operations Flash and Storm*, in: Branka Magaš – Ivo Žanić (Hgg.), *The War in Croatia and Bosnia-Herzegovina 1991–1995*, London 2001, 67–83, hier 75.

---

und den mühseligen diplomatischen Vermittlungsversuchen zwischen Zagreb und der Krajina-Republik gaben die USA, die nun auf eine rasche Lösung des Krieges im ganzen ehemaligen Jugoslawien insistierten, grünes Licht für einen Militärschlag.<sup>321</sup>

In den frühen Morgenstunden des 4. August 1995 griffen ungefähr 150.000 kroatische Soldaten und Polizisten von mehreren Seiten entlang einer Frontlinie von 630 Kilometern das Kernland der „Serbischen Republik Krajina“ an, die von rund 40.000 serbischen Soldaten verteidigt wurde. Bereits am nächsten Tag marschierten kroatische Truppen in Knin ein und hissten die kroatische Flagge auf der Burg der Stadt, was symbolisch und faktisch das Ende der Serbenrepublik in Kroatien markierte. Jeglicher weiterer serbischer Widerstand endete zwei Tage später. Die Operation *Sturm* (Operacija Oluja) befreite nicht nur die okkupierten Gebiete Kroatiens, sondern auch die seit 1.201 Tagen belagerte Stadt Bihać und war die nötige Voraussetzung für die weiteren bosniakisch-kroatischen Militäroperationen in Bosnien-Herzegowina, die auch den entscheidenden Wendepunkt im Bosnienkrieg brachten und somit eine schnelle Beendigung des Krieges herbeiführten. Während und nach der Militäroperation *Sturm* flüchteten 100.000 bis 200.000 Serben zusammen mit der serbischen Armee aus Kroatien in die serbisch kontrollierten Gebiete Bosniens und nach Serbien. Nur etwa 5.000 bis 6.000, meist ältere Menschen, blieben zurück. Die Gründe für diesen Exodus sind sehr vielfältig und kontrovers. Einerseits verordnete die Führung der Krajina-Serben eine Evakuierung der Bevölkerung, andererseits flüchteten viele aus Angst vor Racheakten der kroatischen Armee und ihren ehemaligen kroatischen Nachbarn, die sie einst vertrieben und deren Häuser sie geplündert oder zerstört hatten. Die serbische Propaganda spielte bei der Flucht ebenfalls eine wichtige Rolle, denn sie schürte bei den Serben die Angst, dass sie eine Wiederholung der Geschichte bzw. des „Ustaša-Terrors“ erwarte.<sup>322</sup> Die Verbrechen an mehreren Hundert serbischen Zivilisten sowie die Plünderung und Zerstörung serbischen Eigentums nach der Operation *Sturm* wurden von der internationalen Gemeinschaft stark kritisiert. „Inwieweit diese Gewalttaten, die sich vorzugsweise gegen Serben und ihr Eigentum richteten, von den kroatischen Machthabern ‚akzeptiert‘ oder sogar ‚geplant‘ waren, oder aber unkontrollierbar im Schatten der chaotischen Zustände im ehemaligen Kriegsgebiet erfolgten und auf die Rachegefühle und/oder die materiellen Interessen einzelner Kroaten zurückgehen, ist Gegenstand einer Kontroverse, die heute noch Richter, Politiker

---

<sup>321</sup> Armatta, *Twilight*, 204.

<sup>322</sup> Goldstein, *Croatia*, 253; Gerard Toal – Carl T. Dahlman, *Bosnia Remade. Ethnic Cleansing and its Reversal*, New York 2011, 133f.

---

Wissenschaftlicher wie auch die öffentliche Meinung in Kroatien beschäftigt.<sup>323</sup> Die auf serbischer Seite vertretene Sichtweise einer planmäßigen Vertreibung der Serben wirft Kroatien bis heute eine „ethnische Säuberung“ der Krajina vor.

Wieso Kroatien nicht schon 1992 die serbisch okkupierten Gebiete befreite, obwohl die kroatischen Streitkräfte zu dieser Zeit für eine solche Aufgabe bereit gewesen wären, lässt sich mit der Bosnienpolitik der HDZ in Bosnien und Herzegowina erklären, auf die nicht näher eingegangen wird. Die Operationen *Blitz* und *Sturm* wurden erst dann durchgeführt, als die politische Situation dazu reif war: Der Bruch zwischen dem bosnischen Serbenführer Radovan Karadžić und Milošević sowie die Aufgabe der serbisch gehaltenen Gebiete in Südwest-Bosnien eröffneten nicht nur günstige militärische Bedingungen, sondern vor allem politische. Mit den kroatischen Großoffensiven zur Rückeroberung der besetzten Gebiete ging auch die „ethnische Säuberung“ der Serben einher, jedoch wird oft vergessen, dass damit auch die Wiederbesiedlung der vertriebenen Kroaten in diesen Gebieten ermöglicht wurde. Die Niederlage der Serben war mehr eine politische als eine militärische, denn die serbische Führung hatte weder klare Ziele, Pläne oder Strategien, noch sorgte sie für die nötigen Vorbedingungen, um ihr Projekt zu verwirklichen. Dies impliziert, dass die politischen Interessen und Schwerpunkte aus gesamtserbischer Perspektive nicht in Kroatien lagen.<sup>324</sup>

Nach der Militäroperation *Sturm* blieb nur noch ein kleines Gebiet in Ostslawonien von den Truppen der gefallenen Krajina-Republik besetzt. Im November 1995 unterzeichnete Kroatien und die Behörden der serbisch kontrollierten Gebiete Ostslawoniens das Abkommen von Erdut, das eine friedliche Reintegration in den kroatischen Staat regelte. Dazu sollte eine von den Vereinten Nationen eingerichtete Übergangsverwaltung UNTAES (United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium) einen sanften Übergang bei der Wiedereingliederung gewährleisten. Zu den Hauptaufgaben gehörten die Überwachung der Demilitarisierung, der Aufbau einer lokalen Polizei, die Organisation freier Wahlen und die Kontrolle der Rückkehr von Flüchtlingen. Die Hoheit über das gesamte kroatische Staatsterritorium erlangte Kroatien erst im Jänner 1998, als das UNTAES-Mandat endete und die Hoheitsgewalt an die kroatischen Behörden übergeben wurde.<sup>325</sup> Mit dem Abkommen von Erdut, welches im Zuge der Verhandlungen über den Dayton-Vertrag

---

<sup>323</sup> Carolin Leutloff-Grandits, Kroatiens Serben zehn Jahre nach Kriegsende. Zwischen nationaler Erinnerungspolitik, halbherzigen Rückkehrprogrammen und tristem Alltagsleben, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung 53/3, München 2005, 405–429, hier 412.

<sup>324</sup> Žunec, Operations, 73, 83.

<sup>325</sup> Michael Forster, Nation Building durch die internationale Gemeinschaft. Eine völkerrechtliche Analyse der Verwaltungsmissionen der Vereinten Nationen im Kosovo und in Ost-Timor, Göttingen 2005, 48f.

---

hervorgegangen ist, endete der Krieg von Kroatien. Das wenige Tage später unterzeichnete Abkommen von Dayton stellt das Ende des Kroatien- und des Bosnienkrieges dar.

---

## 5. Schlussbetrachtung

Die ständigen Migrationsbewegungen im Laufe der Geschichte Südosteuropas und die dadurch entstandene ethnische Diversität sind prägende Merkmale dieser Region. Diese ethnische Vielfalt, die man sich bildlich auf der Karte als ein Leopardenfell vorstellen kann, spielte in vornationalen Zeiten keine wesentliche Rolle, doch mit dem Entstehen nationaler Identitäten stellte sie ein großes Problem und Hindernis für die Entwicklung der Nationalstaaten dar. Nach der Verdrängung des Osmanischen Reiches in Europa, das während seines Bestehens die bisherigen ethnischen Strukturen grundsätzlich veränderte und eine sehr hohe Vermischung verschiedenster Bevölkerungsgruppen hinterließ, wurden auf dem Balkan ethnisch homogene Nationalstaaten angestrebt. Bei den Nationsbildungsprozessen bildeten Verwandtschaft (Abstammungsverwandtschaft, verwandtschaftliche Verbindungen mit dem Herkunftsland), Sprache und Religion die grundlegenden Kriterien der ethnischen Identität. Trotz des ziemlich einheitlichen südslawischen Sprachgebiets zwischen Save und Adria konnte sich auch die Sprache als ethnisches Identifikationsmerkmal durchsetzen, ebenso wie die Konfessionszugehörigkeit. In der kroatischen Militärgrenze wurden beispielsweise orthodoxe Walachen und katholische Bunjevzen angesiedelt, die sehr ähnliche wirtschaftliche und soziale Hintergründe hatten. Die unterschiedliche konfessionelle Zugehörigkeit dieser beiden gleichartigen Ethnien sollte sich im Zuge der nationalen Konsolidierung als entscheidend für ihre Bekennung zur kroatischen bzw. serbischen Nationalität erweisen.<sup>326</sup>

Neben Verwandtschaft, Sprache und Religion gelten auch Geschichte oder sozioökonomische Faktoren als nationsbildende Elemente. Abhängig von ihrer Funktionalität und Überzeugungskraft können sich diese Kriterien sowohl förderlich als auch hemmend für den Nationsbildungsprozess auswirken.<sup>327</sup> Zwar ermöglichten sie eine ethnische Zuordnung, jedoch war diese meist nicht eindeutig genug, was den Interpretationen der politischen Eliten, die selbst die Kriterien für die ethnische Zugehörigkeit definierten und die Ethnien für ihre politischen Interessen instrumentalisierten, viel Raum offen ließ.<sup>328</sup>

Die aufkommenden Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert schufen im südslawischen Raum die Grundlagen für desintegrative bzw. integrative Nationalideologien. Der Jugoslawismus als supranationales Konzept setzte sich schließlich durch, da er den südslawischen Eliten ein geeignetes Mittel gegen die österreich-ungarischen bzw.

---

<sup>326</sup> Karl Kaser, Das ethnische „engineering“, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, 401–414, hier 401f.

<sup>327</sup> Sundhaussen, Nationsbildung, 245.

<sup>328</sup> Kaser, engineering, 402.

---

italienischen Machtansprüche zu sein schien. Die südslawische Vereinigung durch einen gemeinsamen Staat erwies sich als eine geeignete Lösung für das fragmentierte serbische Volk außerhalb der Grenzen Serbiens, das nun vereint in einem Land zusammenleben konnte, wirkte aber im neuen Staat aufgrund der bereits ausgereiften nationalen Identitäten destabilisierend auf die politische Situation. Das Problem lag an der ungünstigen zeitlichen Abstimmung zwischen Nationsbildungsprozess und Nationalstaatenbildung. Während sich die Nationsbildungsprozesse bereits in ihrer Entwicklungsphase befanden und sich langsam festigten, stand diesen „jungen“ Nationen noch kein Staat zur Verfügung. Für einige Völker, deren nationale Identitäten noch nicht ausgereift waren, bot sich deshalb ein gemeinsamer südslawischer Staat als ein annehmbarer Kompromiss.<sup>329</sup> Die dominante Stellung der Serben in diesem Staat verführte sie zu hegemonistischen und zentralistischen Bestrebungen, die die Unzufriedenheit der anderen Völker hervorrief. Schon zur Zeit der Gründung des ersten Jugoslawiens sorgte die Frage nach einer föderalen oder zentralen Staatsordnung für politischen Zündstoff. Die Transformation des SHS-Staates in ein hegemonistisch-zentralistisches Königreich Jugoslawien stieß vor allem bei den Kroaten auf großen Widerstand und bewirkte letztendlich, dass sich als Reaktion auf die Unterdrückung der Nationalismen radikale Strömungen herausbildeten. Die Kommunisten und die Ustaša waren die wichtigsten Gruppierungen im Kampf gegen die Königsdiktatur Aleksandars und arbeiteten zeitweise auch zusammen. Die Ustaše gelangten 1941 an die Macht und ließen mit ihrer intoleranten Politik, vor allem gegenüber Serben, eine tiefe Wunde zurück, die das kommunistische Regime nach der Machtergreifung mit oberflächlichen Parolen wie „Brüderlichkeit und Einheit“ oder „gemeinsamer Volksbefreiungskrieg“ verdeckte. „Zwar gab es eine Zeitlang keine Nationalitätenprobleme, da die ‚antinationalistische und antifaschistische‘ Indoktrinierung unmittelbar nach dem Krieg sehr stark war. Die alten (nationalen) Feindbilder wurden ‚abgeschafft‘, und an deren Stelle traten die neuen (ideologischen): Ustaša, Četnik, Faschist, Deutscher, wobei die Partei bestimmte, wer ein Ustaša, Četnik usw. war. Die Nachkriegsgeneration ließ sich aber nicht mehr so leicht indoktrinieren. Die neuen Feindbilder verloren relativ schnell ihren ‚Glanz‘.“<sup>330</sup>

Die Schaffung einer einheitlichen jugoslawischen Nation, die schon im Königreich Jugoslawien angestrebt wurde, setzten sich auch die kommunistischen Führer Jugoslawiens zum Ziel. Diese Nation scheiterte aber am föderalen System und den Republikautonomen, die eine Entwicklung zu einer Staatsnation verhinderten. Die Vorstellung, dass sich das nationale Bewusstsein durch die kommunistische Gesellschaft auflösen würde und dass bis

---

<sup>329</sup> Ebd., 402f.

<sup>330</sup> Ivanišević, Integration, 80.

---

dahin der Föderalismus und die Duldung von Einzelnationalismen diesen Übergang überwinden könnten, offenbarte sich als ein gewaltiger Trugschluss. Die äußerst tolerante Nationalitätenpolitik Titos erlaubte nicht nur nationalistischen Strömungen, Fuß zu fassen, sondern emanzipierte sogar benachteiligte südslawische Kulturnationen wie die der Bosniaken und Mazedonier. Was Mitte bis Ende der 60er Jahre nur als Sprachenstreit begann, reifte schnell zu politischen Dimensionen heran. Wie schnell so etwas ausarten kann, zeigte die nationale Massenbewegung des kroatischen Frühlings, der wiederum von nationalen Eliten hervorgerufen wurde und die Fundamente des jugoslawischen Systems ins Ungleichgewicht brachte. Tito beteuerte nach der brutalen Niederschlagung der Bewegung sein Vorgehen und erfüllte die meisten Forderungen des kroatischen Frühlings in der neuen Verfassung von 1974. Diese bedeutete jedoch den vorzeitigen Tod Jugoslawiens, denn die Kompetenzen des Bundes wurden im Vergleich zu denen der Republiken erheblich heruntergeschraubt, was Jugoslawien faktisch in einen Staatenbund umwandelte. Die Dezentralisierung erfolgte auf nahezu allen staatlichen Ebenen und nach dem Tod Titos, der wichtigsten Integrationsfigur Jugoslawiens, hielten nur noch die kommunistische Bundespartei und die JVA das Staatsgebilde zusammen.

Das SANU-Memorandum, das die Benachteiligung und Bedrohung des serbischen Volkes thematisierte, wirkte wie eine Art „Kriegserklärung“ in Jugoslawien und wird zusammen mit dem Aufstieg Miloševićs oft als Anfang vom Ende Jugoslawiens dargestellt. Dass die Ideen des großserbischen Programms und des serbischen Nationalismus längst schon keine Fiktion waren, stellte sich spätestens nach der einseitigen Verfassungsänderung Serbiens 1989 heraus, die die beiden Autonomen Provinzen Serbien unterordnete und die „Dreiteilung Serbiens“ damit beendete. Dies brachte die empfindliche Machtbalance der jugoslawischen Föderation ins Wanken. Mit der Gleichstellung Montenegros dominierte Serbien mit vier von insgesamt acht Stimmen im jugoslawischen Staatspräsidium die Politik des jugoslawischen Bundes und strebte eine Zentralisierung des Staates an.<sup>331</sup> Sowohl die Kroaten als auch die Serben lebten auf mehreren Nachbarrepubliken verteilt. Mit dem Zerfall Jugoslawiens drohte besonders den Serben eine starke Fragmentierung ihrer Nation, denn nach der Volkszählung von 1981 in Jugoslawien lebten nur 60 Prozent von den 8,1 Millionen Serben in der Republik Serbien. 16 Prozent der restlichen serbischen Bevölkerung befand sich in Bosnien-Herzegowina, 14 Prozent in Kroatien und der Wojwodina und 2,6 Prozent im Kosovo. Somit hätte der

---

<sup>331</sup> Holm Sundhaussen, Der Gegensatz zwischen historischen Rechten und Selbstbestimmungsrechten als Ursache von Konflikten: Kosovo und Krajina im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhaussen (Hgg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 59, Wiesbaden 2001, 19–33, hier 23f.

---

Zusammenschluss aller serbisch bewohnten bzw. beanspruchten Gebiete viele Regionen mit nicht-serbischer Bevölkerungsmehrheit in einem „großserbischen“ Staat einverleibt. Die demografische Situation in Kroatien war dagegen mit 80 Prozent aller 4,4 Millionen Kroaten, die in der Republik Kroatien lebten, wesentlich „homogener“.<sup>332</sup>

Slowenien und Kroatien stellten sich der zentralistischen Politik Belgrads entgegen und trachteten nach einer Konföderation mit noch höherer Eigenständigkeit der Republiken. Diese Option entfiel, nachdem in allen Republiken bei den ersten freien Wahlen national gesinnte Parteien an die Macht kamen. Der kroatische Verfassungsvorschlag vom Juni 1990, der den Status der Serben als konstitutive Nation zu einer nationalen Minderheit herabstufen sollte, erweckte bei den Serben große Unsicherheit und Ängste, zumal die Befürchtung bestand, dass sie als Bürger zweiter Klasse im neuen Staat absteigen würden oder im schlimmsten Fall sogar die Wiederholung des USK erleben müssten. Diese Ängste waren einerseits das Resultat der nationalistischen Medienpropaganda aus Belgrad, die die traumatischen Erinnerungen an die Zeit des Ustaša-Regimes hervorrief, und andererseits der nationalen Politik aus Zagreb, die nicht wirklich bemüht war, sich klar genug vom USK zu distanzieren.

Im Vergleich zu Slowenien und Mazedonien, die ihre „Wende“ friedlich vollzogen und deren erste postkommunistische Regierungen aus Koalitionen bestanden, beschritt die kroatische Transition einen ganz eigenen Weg. Die Verwicklung in einen blutigen Krieg, der Aufstieg des Nationalismus, die Wahl eines präsidentiellen Regierungssystems und die Etablierung einer Einparteien-Administration trugen maßgeblich zu einer negativen demokratischen Entwicklung bei. Die bewusste Verbreitung des Nationalismus in Kroatien (als auch in Bosnien-Herzegowina und in Serbien) durch die Medien diente der Legitimierung einer national-populistischen Politik, die den Nationalismus, der zu einem alltäglichen Bestandteil des öffentlichen Lebens wurde, zum Chauvinismus gedeihen ließ und damit ein großes Hindernis für die Entwicklung zu einer liberalen Demokratie darstellte. Die kroatische Regierung unter Tuđman wirkte aktiv an dieser Politik mit, indem sie bekannte Persönlichkeiten aus dem USK posthum rehabilitierte, antisemitische Aussagen in der Öffentlichkeit tätigte und die mittelalterliche Währung „kuna“, die auch im USK die offizielle Währungseinheit war, wiedereinführte. Die Umgestaltung der kroatischen Sprache, die unter anderem zu einer größeren Unterscheidung zum Serbischen beitragen sollte, führte zur weiteren Distanzierung und weckte Misstrauen zwischen Serben und Kroaten.<sup>333</sup>

---

<sup>332</sup> Ebd., 22.

<sup>333</sup> Sabrina P. Ramet, *Serbia, Croatia and Slovenia at Peace and at War. Selected Writings, 1983–2007*, Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas 7, Wien/Berlin 2008, 158–160.

---

Der bewaffnete Konflikt wurde durch einen Medienkrieg vorbereitet und genährt. Schon Ende der 80er Jahre zerfiel das jugoslawische Mediensystem in nationale Fraktionen. Den nationalen Parteien dienten Presse und Rundfunk als verlängerte Sprachrohre und wurden gezielt gesteuert, um politische Interessen durchzusetzen. Berichterstattungen, die oppositionelle Meinungen vertraten oder sich den Regierungen gegenüber kritisch äußerten, wurden unterdrückt oder ganz unterbunden.<sup>334</sup> Die Meinungen der Führungseliten waren bis zum Ausbruch des Krieges nicht unbedingt repräsentativ für die der gesamten Bevölkerung. So fühlten sich nach Umfragen 48 Prozent der Kroaten an Jugoslawien gebunden. Zur selben Zeit glaubte ein großer Teil der kroatischen Bevölkerung nicht, dass er in der eigenen Republik benachteiligt wäre. Nach einer Befragung von 1990 waren noch 51 Prozent Kroaten der Meinung, dass Serben und Kroaten gleichberechtigt wären, und weitere 14 Prozent glaubten, dass Kroaten und Serben unterdrückt wurden. Ein Drittel, ungefähr 34 Prozent, fühlte sich ethnisch benachteiligt.<sup>335</sup> Kurz vor den Wahlen von 1990 sprachen sich etwa nur 15 Prozent der Kroaten für die volle staatliche Unabhängigkeit aus, während 64 Prozent den Verbleib in Jugoslawien in Form einer konföderalen Lösung befürworteten. Miloševićs nationalistische Politik strebte danach, durch eine aggressive Medienpropaganda die kroatische Gesellschaft in ein kroatisches und serbisches Lager aufzuspalten, um die serbische Bevölkerung in Kroatien für seine großserbische Ziele zu gewinnen. Sie war gleichzeitig auch die beste Propaganda für die HDZ, die bei Wahlen in Kroatien siegte. Dennoch ist nicht außer Acht zu lassen, dass der Wahlsieg der HDZ sehr knapp war. Weniger als die Hälfte der Kroaten gaben ihre Stimme der HDZ und etwa ein Drittel der Serben stimmten für die nationalistische SDS.<sup>336</sup> Genaugenommen war es das Zusammenspiel zwischen Belgrad und Zagreb, das die nationalen Gefühle bewusst in die Höhe trieb. Ohne den serbisch propagierten Nationalismus wäre als Gegenreaktion ein kroatischer Nationalismus, der die serbische Bevölkerung vor einer „Wiederholung der Geschichte“ fürchten ließ und sie auf die Seite der großserbischen Nationalisten trieb, wohl sicherlich nicht in der Form zustande gekommen.

Die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens gab den Auftakt zum Krieg. Dieser sollte vier Jahre währen und war vom Wahn einer ethnischen Homogenität und „Reinheit“ geprägt. Die Folgen des Krieges waren verheerend und tragisch zugleich. Eine lang aufgebaute und funktionierende Symbiose zwischen Kroaten und Serben wurde in kürzester Zeit zerstört. Das föderale System Jugoslawiens, das als Garant eines friedlichen Zusammenlebens unter den

---

<sup>334</sup> Johann Eichhorn, *Krieg in Europa. Der jugoslawische Bürgerkrieg (1991–1995) aus der Sicht der Konfliktforschung*, Freiburger Schriften zur Politikwissenschaft 15, Freiburg im Breisgau 2009, 95.

<sup>335</sup> Stuart J. Kaufman, *Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War*, Ithaca 2001, 183.

<sup>336</sup> Valère Philip Gagnon, *The Myth of Ethnic War. Serbia And Croatia in the 1990s*, Ithaca/London 2004, 135–140.

---

Nationen, brach nicht von sich selbst zusammen, sondern wurde durch massive Anstrengung nationaler Eliten zum Einsturz gebracht. Der expansionistischen großserbischen Politik, die ohne Zweifel die größte Schuld an dem blutigen Zerfall Jugoslawiens trägt, fielen nicht nur Kroaten, Bosniaken und andere zum Opfer, sondern auch die Krajina-Serben selbst, die nicht mehr und nicht weniger als die „Bauern im Spiel des Herrn Milošević“ waren.

---

## Literaturverzeichnis

- Urs **Altermatt**, Welches Europa?, in: Urs Altermatt – Mariano Delgado – Guido Vergauwen (Hgg.), Europa: Ein christliches Projekt? Beiträge zum Verständnis von Religion und europäischer Identität, Religionsforum 2, Stuttgart 2008, 61–82.
- Jakob **Amstadt**, Die k. k. Militärgrenze 1522–1881 (mit einer Gesamtbibliographie), Diss. Würzburg 1969.
- Judith **Armatta**, Twilight of Impunity. The War Crimes Trial of Slobodan Milosevic, Durham NC/London 2010.
- Ivo **Banac**, Jugoslawien 1918–1941, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 153–169.
- Ivo **Banac**, The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics, Ithaca 1988.
- Ivo **Banac**, With Stalin against Tito. Cominformist Splits in Yugoslav Communism, Ithaca 1988.
- Wolf Dietrich **Behschnitt**, Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie, Südosteuropäische Arbeiten 74, München 1980.
- Alex J. **Bellamy**, The Formation of Croatian National Identity. A centuries-old dream?, Manchester/New York 2003.
- Daniel **Betlehem** – Marc Weller (Hgg.), The ‘Yugoslav Crisis’ in International Law. Part I, General Issues, Cambridge International Documents Series 5, Cambridge 1997.
- Florian **Bieber**, Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević, Wiener Osteuropa-Studien 18, Wien 2005.
- Mark **Biondich**, Croatia, in: Richard Frucht (Hg.), Eastern Europe. An Introduction to the People, Lands, and Culture, Santa Barbara 2005, 413–476, hier 435.
- Mile **Bjelajac** – Ozren **Žunec**, The War in Croatia, 1991–1995, in: Charles W. Ingrao – Thomas A. Emmert (Hgg.), Confronting the Yugoslav Controversies. A Scholars’ Initiative, West Lafayette 2009, 230–271.
- Johann **Böhm**, Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien 1918–1941. Innen- und Außenpolitik als Symptome des Verhältnisses zwischen deutscher Minderheit und jugoslawischer Regierung, Frankfurt 2009.
- Klaus **Buchenau**, Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945–1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich, Balkanologische Veröffentlichungen 40, Wiesbaden 2004.
- Klaus **Buchenau**, Katholizismus und Jugoslawismus. Zur Nationalisierung der Religion bei den Kroaten, 1918–1945, in: Michael Geyer – Hartmut Lehmann (Hgg.), Religion und Nation - Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte, Bausteine zu einer europäischen Religionsgeschichte im Zeitalter der Säkularisierung 3, Göttingen 2004, 225–254.
- Klaus **Buchenau**, Svetosavlje und Pravoslavlje. Nationales und Universales in der serbischen Orthodoxie, in: Martin Schulze Wessel (Hg.), Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 27, Stuttgart 2006, 203–232.
- Janusz **Bugajski**, Ethnic Politics in Eastern Europe. A Guide to Nationality Policies, Organizations, and Parties, Armonk/London 1995.

- 
- Marie-Janine **Calic**, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Marie-Janine **Calic**, Der serbisch-kroatische Konflikt in Kroatien, in Michael Weithmann (Hg.), Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas, München 1993, 108–148.
- Thomas **Casagrande**, Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen, Frankfurt/New York 2003.
- Daniel **Chirot** – Clark **McCauley**, Why Not Kill Them All? The Logic and Prevention of Mass Political Murder, Princeton 2006.
- Stephen J. **Cimbala** – Peter K. **Forster**, Multinational Military Intervention. NATO Policy, Strategy and Burden Sharing, Farnham/Burlington 2010.
- Konrad **Clewing**, Staatlichkeit und nationale Identitätsbildung. Dalmatien in Vormärz und Revolution, Südosteuropäische Arbeiten 109, München 2001.
- Lenard J. **Cohen**, „Bosnia’s Tribal Gods”: The Role of Religion in Nationalist Politics, in: Paul Mojzes (Hg.), Religion and the War in Bosnia, AAR the religions 3, Atlanta 1998, 43–73.
- Mihailo **Crnobrnja**, The Yugoslav Drama, Montreal <sup>2</sup>1996.
- Ksenija **Cvetković-Sander**, Sprachpolitik und nationale Identität im sozialistischen Jugoslawien (1945–1991). Serbokroatisch, Albanisch, Makedonisch und Slowenisch, Balkanologische Veröffentlichungen 50, Wiesbaden 2011.
- Slavko **Degoricija**, Nije bilo uzalud, Zagreb 2008.
- Bogdan Denis **Denitch**, Ethnic Nationalism. The Tragic Death of Yugoslavia, Minneapolis <sup>2</sup>1996.
- Aleksa **Dilas**, The Contested Country. Yugoslav Unity and Communist Revolution, 1919–1953, Russian Research Center Studies 85, Harvard Historical Studies 108, Cambridge MA 1991.
- Ljubodrag **Dimić**, Serbien und Jugoslawien (1918–1941), in: Walter Lukan – Ljubinka Trgovčević – Dragan Vukčević (Hgg.), Serbien und Montenegro. Raum und Bevölkerung, Geschichte, Sprache und Literatur, Kultur, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht, Österreichische Osthefte 47, Wien 2006, 231–264.
- Peter **Dobias** – Ahmet **Mehić** – Angelika Rohmann, Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien, Schriften zu internationalen Wirtschaftsfragen 27, Berlin 2000.
- Srećko M. **Džaja**, Die politische Realität des Jugoslawismus (1918–1991) mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas, Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 37, München 2002.
- Johann **Eichhorn**, Krieg in Europa. Der jugoslawische Bürgerkrieg (1991–1995) aus der Sicht der Konfliktforschung, Freiburger Schriften zur Politikwissenschaft 15, Freiburg im Breisgau 2009.
- Wolfgang **Etschmann**, Kroatien 1993–1995, in: Wolfram Prihoda – Jörg Aschenbrenner (Hgg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, Wien 2009, 416–417.
- Carlo **Falconi**, Das Schweigen des Papstes. Eine Dokumentation, München 1966.
- Aleksandar **Fira**, Verfassungsrechtliche Aspekte der Struktur und der Funktionsprinzipien des jugoslawischen Föderalismus, in: Probleme des Föderalismus. Referate auf dem Symposium „Föderalismus in der SFR Jugoslawien und in der Bundesrepublik Deutschland – ein Vergleich“ vom 19. – 21. März 1984, Tübingen 1985, 39–46.
-

---

Michael **Forster**, Nation Building durch die internationale Gemeinschaft. Eine völkerrechtliche Analyse der Verwaltungsmissionen der Vereinten Nationen im Kosovo und in Ost-Timor, Göttingen 2005.

Andrea **Friemann**, „Brennpunkt Krajina“. Ethnische Säuberungen im Kroatien der neunziger Jahre, in: Ulf Brunnbauer – Michael G. Esch – Holm Sundhaussen (Hgg.), Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung. „Ethnische Säuberungen“ im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts, Geschichte: Forschung und Wissenschaft 9, Berlin 2006, 169–186.

Hajo **Funke** – Alexander **Rhotert**, Unter unseren Augen. Ethnische Reinheit: Die Politik des Regime Milosevic und die Rolle des Westens, Schriftenreihe Politik und Kultur am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin 2, Berlin 1999.

Valère Philip **Gagnon**, The Myth of Ethnic War. Serbia And Croatia in the 1990s, Ithaca/London 2004.

Emil Robert **Gärtner**, Kroatien in Südslawien. Historisch-politische Studie, Berlin 1944.

Carsten **Giersch**, Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991–1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden 1998.

Slavko **Goldstein** – Ivo **Goldstein**, Jasenovac i Bleiburg nisu isto, Zagreb 2011.

Ivo **Goldstein**, Kroatien bis 1918, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 46–66.

Ivo **Goldstein**, The Independent State of Croatia in 1941: On the Road to Catastrophe, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), The Independent State of Croatia, London/New York 2007, 19–30.

Slavko **Goldstein**, Der Zweite Weltkrieg, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 170–191.

Ivo **Goldstein**, Croatia. A History, London 1999.

James **Gow**, Strategien und Kriegsziele, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 362–376.

Hannes **Grandits** – Carolin **Leutloff**, Diskurse, Akteure, Gewalt – Betrachtungen zur Organisation von Kriegseskalation am Beispiel der Krajina in Kroatien 1990/91, in: Wolfgang Höpken – Michael Riekenberg (Hgg.), Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika, Köln/Weimar/Wien 2001, 227–257.

Igor **Graovac**, Der Zweite Weltkrieg. Menschenverluste durch Kriegseinwirkung, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 185–191.

Mirjana **Gross**, Croatian National-Integrational Ideologies from the End of Illyrism to the Creation of Yugoslavia, in: Austrian History Yearbook 15–16 (1979–1980), Minneapolis 1982, 3–33.

Mirjana **Gross**, Die Jugoslawische Geschichtswissenschaft von heute, in: Österreichische Osthefte 8, Wien 1966, 239f.

Mirjana **Gross**, Wie denkt man kroatische Geschichte? Geschichtsschreibung als Identitätsstiftung, in: Österreichische Osthefte 35, 1993 Wien, 73–98.

Anna Maria **Grünfelder**, Arbeitseinsatz für die Neuordnung Europas. Zivil- und ZwangsarbeiterInnen aus Jugoslawien in der „Ostmark“ 1938/41–1945, Wien/Köln/Weimar 2010.

Robert M. **Hayden**, Recounting the Dead. The Discovery and Redefinition of Wartime Massacres in Late- and Post-Communist Yugoslavia, in: Rubie S. Watson (Hg.), Memory, History and Opposition Under State Socialism, Santa Fe 1994, 167–184.

- 
- Ulirke v. **Hirschhausen** – Jörn **Leonhard**, Europäische Nationalismen im West-Ost-Vergleich: Von der Typologie zur Differenzbestimmung, in: Ulirke v. Hirschhausen – Jörn Leonhard (Hgg.), Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, 11–48.
- Marko Attila **Hoare**, The War of Yugoslav Succession, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), Central and Southeast European politics since 1989, Cambridge 2010, 111–136.
- Stephan **Hobe** – Otto **Kimminich**, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen <sup>9</sup>2008.
- Carole **Hodge**, Britain And the Balkans. 1991 Until the Present, Routledge advances in European politics 35, London/New York 2006.
- Wolfgang **Höpken**, Die jugoslawischen Kommunisten und die bosnischen Muslime, in: Andreas Kappeler – Gerhard Simon – Georg Brunner (Hgg.), Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa 3, Köln 1989, 181–212, hier 195.
- Wolfgang **Höpken**, Slowenien im ersten und zweiten Jugoslawien, in: France Bernik – Reinhard Lauer (Hgg.), Die Grundlagen der slowenischen Kultur, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 6, Berlin/New York 2010, 83–120.
- Wolfgang **Höpken**, Die Unfähigkeit zusammenzuleben. Der nie bewältigte Nationalitätenkonflikt, in: Josip Furkes – Karl-Heinz Schlarp (Hgg.), Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan – Europas Pulverfaß, Reinbek 1991, 32–62.
- Catherine **Horel**, Soldaten zwischen nationalen Fronten. Die Auflösung der Militärgrenze und die Entwicklung der königlich-ungarischen Landwehr (Honvéd) in Kroatien-Slawonien 1868–1914, Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 31, Wien 2009.
- Ladislaus **Hory** – Martin **Broszat**, Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8, Stuttgart 1964.
- Edgar **Hösch** – Karl **Nehring** – Holm **Sundhausen** (Hgg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Wien/Köln/Weimar 2004.
- Peter **Imbusch**, Der Staatszerfall Jugoslawiens, in: Peter Imbusch – Ralf Zoll (Hgg.), Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden <sup>5</sup>2010, 221–248.
- Alojz **Ivanišević**, Getrennt durch die „gemeinsame Sprache“. Sprache als Politikum in kroatisch-serbischen Beziehungen und Konflikten vor der Entstehung Jugoslawiens, in: Marija Wakounig – Wolfgang Mueller – Michael Portmann (Hgg.), Nation, Nationalitäten und Nationalismus im östlichen Europa. Festschrift für Arnold Suppan zum 65. Geburtstag, Wien 2010, 307–330.
- Alojz **Ivanišević**, Nationale Minderheiten in Kroatien, in: Valeria Heuberger – Arnold Suppan – Elisabeth Vyslonzil (Hgg.), Brennpunkt Osteuropa. Minderheiten im Kreuzfeuer des Nationalismus, Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 24, Wien/München 1996, 128–135.
- Alojz **Ivanišević**, Integration und Desintegration zwischen Serben, Kroaten und Muslimen, in: Der Donauraum 37/1, Wien 1997, 67–90.
- Iskra **Iveljić**, Banska Hrvatska i Vojna Krajina od prosvijećenog apsolutizma do 1848. godine, Hrvatska povijest u 19. stoljeću 1, Zagreb 2010.
- Slavica **Jakelić**, Collectivistic Religions. Religion, Choice, and Identity in Late Modernity, Farnham 2010.

---

Aleksandar **Jakir**, Dalmatien zwischen den Weltkriegen. Agrarische und urbane Lebenswelt und das Scheitern der jugoslawischen Integration, Südosteuropäische Arbeiten 104, München 1999.

Christian **Janesen** – Henning **Borggräfe**, Nation – Nationalität – Nationalismus, Historische Einführungen 1, Frankfurt/New York 2007.

Mario **Jareb**, Hrvatski nacionalni simboli, Zagreb 2010.

Charles **Jelavich**, The Croatian Problem in the Habsburg Empire in the Nineteenth Century, in: in: Austrian History Yearbook 3/2, Houston 1967, 83–115.

Predrag **Jureković**, Die Belagerung von Vukovar, in: Wolfram Prihoda – Jörg Aschenbrenner (Hgg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, Wien 2009, 395–401.

Franz **Kaindl**, Die K.K. Militärgrenze – Zur Einführung in ihre Geschichte, in: Heeresgeschichtliches Museum in Wien (Hgg.), Die k. k. Militärgrenze. Beiträge zu ihrer Geschichte, Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 6, Wien 1973, 9–28.

Karl **Kaser**, Freier Bauer und Soldat. Die Militarisierung der agrarischen Gesellschaft an der kroatisch-slawnischen Militärgrenze (1535–1881), Zur Kunde Südosteuropas 2/22, Wien 1997.

Karl **Kaser**, Das ethnische „engineering“, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, 401–414.

Stuart J. **Kaufman**, Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War, Ithaca 2001.

Gregory **Kent**, Framing War And Genocide. British Policy and News Media Reaction to the War in Bosnia, Cresskill 2006.

Wolfgang **Kessler**, Politik, Kultur und Gesellschaft in Kroatien und Slawonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Historiographie und Grundlagen, Südosteuropäische Arbeiten 77, München 1981.

Mladen **Klemenčić** – Clive Schofield, War and Peace on the Danube: The Evolution of the Croatia-Serbia Boundary, Boundary and Territory Briefing 3/3, Durham 2001.

Gun-Britt **Kohler**, „U ilirsko kolo mili vratite se srodni puci!“ Die Ambivalenz des nationalen Raumes zur Zeit des kroatischen Illyrismus, in: Zeitschrift für Balkanologie 42, Wiesbaden 2006, 108–133.

Georg Willhelm **Köhler**, Beiträge zur Ideologie der kroatischen Frage in ihrer Entwicklung bis 1918, Südosteuropäische Arbeiten des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts Berlin und des Südostinstituts München 27, München 1942.

Zoran **Konstantinović**, Prägende Persönlichkeiten serbsichen Denkens in Geschichte und Gegenwart, in: Gabriella Schubert (Hg.), Serbien in Europa. Leitbilder der Moderne in der Diskussion, Forschungen zu Südosteuropa 3, Wiesbaden 2008, 17–22.

Heinz **Kramer** – Maurus **Reinkowski**, Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2008.

Jure **Krišto**, Katholische Kirche und kroatischer Staat, in: Thomas Bremer (Hg.), Religion und Nation im Krieg auf dem Balkan. Beiträge des Treffens deutscher, kroatischer und serbischer Wissenschaftler vom 05. – 09. April 1995 in Freising, Projekte/Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz 2, Bonn 1996, 9–32.

---

Carolin **Leutloff-Grandits**, *Claiming Ownership in Postwar Croatia. The Dynamics of Property Relations and Ethnic Conflict in the Knin Region*, Halle Studies in the Anthropology of Eurasia 9, Berlin/Münster 2006.

Carolin **Leutloff-Grandits**, *Kroatiens Serben zehn Jahre nach Kriegsende. Zwischen nationaler Erinnerungspolitik, halbherzigen Rückkehrprogrammen und tristem Alltagsleben*, in: *Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartforschung* 53/3, München 2005, 405–429.

Reneo **Lukic** – Allen Lynch, *Europe from the Balkans to the Urals. The disintegration of Yugoslavia and the Soviet Union*, Oxford/New York 1996.

Oto **Luthar** (Hg.), *The Land Between. A History of Slovenia*, Frankfurt am Main 2008, 510–512.

Birgit **Mair**, *Zwei Kriege überlebt. Bosnische Roma als Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland*, in: Alexander Von Plato – Almut Leh – Christoph Thonfeld (Hgg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Wien/Köln/Weimar, 2008, 161–170.

Stjepan **Malović** – Gary W. **Selnow**, *The People, Press, and Politics of Croatia*, Westport 2001.

Walter **Manoschek**, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, *Beiträge zur Militärgeschichte* 38, München <sup>2</sup>1995.

Viktor **Meier**, *Der Titostaat in der Krise: Jugoslawien nach 1966*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 201–209.

Dietmar **Müller**, *Staatsbürger auf Widerruf. Juden und Muslime als Alteritätspartner im rumänischen und serbischen Nationscode: ethnonationale Staatsbürgerschaftskonzepte 1878–1941*, *Balkanologische Veröffentlichungen* 41, Wiesbaden 2005.

John **Myhill**, *Language, Religion and National Identity in Europe and the Middle East. A historical study, Discourse Approaches to Politics, Society and Culture* 21, Amsterdam/Philadelphia 2006.

Silvia **Nadjivan**, *Vjesnik contra Politika. Kroatische und serbische Medien und die Vorbereitung des jugoslawischen Bürgerkriegs*, *Dipl.-Arb.* Wien 2000.

Norman M. **Naimark**, *Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004.

Lubomír **Nový**, *Masaryks Philosophie der Nation im Denken der Gegenwart*, in: Eva Schmidt-Hartmann (Hg.), *Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991, Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum* 20, München 1994, 289–308.

Brendan **O’Shea**, *The Modern Yugoslav Conflict 1991–1995. Perception, Deception and Dishonesty*, London/New York 2005.

Malte **Olschewski**, *Von den Karawanken bis zum Kosovo. Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien*, Wien 2000.

Gunther E. **Rothenberg**, *Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881*, Wien/München 1970.

Gunther E. **Rothenberg**, *The Military Border in Croatia 1740–1881. A Study of an Imperial Institution*, Chicago 1966.

- 
- Aleksandar **Pavković**, *The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism and War in the Balkans*, Basingstoke<sup>2</sup>2000.
- Dragutin **Pavličević**, *Povijest Hrvatske*, Zagreb 1994.
- Stevan K. **Pavlowitch**, *The Improbable Survivor. Yugoslavia and its Problems 1918–1988*, London 1988.
- Stanley G. **Payne**, *The NDH State Comparative Perspective*, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), *The Independent State of Croatia*, London/New York 2007, 11–18.
- Dietrich **Pirson**, *Universalität und Partikularität der Kirche. Die Rechtsproblematik zwischenkirchlicher Beziehungen*, *Jus ecclesiasticum* 1, München 1965.
- Andor **Poll** – Jens **Poll**, *Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg*, in: Dirk Fischer (Hg.), *Transformation des Rechts in Ost und West. Festschrift für Prof. Dr. Herwig Roggemann zum 70. Geburtstag*, Berlin 2006, 333–352.
- Michael **Portmann** – Arnold **Suppan**, *Serbien und Montenegro im Zweiten Weltkrieg (1941–1944/45)*, in: Walter Lukan – Ljubinka Trgovčević – Dragan Vukčević (Hgg.), *Serbien und Montenegro. Raum und Bevölkerung, Geschichte, Sprache und Literatur, Kultur, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht*, *Österreichische Osthefte* 47, Wien 2006, 265–298.
- Pedro **Ramet**, *Die Muslime Bosniens als Nation*, in: Andreas Kappeler – Gerhard Simon – Georg Brunner (Hgg.), *Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa* 3, Köln 1989, 107–116.
- Sabrina P. **Ramet**, *The three Yugoslavias. State-Building and Legitimation, 1918–2005*, Washington D.C. 2006.
- Sabrina P. **Ramet**, *Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme*, *Südosteuropäische Arbeiten* 136, München 2011.
- Sabrina P. **Ramet**, *Balkan Babel. The Disintegration Of Yugoslavia From The Death Of Tito To The Fall Of Milošević*, Boulder<sup>4</sup>2002.
- Sabrina P. **Ramet**, *The Three Yugoslavias. State-Building And Legitimation, 1918–2005*, Washington/Bloomington 2006.
- Sabrina P. **Ramet**, *Serbia, Croatia and Slovenia at Peace and at War. Selected Writings, 1983–2007*, *Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas* 7, Wien/Berlin 2008.
- Erich **Rathfelder**, *Der Krieg an seinen Schauplätzen*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden<sup>2</sup>2007, 344–361.
- Enver **Redžić**, *Bosnia and Herzegovina in the Second World War*, London 2005.
- Reinhard **Reimann**, „Für echte Deutsche gibt es bei uns genügend Rechte“. Die Slowenen und ihre deutsche Minderheit 1918–1941, in Harald Heppner (Hg.), *Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema*, Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 38, München 2002, 126–151.
- Gisela **Riescher**, *Nationalismus*, in: Dieter Nohlen – Rainer-Olaf Schultze (Hgg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 2, München<sup>4</sup>2010.
- Matthias **Rüb**, *Jugoslawien unter Milošević*, in: Dunja Melčić (Hg.), *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Wiesbaden<sup>2</sup>2007, 327–343.
- Rudolph J. **Rummel**, „Demozid“ – der befohlene Tod. Massenmorde im 20. Jahrhundert, *Wissenschaftliche Paperbacks* 12, Münster/Hamburg/London 2003.
-

- 
- Darko **Samardžić**, Das Parteienrecht Serbiens und Montenegros. Eine Untersuchung mit rechtsvergleichendem Blick auf Deutschland und die Europäische Union, Recht in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa/GUS 13, Berlin/Münster 2010.
- Lothar **Schultz**, Die Verfassungsentwicklung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien seit 1945, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge, Bd. 7, Tübingen 1958, 289–352.
- Louis **Sell**, Slobodan Milosevic and the Destruction of Yugoslavia, Durham NC 2002.
- Laura **Silber** – Allan **Little**, Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe, Graz/Wien/Köln <sup>2</sup>1995.
- Andreas **Staab**, The European Union Explained. Institutions, Actors, Global Impact, Bloomington <sup>2</sup>2011.
- Nikša **Stančić**, Die mitteleuropäische Realität und südosteuropäische Ambitionen, in: Der Donauraum 37/1, Wien 1997, 47–66.
- Nataša **Štefanec**, Država ili ne. Ustroj Vojne Krajine 1578. godine i hrvatsko-slavonski staleži u regionalnoj obrani i politici, Zagreb 2011.
- Ludwig **Steindorff**, Zwischen Aufbruch und Repression: Jugoslawien 1945–1966, in: Dunja Melčić (Hg.), Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden <sup>2</sup>2007, 192–200, hier 192.
- Bernd **Stöver**, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische „Liberation Policy“ im Kalten Krieg 1947–1991, Zeithistorische Studien 22, Köln/Weimar/Wien 2002.
- Holm **Sundhausen**, Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 48, Berlin/Wiesbaden 1993, 233–258.
- Holm **Sundhausen**, Die Ethnisierung von Staat, Nation und Gerechtigkeit. Zu den Anfängen nationaler „Homogenisierung“ im Balkanraum, in: Mathias Beer (Hg.), Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen <sup>2</sup>2007, 69–90.
- Holm **Sundhausen**, Geschichte Jugoslawiens 1918–1980, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982.
- Holm **Sundhausen**, Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert, Wien 2007.
- Holm **Sundhausen**, Das Ustaša-Syndrom. Ideologie – historische Tatsachen – Folgen, in: Reinhard Lauer - Werner Leffeldt (Hgg.), Das jugoslawische Desaster. Historische, sprachliche und ideologische Hintergründe, Wiesbaden 1995, 149–188.
- Holm **Sundhausen**, Der Ustascha-Staat: Anatomie eines Herrschaftssystems, in: Neven Budak – Peter Jordan – Walter Lukan – Petra Moissi (Hgg.), Kroatien. Landeskunde – Geschichte – Kultur – Politik – Wissenschaft – Recht, Osthefte 13, Wien/Köln/Weimar 1995, 251–288.
- Holm **Sundhausen**, Jasenovac 1941–1945. Diskurse über ein Konzentrationslager als Erinnerungsort, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2003, 49–59.
- Holm **Sundhausen**, Von der „bescheidenen Rede“ zum Massenmord. Der Zerfall Jugoslawiens und die Kriege der 1990er Jahre, in: Wolfgang Benz (Hg.), Vorurteil und Genozid. Ideologische Prämissen des Völkermords, Wien/Köln/Weimar 2010, 187–216.
- Holm **Sundhausen**, Der Gegensatz zwischen historischen Rechten und Selbstbestimmungsrechten als Ursache von Konflikten: Kosovo und Krajina im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhausen (Hgg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 59, Wiesbaden 2001, 19–33.
-

- 
- Arnold **Suppan**, Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien 1996.
- Torsten **Szobries**, Sprachliche Aspekte des nation-building in Mazedonien. Die kommunistische Presse in Vardar-Mazedonien (1940–1943), Studien zur modernen Geschichte 53, Stuttgart 1999.
- Philipp **Ther**, Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert: Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhaussen (Hgg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 59, Wiesbaden 2001, 3–18.
- Philipp **Ther**, Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Synthesen 5, Göttingen 2011.
- Mark **Thompson**, Forging War: The Media in Serbia, Croatia, Bosnia and Hercegovina, Luton 1999.
- Gerard **Toal** – Carl T. **Dahlman**, Bosnia Remade. Ethnic Cleansing and its Reversal, New York 2011.
- Jozo **Tomasevich**, War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945. Occupation and Collaboration, Stanford 2001.
- Ana S. **Trbovich**, A Legal Geography of Yugoslavia's Disintegration, Oxford 2008.
- Ljubinka **Trgovčević**, Historiographie in der BR Jugoslawien 1991–2001, in: Alojz Ivanišević – Andreas Kappeler – Walter Lukan – Arnold Suppan (Hgg.), Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, Österreichische Osthefte 44, Wien 2002, 397–410.
- Snežana **Trifunovska** (Hg.), Yugoslavia through Documents. From Its Creation to Its Dissolution, Dordrecht/Boston/London 1994.
- Franjo **Tudman**, Irrwege der Geschichtswirklichkeit. Eine Abhandlung über die Geschichte und die Philosophie des Gewaltübels, Zagreb 1993.
- Emanuel **Turczynski**, Gestaltwandel und Trägerschichten der Aufklärung in Ost- und Südosteuropa, in: Erna Lesky (Hg.), Die Aufklärung in Ost- und Südosteuropa. Aufträge, Vorträge, Dokumentationen, Studien zur Geschichte der Kulturbeziehungen in Mittel- und Osteuropa 1, Köln/Wien 1972, 23–49.
- Anton **Tus**, The War in Croatia and Bosnia-Herzegovina, in: Branka Magaš – Ivo Žanić (Hgg.), The War in Croatia and Bosnia-Herzegovina 1991–1995, London 2001, 41–66.
- Mirko **Valentić**, Geografska i demografska slika Hrvatske u XVII. i XVIII. stoljeću, in: Ivan Golub (Hg.), Hrvatska i Europa. Kultura, znanost i umjetnost, Bd. 3: Barok i prosvjetiteljstvo (XVII – XVIII. stoljeće), Zagreb 2003, 29–42.
- Mirko **Valentić**, Vojna Krajina i pitanje njezina sjedinjenja s Hrvatskom 1849–1881, Sveučilište u Zagrebu – Centar za povijesne znanosti, odjel za hrvatsku povijest, Monografija 12, Zagreb 1981.
- Mirko **Valentić**, Rat protiv Hrvatske 1991–1995. Velikosrpski projekti od ideje do realizacije, Bibliotheca Croatica - Slavonica, Sirmiensa et Baranyensia 12, Zagreb 2010.
- Marija **Vulesica**, Kroatien, in: Wolfgang Benz – Barbara Distel (Hgg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugendschuttlager, Polizeihäftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeiterlager, München 2009, 313–336.
-

---

Ricarda **Vulpius**, Der Kirchenkampf in der Ukraine als Beispiel für Sakralisierung der Nation und Nationalisierung der Religion (1917-1921), in: Martin Schulze Wessel (Hg.), Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 27, Stuttgart 2006, 101–118.

Andrew Baruch **Wachtel**, Making a Nation, Breaking a Nation. Literature and Cultural Politics in Yugoslavia, Cultural Memory in the Present, Stanford 1998.

Marija **Wakounig**, Ferdinand I. und die Uskokken, in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Geschichte in der Epoche Karls V. 2, Münster 2003, 191–202.

Arno **Weckbecker**, Die politischen und ökonomischen Systeme der Nachfolgestaaten (1990–1996), in: Jürgen Elvert (Hg.), Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1997, 255–336

Marcus **Wenig**, Möglichkeiten und Grenzen der Streitbeilegung ethnischer Konflikte durch die OSZE dargestellt am Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, Schriften zum Völkerrecht 124, Berlin 1996.

Kurt **Wessely**, Neuordnung der ungarischen Grenzen nach dem Großen Türkenkrieg, in: Heeresgeschichtliches Museum in Wien (Hg.), Die k. k. Militärgrenze. Beiträge zu ihrer Geschichte, Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 6, Wien 1973, 29–94.

Tania **Wettach-Zeitz**, Ethnopolitische Konflikte und interreligiöser Dialog. Die Effektivität interreligiöser Konfliktmediationsprojekte analysiert am Beispiel der World Conference on Religion and Peace (WCRP)-Initiative in Bosnien-Herzegowina, Theologie und Frieden 33, Stuttgart 2008.

Lee **Windsor**, The Medak Pocket: Professional Soldiers' Discipline and Aggressive Use of the Camera, in: Bernd Horn (Hg.), Fortune Favours the Brave. Tales of Courage and Tenacity in Canadian Military History, Toronto 2009, 333–360.

Thomas **Winkelbauer**, Ständefreiheit und Fürstenmacht, Teil 1: Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter, Herwig Wolfram (Hg.), Österreichische Geschichte 1522–1699, Wien 2003.

Klaus Peter **Zeitler**, Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher, Marburg 2000.

Ozren **Žunec**, Operations Flash and Storm, in: Branka Magaš – Ivo Žanić (Hgg.), The War in Croatia and Bosnia-Herzegovina 1991–1995, London 2001, 67–83.

---

## Kartenverzeichnis

Karte 1: Habsburger Militärgrenze .....	20
Karte 2: Gliederung des jugoslawischen Territoriums vor der Vereinigung von 1918 .....	42
Karte 3: Autonome Banschaft Kroatien .....	47
Karte 4: Die Aufteilung Jugoslawiens nach dem Aprilkrieg 1941 .....	60
Karte 5: Jugoslawien 1945 – 1991 .....	87
Karte 6: Ethnische Mehrheiten in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Kosovo .....	90
Karte 7: Serbisch okkupierten Gebiete in Kroatien („Republika Srpska Krajina“) während des Kroatienkrieges 1991 – 1995 .....	95

---

## Abstract

Mit dem Vordringen der Osmanen in Südosteuropa veränderten sich im Laufe der Zeit die bisherigen ethnischen, politischen und sozialen Strukturen in diesem Raum. Die österreichische Militärgrenze war eine Folge dieser Veränderungen. Zum Schutz gegen die einfallenden Osmanen siedelten die österreichischen Behörden Wehrbauern im Grenzgebiet an und statteten sie mit Privilegien aus. So entwickelte sich die Militärgrenze zu einer von Kroatien und Ungarn unabhängigen politischen Entität mit einer spezifischen Grenzergesellschaft, die unter direkter Verwaltung der Habsburger stand. Nach den aufkommenden Nationalbewegungen in Südosteuropa, die am Ende des 19. Jahrhunderts nach homogenen Nationalstaaten strebten, fügte sich auch das Militärgrenzgebiet den Nationsbildungsprozessen. Zur Desintegration der Bevölkerung in der Militärgrenze trugen die religiösen Institutionen maßgeblich bei, die die verschiedenen ethnischen Gruppen in die Schablonen der national-religiösen Eliten drängten. Trotz der konfessionellen Entfremdung schien die jugoslawische Lösung in Form einer föderalen Staatsordnung eine annehmbare Option für die Kroaten und Serben gewesen zu sein.

Die großserbischen Hegemonialbestrebungen führten nicht nur zu einer tieferen Spaltung zwischen Kroaten und Serben, sondern bildeten auch den Nährboden für radikal-nationalistische Bewegungen, wie die der Ustaša. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges kann zweifelsohne als das wohl größte Hindernis einer kroatisch-serbischen Symbiose gesehen werden. Dieser folgenschwere Zeitabschnitt wurde zwar von den kommunistischen Führern Jugoslawiens geschickt mit Einheitsparolen wie „Brüderlichkeit und Einheit“ überspielt, jedoch bot er den nationalen Eliten ein geeignetes Mittel zur Desintegration Jugoslawiens in den 1990ern. Die Entzweiung der Kroaten und Serben in Kroatien war das Resultat einer großserbischen Politik aus Belgrad, die auch nationalistischen Strömungen in Kroatien den Weg ebnete.

Die historischen Hintergründe und Ursachen, Nationsbildungsprozesse und Nationalbewegungen sowie die Instrumentalisierung von Geschichtsbildern zur nationalen Mobilisierung werden in dieser Arbeit in einem langfristigen Prozess zwischen Integration und Desintegration der Kroaten und Serben in Kroatien aufgezeigt, um einen tiefgründigen Einblick in die Dynamik des Kroatienkrieges geben zu können.

---

# Lebenslauf

## Persönliche Angaben:

Name: Boris Katić  
Geburtsdatum: 28.12.1986  
Geburtsort: Zagreb, Kroatien  
Staatsangehörigkeit: Österreich

## Universitäre Ausbildung:

2006 – 2008: Internationale Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien  
2008 – 2012: Geschichte an der Universität Wien

## Schulische Ausbildung:

1994 – 1998: Volksschule am Spitalberg, Klagenfurt  
1998 – 2006: Europagymnasium, Klagenfurt

## Sprachkenntnisse:

Kroatisch	Muttersprache
Deutsch	Fließend
Englisch	Fließend
Französisch	Grundkenntnisse
Slowenisch	Grundkenntnisse
Latein	Grundkenntnisse